Deutscher Bundestag
5. Wahlperiode

Drucksache V/250

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
II/4 — 50103 — 5021/66

Bonn, den 16. Februar 1966

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Anliegend übersende ich den

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1966 (Haushaltsgesetz 1966)

nebst Begründung (Anlage 1) mit der Bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Die Entwürfe des Gesamtplans und der Einzelpläne des Bundeshaushaltsplans 1966 sowie ein Abdruck des Nachweises über das Vermögen und die Schulden des Bundes nach dem Stande vom 31. Dezember 1964 liegen diesem Schreiben bei. *)

Federführend ist der Bundesminister der Finanzen.

Der Entwurf des Einzelplans 02 — Deutscher Bundestag — enthält lediglich eine Zusammenstellung der Summen der Einnahme- und Ausgabegruppen unter Zugrundelegung der Schlußzahlen für das Rechnungsjahr 1965, weil ein gemäß § 6 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages festgestellter Haushaltsvoranschlag 1966 noch nicht vorliegt. Ein aufgegliederter Plan wird nachgereicht, sobald der vom Vorstand des Bundestages geschäftsordnungsmäßig festgestellte Voranschlag eingegangen ist.

Der Bundesrat hat in seiner Sitzung am 11. Februar 1966 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes zu dem Gesetzentwurf Stellung genommen.

*) *Einzelpläne sowie Nachweis über das Vermögen und die Schulden des Bundes als Sonderdruck verteilt*

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 53 Bonn
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger, 532 Bad Godesberg, Postfach 821, Goethestraße 54, Tel. 6 35 51

Seine Änderungsvorschläge und Bemerkungen zum Haushaltsentwurf 1966 sowie der Standpunkt der Bundesregierung dazu sind in der Anlage 2 dargelegt.

Im übrigen erhebt der Bundesrat gegen den Entwurf keine Einwendungen.

Ludwig Erhard

Anlage 1

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1966 (Haushaltsgesetz 1966)

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

Der diesem Gesetz als Anlage beigefügte Bundeshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1966 wird in Einnahme und Ausgabe auf

69 153 767 400 Deutsche Mark

festgestellt, und zwar

im ordentlichen Haushalt in Einnahme und Ausgabe auf

67 781 767 400 Deutsche Mark

und

im außerordentlichen Haushalt in Einnahme und Ausgabe auf

1 372 000 000 Deutsche Mark.

§ 2

(1) Der Bundesminister der Finanzen kann in Einzelfällen bestimmen, daß § 30 Abs. 3 Satz 1 der Reichshaushaltsordnung keine Anwendung findet.

(2) Der Bundesminister der Finanzen wird ferner ermächtigt, mit Zustimmung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages auch für solche Ausgabenansätze, die im Bundeshaushaltsplan nicht ausdrücklich als übertragbar bezeichnet sind, die Übertragbarkeit anzuordnen, soweit Leistungen aus diesen Ausgabenansätzen für bereits bewilligte Maßnahmen noch im folgenden Rechnungsjahr erforderlich sind.

§ 3

(1) § 14 der Reichshaushaltsordnung ist auch auf einmalige und außerordentliche Ausgaben für bauliche Unternehmungen anzuwenden, bei denen der Bund nicht selbst Bauträger ist, aber mehr als 50 vom Hundert der Baukosten trägt. Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, in dringenden Fällen Ausnahmen von einer Anwendung des § 14 der Reichshaushaltsordnung zuzulassen; in diesen Fällen dürfen die Bundesmittel den Bauträgern erst bewilligt werden, wenn die in §§ 14 oder 45 der Reichshaushaltsordnung bezeichneten Unterlagen vorliegen.

(2) Bei Anwendung des § 30 a der Reichshaushaltsordnung ist der Betrag von 30 000 Deutsche Mark durch den Betrag von 150 000 Deutsche Mark und der Betrag von 10 000 Deutsche Mark durch den Betrag von 30 000 Deutsche Mark zu ersetzen.

(3) In Abweichung von § 41 der Reichshaushaltsordnung gelten für die Benutzung von Dienstkraftwagen außerhalb der rein dienstlichen Verwendung die Richtlinien der Bundesregierung vom 16. März 1962.

(4) Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, in Abweichung von § 47 Abs. 1 der Reichshaushaltsordnung zuzulassen, daß

1. bewegliche Sachen des Bundes, die aus Zuwendungen des Bundes zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung erworben sind, den Trägern der Forschungseinrichtungen oder zentralen Forschungsorganisationen unentgeltlich übereignet werden,
2. bewegliche Sachen und Leistungen des Bundes aus Anlaß von Katastrophen, größeren Unglücksfällen und Notständen unentgeltlich überlassen werden, wenn die Überlassung zur Abwendung oder Milderung einer nichtvorhergesehenen Notlage erfolgt.

(5) Der Bundesminister der Finanzen kann abweichend von § 47 Abs. 1 der Reichshaushaltsordnung zur verbilligten Beschaffung von Bauland zulassen, daß bundeseigene unbebaute Grundstücke unter dem vollen Wert veräußert werden, wenn sichergestellt ist, daß diese Grundstücke binnen angemessener Frist, die in der Regel drei Jahre nach Abschluß des Kaufvertrages nicht übersteigen soll, zu Zwecken des sozialen Wohnungsbaues bebaut werden. Unterbleibt die Bebauung, so ist das Eigentum an dem Grundstück gegen Erstattung der Kosten wieder auf den Bund zurückzuübertragen. Der Zustimmung des Bundestages und des Bundesrates gemäß § 47 Abs. 3 der Reichshaushaltsordnung bedarf es in diesen Fällen nicht. Das Nähere bestimmen Richtlinien des Bundesschatzministers im Einvernehmen mit den Bundesministern der Finanzen und für Wohnungswesen und Städtebau.

(6) In den Fällen des § 47 Abs. 3 und 6 der Reichshaushaltsordnung gilt als Wertgrenze des § 3 Abs. 2 und des § 5 der Anlage 3 zu § 57 der Reichswirtschaftsbestimmungen der Betrag von 1 000 000 Deutsche Mark.

(7) Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, mit Zustimmung des Haushaltsausschusses des

Deutschen Bundestages in Abweichung von § 50 Abs. 2 der Reichshaushaltsordnung die Änderung von Kreditverträgen mit ausländischen Schuldnern zuzulassen, wenn dies im besonderen staatlichen Interesse der Bundesrepublik Deutschland liegt.

(8) Von der Einziehung von Forderungen des Bundes im Verkehr mit Privatpersonen darf mit Zustimmung des Bundesministers der Finanzen Abstand genommen werden, wenn die Einziehung mit Verwaltungsaufwand oder Kosten verbunden wäre, die nicht in angemessenem Verhältnis zur Höhe des Betrages stehen.

§ 4

Übersteigt bei einem Einnahmetitel der Betrag der tatsächlichen Einnahmen den Haushaltsansatz und können auf Grund eines Haushaltsvermerks bei einem übertragbaren Ausgabetitel in Höhe dieser Mehreinnahmen Ausgaben geleistet werden, so dürfen, abweichend von § 73 der Reichshaushaltsordnung, die Beträge solcher Mehreinnahmen, die bis zum Schluß des Rechnungsjahres für die Zwecke der Ausgabetitel nicht verwendet worden sind, in der Haushaltsrechnung als Ausgaberest und zugleich als Mehrausgabe nachgewiesen werden.

§ 5

(1) Verwaltungsvorschriften, die die aus einer einzelnen Zweckbestimmung zu leistenden Ausgaben nach bestimmten Merkmalen festlegen, sind so zu fassen, daß die unter der Zweckbestimmung veranschlagten Mittel zur Deckung der Ausgaben ausreichen. Ergibt sich, daß bei Aufrechterhaltung der Vorschriften eine Haushaltsüberschreitung erforderlich wird, sind die Vorschriften unverzüglich entsprechend zu ändern. Ausnahmen sind im Falle eines unvorhergesehenen und unabweisbaren Bedürfnisses mit Zustimmung des Bundesministers der Finanzen zulässig; hat der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages den Verwaltungsvorschriften zugestimmt, so ist grundsätzlich auch die Zustimmung dieses Ausschusses einzuholen.

(2) § 45 b der Reichshaushaltsordnung ist auf Handlungen der Verwaltung auf dem Gebiet des öffentlichen Rechts anzuwenden, durch die die Bundesrepublik Deutschland verpflichtet wird, über ein Rechnungsjahr hinaus Auszahlungen zu leisten. Das gilt auch für Entscheidungen der Verwaltung auf Grund gesetzlicher Ermächtigung.

(3) § 75 der Reichshaushaltsordnung ist in der Weise anzuwenden, daß bei Feststellung des Jahresergebnisses nur die tatsächlich eingegangenen Einnahmen (Ist-Einnahme) und die tatsächlich geleisteten Ausgaben (Ist-Ausgabe) berücksichtigt werden.

§ 6

Der Bundesminister der Finanzen darf seine Zustimmung nach § 30 Abs. 2 der Reichshaushaltsordnung zur Verausgabung von Beträgen, die bei übertragbaren Ausgabebewilligungen am Schluß des Rechnungsjahres 1965 nicht verwendet sind (Ausgabereste), nur erteilen, wenn innerhalb desselben Einzelplans im Rechnungsjahr 1966 veranschlagte Beträge in gleicher Höhe für diesen Zweck in Abgang gestellt werden oder wenn sichergestellt ist, daß in demselben Einzelplan am Schluß des Rechnungsjahres 1966 Ausgabereste in gleicher Höhe verbleiben. Der Bundesminister der Finanzen kann in Ausnahmefällen zulassen, daß der Ausgleich in anderen Einzelplänen vorgenommen wird.

§ 7

(1) Verfügungen über Ausgabemittel, die bei einzelnen Titeln des Haushaltsplans als gesperrt bezeichnet oder im außerordentlichen Haushalt veranschlagt sind, desgleichen Maßnahmen, durch welche für die Bundesrepublik Deutschland Verpflichtungen zu Lasten dieser Ausgabemittel entstehen können, bedürfen der Zustimmung des Bundesministers der Finanzen.

(2) Der Bundesminister der Finanzen kann die Inanspruchnahme von bestimmten Ausgabemitteln von seiner Zustimmung abhängig machen, soweit die Entwicklung auf der Einnahme- oder Ausgabeseite es erfordert.

(3) Der Bundesminister der Finanzen kann aus konjunkturpolitischen Gründen die Verfügung über bestimmte Ausgabemittel von seiner besonderen vorherigen Zustimmung abhängig machen. Das gleiche gilt für das Eingehen von Verbindlichkeiten zu Lasten künftiger Rechnungsjahre. Der Bundesminister der Finanzen hat vor der Sperre und ihrer Aufhebung das Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft herbeizuführen.

(4) Der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages wird ermächtigt, auf Antrag des Bundesministers der Finanzen anzuordnen, daß vermögenswirksame Ausgaben, die im ordentlichen Haushalt veranschlagt sind, aus Mitteln des außerordentlichen Haushalts geleistet werden, wenn dies nach der Entwicklung auf der Einnahme- oder Ausgabeseite zur Sicherung des Haushaltsausgleichs erforderlich ist.

§ 8

(1) Der Beginn von Hochbaumaßnahmen bedarf der Zustimmung des Bundesministers der Finanzen im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft.

(2) Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft die Mittel für die Fortführung begonnener und für neue Baumaßnahmen des Bundes sowie die Ausgabenansätze zur Förderung von Baumaßnahmen anderer Stellen in Höhe von 20 vom Hundert zu sperren, wenn und soweit dies aus konjunkturpolitischen Gründen insbesondere mit Rücksicht auf die Lage des Baumarktes erforderlich ist. § 7 Abs. 2 und 3 bleibt unberührt.

(3) § 19 Abs. 2 Satz 2 des Zweiten Wohnungsbaugesetzes in der Fassung vom 1. September 1965 (Bundesgesetzbl. I S. 1617) findet keine Anwendung.

§ 9

(1) Innerhalb der einzelnen Kapitel sind gegenseitig deckungsfähig die Ansätze bei

1. Titel 104 a und 104 b,
2. Titel 109 a und 109 b,
3. Titel 201 a, b und c,
4. Titel 207 a, b und c.

(2) Innerhalb der einzelnen Kapitel können verwendet werden (einseitige Deckungsfähigkeit)

1. Einsparungen bei Titel 101 zur Verstärkung der bei Titel 103 und 104 veranschlagten Mittel;
2. Einsparungen bei Titel 102 zur Verstärkung der bei Titel 103 veranschlagten Mittel;
3. Einsparungen bei Titel 103 zur Verstärkung der bei Titel 104 veranschlagten Mittel;
4. Einsparungen bei den Titeln 101 bis 104 zur Verstärkung von Mitteln bei den Titeln 109, 110 und 111;
5. Einsparungen bei Titel 106 zur Verstärkung der bei Titel 107 veranschlagten Mittel;
6. Einsparungen bei Titel 108 zur Verstärkung der bei Titel 217 veranschlagten Mittel.

(3) Innerhalb der Kapitel 33 03, 33 04, 33 06, 33 07 und 33 08 können Einsparungen bei Titel 160 zur Verstärkung der bei Titel 161 veranschlagten Mittel verwendet werden (einseitige Deckungsfähigkeit).

(4) In Abweichung von § 31 Satz 2 der Reichshaushaltsordnung sind übertragbare Ausgabemittel mit anderen Ausgabemitteln nach Maßgabe der im Haushaltsplan ausgebrachten Haushaltsvermerke deckungsfähig.

(5) Die obersten Bundesbehörden können mit Zustimmung des Bundesministers der Finanzen die Deckungsfähigkeit der Bewilligungen für Sachausgaben innerhalb eines Kapitels anordnen, soweit die Mittel nicht übertragbar sind, der Mehrbedarf des Einzeltitels nicht mehr als 25 vom Hundert beträgt und die Maßnahme wirtschaftlich zweckmäßig erscheint.

(6) Der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages wird ermächtigt, auf Antrag des Bundesministers der Finanzen innerhalb des Einzelplans 14 (Bundesminister der Verteidigung) die Deckungsfähigkeit der Bewilligungen für allgemeine und einmalige Ausgaben der Kapitel 14 08 und 14 11 bis 14 19 sowie der Titel 308 a, 308 b, 309 a und 309 b des Kapitels 14 02 anzuordnen, falls dies auf Grund später eingetretener Umstände wirtschaftlich zweckmäßig erscheint. Diese Regelung gilt auch für übertragbare Mittel. § 33 der Reichshaushaltsordnung bleibt unberührt.

§ 10

Die im Haushaltsplan vorgesehenen Stellen der Eingangsgruppe einer Laufbahn dürfen abweichend von § 36 Abs. 2 Satz 1 der Reichshaushaltsordnung auch mit Beamten einer niedrigeren Laufbahn besetzt werden, die zum Aufstieg in die nächsthöhere Laufbahn zugelassen sind, wenn sie erfolgreich in die Aufgaben dieser Laufbahn eingeführt sind und, soweit erforderlich, die Aufstiegsprüfung abgelegt haben.

§ 11

(1) Der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages wird ermächtigt, auf Antrag des Bundesministers der Finanzen Planstellen zusätzlich zu schaffen, wenn ein unabweisbares, auf andere Weise nicht zu befriedigendes Bedürfnis vorliegt, das ein Hinausschieben der Entscheidung bis zur Verkündung des Haushaltsgesetzes für das Rechnungsjahr 1967 ausschließt.

(2) Neue Planstellen sind mit dem Vermerk „künftig wegfallend" zu versehen. Über den weiteren Verbleib der neugeschaffenen Planstellen ist in dem nächsten Haushaltsplan zu entscheiden.

§ 12

(1) Wird ein planmäßiger Beamter im dienstlichen Interesse des Bundes mit Zustimmung seiner obersten Dienstbehörde im Dienst einer öffentlichen zwischenstaatlichen oder überstaatlichen Einrichtung unter Wegfall der Dienstbezüge länger als ein Jahr verwendet und besteht ein unabweisbares Bedürfnis, die Planstelle des Beamten neu zu besetzen, so kann der Bundesminister der Finanzen für diesen Beamten im Einzelplan der abgebenden Dienstbehörde eine Leerstelle der bisherigen Besoldungsgruppe des Beamten mit dem Vermerk „künftig wegfallend" ausbringen.

(2) Wird der Beamte wieder im Dienst des Bundes verwendet, ist er in eine freie oder in die nächste frei werdende Planstelle seiner Besoldungsgruppe bei seiner Verwaltung einzuweisen; mit der Einweisung fällt die Leerstelle weg. Bis zur Einweisung in eine freie Planstelle ist er auf der Leerstelle zu führen; solange er auf der Leerstelle geführt wird, dürfen, soweit notwendig, die hierdurch entstehenden Mehrausgaben abweichend von § 33 Abs. 1 der Reichshaushaltsordnung ohne besondere Zustimmung des Bundesministers der Finanzen über die Ansätze des Haushaltsplans hinaus geleistet werden.

(3) Der Bundesminister der Finanzen kann ferner mit Zustimmung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages im Einzelplan der zuständigen Dienstbehörde Planstellen für Beamte ausbringen,

deren Verwendung demnächst im Dienst einer öffentlichen zwischenstaatlichen oder überstaatlichen Einrichtung beabsichtigt ist. Für den Fall, daß Ersatz für Beamte gewonnen werden soll, die in Zukunft bei einer bestehenden oder erwarteten Einrichtung dieser Art verwendet werden sollen oder die durch Teilnahme an zwischenstaatlichen oder überstaatlichen Konferenzen länger als ein Jahr an der Erfüllung ihrer dienstlichen Aufgaben verhindert sind, können auf die gleiche Weise Planstellen ausgebracht werden. Von der Einholung der Zustimmung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages darf nur abgesehen werden, wenn die Maßnahme keinen Aufschub duldet; in diesem Falle ist der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages unverzüglich zu unterrichten.

(4) Über den weiteren Verbleib der durch den Bundesminister der Finanzen nach den Absätzen 1 und 3 ausgebrachten Planstellen ist in dem nächsten Haushaltsplan zu entscheiden.

(5) Die Absätze 1 bis 4 gelten entsprechend, wenn ein planmäßiger Beamter im dienstlichen Interesse des Bundes mit Zustimmung seiner obersten Dienstbehörde zur Verwendung in einem Entwicklungsland unter Wegfall der Bezüge länger als ein Jahr beurlaubt wird.

§ 13

(1) Wird ein planmäßiger Bundesrichter an einem oberen Bundesgericht gemäß § 4 Abs. 1 des Gesetzes über das Bundesverfassungsgericht vom 12. März 1951 (Bundesgesetzbl. I S. 243), zuletzt geändert durch das Vereinsgesetz vom 5. August 1964 (Bundesgesetzbl. I S. 593), zum Richter des Bundesverfassungsgerichts gewählt, kann der Bundesminister der Finanzen für diesen Richter im Einzelplan des abgebenden oberen Bundesgerichts eine Leerstelle der bisherigen Besoldungsgruppe des Bundesrichters mit dem Vermerk „künftig wegfallend" ausbringen.

(2) Scheidet der Richter aus dem Bundesverfassungsgericht aus und tritt er wieder zu seinem oberen Bundesgericht zurück, ist er in eine freie oder die nächste frei werdende Planstelle derjenigen Besoldungsgruppe bei seinem Gericht einzuweisen, die seinem dortigen Amt als Bundesrichter entspricht; mit der Einweisung fällt die Leerstelle weg. Bis zur Einweisung in eine freie Planstelle ist er auf der Leerstelle zu führen. Solange er auf der Leerstelle geführt wird, dürfen, soweit notwendig, die hierdurch entstehenden Mehrausgaben abweichend von § 33 Abs. 1 der Reichshaushaltsordnung ohne besondere Zustimmung des Bundesministers der Finanzen über die Ansätze des Haushaltsplans hinaus geleistet werden.

§ 14

(1) Werden Aufgaben von einer Dienststelle auf eine andere innerhalb des Geschäftsbereichs eines Bundesministers oder vom Geschäftsbereich eines Bundesministers zu dem eines anderen übertragen, so sind auch die Mittel und Planstellen auf die nunmehr zuständige Haushaltsstelle zu übertragen. Der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages ist von der Übertragung zu unterrichten.

(2) Zum Ausgleich des Personalbedarfs in den Geschäftsbereichen der Bundesminister kann die Bundesregierung mit Zustimmung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages Planstellen und Mittel von einem Kapitel auf ein anderes Kapitel desselben oder eines anderen Einzelplans übertragen. Der Beschluß ergeht auf Antrag eines Bundesministers. Eines Beschlusses der Bundesregierung bedarf es nicht, wenn die beteiligten Bundesminister einig sind oder der Personalausgleich innerhalb eines Einzelplans erfolgt. Vor der Beschlußfassung und vor Übertragung nach Satz 3 ist der Präsident des Bundesrechnungshofs von dem zuständigen Bundesminister zu hören.

(3) Die Übertragung von Mitteln oder Planstellen nach Absatz 1 oder Absatz 2 Satz 3 bedarf der vorherigen Zustimmung des Bundesministers der Finanzen.

(4) § 36 a der Reichshaushaltsordnung bleibt durch die Bestimmungen der Absätze 1 bis 3 unberührt.

§ 15

Artikel 10 des Gesetzes zur Sicherung des Haushaltsausgleichs vom 20. Dezember 1965 (Bundesgesetzbl. I S. 2065) gilt mit der Maßgabe, daß an die Stelle des Betrages von 3 500 000 000 Deutsche Mark der Betrag von 3 400 000 000 Deutsche Mark tritt.

§ 16

(1) Die Deutsche Bundespost wird verpflichtet, die im Rechnungsjahr 1966 fälligen Zinsen für die Ausgleichsforderung zu übernehmen, die der Postsparkasse auf Grund des § 10 der Zweiten Durchführungsverordnung (Bankenverordnung) zum Dritten Gesetz zur Neuordnung des Geldwesens (Umstellungsgesetz) gegenüber dem Bund zusteht.

(2) Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, die nach § 21 des Postverwaltungsgesetzes vom 24. Juli 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 676), zuletzt geändert durch das Gesetz über die Zuständigkeit auf dem Gebiet des Rechts des öffentlichen Dienstes vom 20. August 1960 (Bundesgesetzbl. I S. 705), geschuldete Ablieferung, soweit sie 265 000 000 Deutsche Mark übersteigt, mit der Maßgabe zu erlassen, daß die Deutsche Bundespost den erlassenen Teilbetrag zur Verstärkung ihres Eigenkapitals verwendet.

§ 17

Ersatzbeschaffungen von Kraftfahrzeugen dürfen nur vorgenommen werden, wenn ihre Notwendigkeit durch das Gutachten eines kraftfahrtechnischen Sachverständigen des Bundesministeriums der Finanzen, in den Bereichen des Bundesministers des Innern, des Bundesministers der Verteidigung und des Bundesministers für Verkehr durch das Gutachten des jeweils für den Bereich des betreffenden

Ministeriums zuständigen kraftfahrtechnischen Sachverständigen festgestellt ist. Der Bundesminister der Finanzen kann in besonderen Fällen Ausnahmen hiervon zulassen.

§ 18

Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, zur vorübergehenden Verstärkung der Betriebsmittel der Bundeshauptkasse Geldmittel im Wege des Kredits zu beschaffen, dessen Höhe den Betrag von 4 500 000 000 Deutsche Mark nicht überschreiten darf. Soweit Kredite zurückgezahlt sind, kann die Ermächtigung wiederholt in Anspruch genommen werden.

§ 19

(1) Die dem Bundesminister der Finanzen durch § 22 Abs. 2 des Haushaltsgesetzes 1965 vom 18. März 1965 (Bundesgesetzbl. II S. 193) erteilte Ermächtigung zur Beschaffung von Geldmitteln im Wege des Kredits zur Deckung von Ausgaben des außerordentlichen Haushalts für das Rechnungsjahr 1965 bleibt bis zur Verkündung des Haushaltsgesetzes 1967 wirksam.

(2) Der Bundesminister der Finanzen kann zur Deckung von Ausgaben des außerordentlichen Haushalts für das Rechnungsjahr 1966 Geldmittel im Wege des Kredits beschaffen, dessen Höhe den Betrag von 1 372 000 000 Deutsche Mark nicht überschreiten darf.

§ 20

(1) Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, Bürgschaften, Garantien oder sonstige Gewährleistungen zu übernehmen

1. a) im Zusammenhang mit förderungswürdigen Ausfuhren zugunsten von Ausführern und zugunsten von Kreditgebern für Kredite an ausländische Schuldner. — Die Gewährleistungen werden nach Richtlinien übernommen, die der Bundesminister für Wirtschaft im Einvernehmen mit dem Bundesminister der Finanzen, dem Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und dem Bundesminister des Auswärtigen festlegt —,

   b) im Zusammenhang mit Ausfuhren, an deren Durchführung ein besonderes staatliches Interesse der Bundesrepublik Deutschland besteht, zugunsten von Ausführern und zugunsten von Kreditgebern für Kredite an ausländische Schuldner;

2. a) für Kredite an ausländische Schuldner im Zusammenhang mit der Gewährung bilateraler Kapitalhilfe,

   b) für andere Kredite an ausländische Schuldner, wenn dies der Finanzierung förderungswürdiger Vorhaben dient oder im besonderen staatlichen Interesse der Bundesrepublik Deutschland liegt;

3. zur Absicherung des politischen Risikos bei förderungswürdigen Kapitalanlagen im Ausland, wenn zwischen der Bundesrepublik und dem Land, in dem das Kapital angelegt wird, eine Vereinbarung über die Behandlung von Kapitalanlagen besteht oder, solange dies nicht der Fall ist, durch die Rechtsordnung des betreffenden Landes oder in sonstiger Weise ein ausreichender Schutz der Kapitalanlage gewährleistet erscheint. — Die Gewährleistungen werden nach Richtlinien übernommen, die der Bundesminister für Wirtschaft im Einvernehmen mit dem Bundesminister der Finanzen, dem Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und dem Bundesminister des Auswärtigen festlegt—;

4. zum Zwecke der Umschuldung durch den Bund gedeckter Forderungen deutscher Gläubiger. — Dabei können die Selbstbeteiligungen nachträglich ermäßigt sowie in Ausnahmefällen Bürgschaften, Garantien oder sonstige Gewährleistungen für bisher ungedeckte Forderungen übernommen werden, wenn andernfalls die Umschuldungsmaßnahmen nicht durchgeführt werden können—;

5. zur Sicherung der Finanzierung von förderungswürdigen Aufbauvorhaben in Entwicklungsländern, für die der Bund im Rahmen der Kreditzusageermächtigungen für Kapitalhilfe eine Finanzierungszusage gegeben hat, wenn dadurch eine Finanzierung mit Haushaltsmitteln vermieden wird.

(2) Der Höchstbetrag der Gewährleistungen nach Absatz 1 Nr. 1 wird auf 17 000 000 000 Deutsche Mark, der Höchstbetrag der Gewährleistungen nach Absatz 1 Nr. 2 bis 4 auf insgesamt 9 000 000 000 Deutsche Mark, der Höchstbetrag der Gewährleistungen nach Absatz 1 Nr. 5 auf 250 000 000 Deutsche Mark festgesetzt.

§ 21

Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, Bürgschaften, Garantien oder sonstige Gewährleistungen für Bevorratungsmaßnahmen auf dem Ernährungsgebiet bis zum Höchstbetrage von 1 500 000 000 Deutsche Mark zu übernehmen.

§ 22

Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, Bürgschaften, Garantien oder sonstige Gewährleistungen bis zum Höchstbetrage von 1 600 000 000 Deutsche Mark zur Förderung der Berliner Wirtschaft und des Warenverkehrs mit Berlin nach Richtlinien zu übernehmen, die der Bundesminister für

Wirtschaft im Einvernehmen mit dem Bundesminister der Finanzen und den sonst beteiligten Fachministern festlegt.

§ 23

Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, Bürgschaften, Garantien oder sonstige Gewährleistungen bis zum Höchstbetrage von 9 500 000 000 Deutsche Mark zu übernehmen

1. zur Förderung der gewerblichen Wirtschaft, wenn eine anderweitige Finanzierung nicht möglich ist und ein allgemeines volkswirtschaftliches Interesse an der Durchführung der Maßnahmen besteht;
2. zur Förderung des Verkehrswesens;
3. zur Förderung des Wohnungsbaues und der damit verbundenen städtebaulichen Maßnahmen, insbesondere des öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbaues, zur Förderung des Baues gewerblicher Räume, wenn der Bau der gewerblichen Räume im Zusammenhang mit dem Bau von Wohnungen steht, sowie zur Förderung der Instandsetzung und Modernisierung von Wohngebäuden;
4. für Verbindlichkeiten, die der Deutschen Siedlungs- und Landesrentenbank aus der Ausgabe von Schuldverschreibungen erwachsen — zu vergleichen § 3 des Gesetzes über die Zusammenlegung der Deutschen Landesrentenbank und der Deutschen Siedlungsbank vom 27. August 1965 (Bundesgesetzbl. I S. 1001);
5. für Maßnahmen gemäß § 5 des Landwirtschaftsgesetzes vom 5. September 1955 (Bundesgesetzbl. I S. 565) — Grüner Plan;
6. zur Förderung der Deutschen Fischwirtschaft;
7. im Zusammenhang mit der Freigabe beschlagnahmter deutscher Auslandsvermögen;
8. für Verbindlichkeiten des Ausgleichsfonds aus der Eintragung von Schuldbuchforderungen oder der Aushändigung von Schuldverschreibungen nach § 252 Abs. 3 des Lastenausgleichsgesetzes vom 14. August 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 446), zuletzt geändert durch das Siebzehnte Gesetz zur Änderung des Lastenausgleichsgesetzes vom 4. August 1964 (Bundesgesetzbl. I S. 585);
9. im Zusammenhang mit der Abdeckung von Haftpflichtrisiken namentlich aus Anlaß des Bezugs oder der Verwendung von Kernbrennstoffen für friedliche Zwecke, soweit dadurch eine Finanzierung aus Haushaltsmitteln vermieden wird;
10. im Zusammenhang mit der Beschaffung von Kernbrennstoffen, die die Europäische Atomgemeinschaft auf Grund bilateraler Abkommen mit den Vereinigten Staaten von Amerika für Benutzer in der Bundesrepublik bezieht, wenn die Europäische Atomgemeinschaft nach dem Beschluß des Rates vom 5./7. März 1962 die Beschaffung der Kernbrennstoffe hiervon abhängig macht. — Die vertragliche Verpflichtung der Benutzer auf Freistellung des Bundes bleib unberührt —;
11. im Falle eines unvorhergesehenen, unabweisbaren Bedürfnisses, insbesondere für Notmaßnahmen.

§ 24

Gewährleistungen nach den §§ 20 bis 23 können auch in ausländischer Währung übernommen werden; sie sind zu dem Mittelkurs, der vor Ausfertigung der Urkunden zuletzt amtlich festgestellt worden ist, auf den Höchstbetrag anzurechnen.

§ 25

(1) Auf die Höchstbeträge der §§ 20 bis 23 werden jeweils die Gewährleistungen auf Grund der entsprechenden Ermächtigungen angerechnet, die in den §§ 23 bis 26 des Haushaltsgesetzes 1965 enthalten sowie in § 27 des Haushaltsgesetzes 1965 bezeichnet sind. Die Anrechnung erfolgt, soweit der Bund noch in Anspruch genommen werden kann oder soweit er in Anspruch genommen worden ist und für die erbrachten Leistungen keinen Ersatz erlangt hat.

(2) Soweit der Bund ohne Inanspruchnahme von seiner Haftung frei wird oder Ersatz für erbrachte Leistungen erlangt hat, ist eine übernommene Gewährleistung auf den Höchstbetrag nicht mehr anzurechnen.

(3) Die Ermächtigungsrahmen der §§ 20 bis 23 können mit Zustimmung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages auch für Zwecke der jeweils anderen Vorschriften verwendet werden.

§ 26

Der Bundesminister der Finanzen hat dem Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages halbjährlich über den Stand der nach §§ 20 bis 23 übernommenen Verpflichtungen zu berichten.

§ 27

Der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages kann im Namen des Deutschen Bundestages den Präsidenten des Bundesrechnungshofes als Bundesbeauftragten für Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung um die Erstattung von Gutachten ersuchen.

§ 28

(1) §§ 2, 3, 5, 7, 8 Abs. 1 und 3, §§ 10 bis 14, 17, 18, 19 Abs. 2 sowie §§ 20 bis 27 gelten bis zum Tage der Verkündung des Haushaltsgesetzes des folgenden Rechnungsjahres weiter.

(2) Der Bundesminister der Finanzen kann ab 1. Januar 1967 bis zur Verkündung des Haushaltsgesetzes 1967 zur Deckung von Ausgaben des

außerordentlichen Haushalts Geldmittel im Wege des Kredits bis zu 1 000 000 000 Deutsche Mark beschaffen. Die auf Grund dieser Ermächtigung aufgenommenen Kredite sind auf den durch das Haushaltsgesetz 1967 festzulegenden Kreditrahmen anzurechnen.

(3) Die bei Kapitel A 23 02 Titel 570 ausgebrachte Ermächtigung, Verpflichtungen, und zwar auch Darlehnsverpflichtungen, für künftige Rechnungsjahre zur Förderung der Entwicklungsländer einzugehen, gilt weiter bis zum Tage der Verkündung des Haushaltsgesetzes des folgenden Jahres. Die auf Grund der Weitergeltung dieser Ermächtigung im folgenden Rechnungsjahr eingegangenen Verpflichtungen sind auf den durch das Haushaltsgesetz oder den Haushaltsplan des folgenden Rechnungsjahres festgelegten Bindungsrahmen anzurechnen.

§ 29

Der Bundesminister der Finanzen kann Verwaltungsvorschriften zur Durchführung dieses Gesetzes erlassen.

§ 30

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 12 Abs. 1 und des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin.

§ 31

Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1966 in Kraft.

Begründung

Der Entwurf des Haushaltsgesetzes 1966 entspricht weitgehend den Bestimmungen des Haushaltsgesetzes 1965.

Zu § 1

Die Bestimmung enthält die Zahlen des Gesamtabschlusses.

Zu § 2

Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Zu § 3

A b s a t z 1

Nach § 14 RHO dürfen einmalige und außerordentliche Ausgaben für bauliche Unternehmungen erst in den Haushaltsplan eingestellt werden, wenn Pläne, Kostenberechnungen und Erläuterungen vorliegen, aus denen die Art der Ausführung, die Kosten der baulichen Maßnahme, etwaige Beiträge Dritter und die etwa vorgesehenen Gebühren und Abgaben ersichtlich sind. Diese Bestimmung soll wie im Vorjahr auf Bauvorhaben ausgedehnt werden, bei denen der Bund zwar nicht selbst Bauträger ist, aber mehr als 50 v. H. der Baukosten trägt.

In Fällen, in denen eine Anwendung des § 14 RHO zu einer nicht vertretbaren Verzögerung eines Bauvorhabens führen würde, soll der Bundesminister der Finanzen ermächtigt werden, Ausnahmen zuzulassen.

Die Vorschrift ist im übrigen gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Zu § 4

Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Zu § 5

A b s a t z 1

Durch die Vorschrift soll die Einhaltung des Gebots des § 32 RHO sichergestellt werden, wonach die im Haushaltsplan zur Verfügung gestellten Mittel so zu verwalten sind, daß sie zur Deckung aller Ausgaben ausreichen, die unter die einzelne Zweckbestimmung fallen. Für die Zulassung von Ausnahmen gelten die Voraussetzungen, die in Artikel 112 GG für Haushaltsüberschreitungen aufgestellt sind.

Die Vorschrift ist im übrigen gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Zu § 6

Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr sachlich unverändert.

Zu § 7

A b s a t z 2

Durch die Vorschrift soll der Bundesminister der Finanzen wie in den Vorjahren ermächtigt werden, die Inanspruchnahme von Ausgabemitteln von seiner Zustimmung abhängig zu machen, soweit die Entwicklung der Haushalts- und Kassenlage des Bundes es erfordert.

A b s a t z 3

Die Vorschrift soll ermöglichen, bestimmte Ausgabemittel auch aus konjunkturpolitischen Gründen zu sperren.

Die Vorschrift ist im übrigen gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Zu § 8 (im Vorjahr § 9)

A b s a t z 1

Der Beginn der Hochbaumaßnahmen hat neben seinen Auswirkungen auf die künftige Haushaltswirtschaft auch konjunkturelle Bedeutung. Deshalb soll dafür — wie im Vorjahr — die Zustimmung des Bundesministers der Finanzen und des Bundesministers für Wirtschaft erforderlich sein.

A b s a t z 2

Zur Einschränkung der Nachfrage nach Bauleistungen soll die Ermächtigung geschaffen werden, wiederum eine 20 v. H.-Sperre der Baumittel anzuordnen, wenn dies aus konjunkturpolitischen Gründen erforderlich scheint.

A b s a t z 3 (im Vorjahr Absatz 4)

Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr sachlich unverändert.

Zu § 9 (im Vorjahr § 11)

Die Vorschrift enthält die Fälle der gegenseitigen und einseitigen Deckungsfähigkeit von Haushaltsmitteln.

A b s a t z 4

Nach § 31 Satz 2 RHO dürfen übertragbare Ausgabemittel mit anderen Ausgabemitteln nur dann als deckungsfähig bezeichnet werden, wenn dies in besonderen Fällen durch das Haushaltsgesetz zugelassen wird. Es reicht aus, diese Zulassung lediglich in den Haushaltsvermerken des Haushaltsplans auszusprechen. Aus Vereinfachungsgründen soll daher abweichend von § 31 Satz 2 RHO zugelassen werden, daß übertragbare Ausgabemittel mit anderen Ausgabemitteln nach Maßgabe der Haushaltsvermerke des Haushaltsplans als deckungsfähig bezeichnet werden können.

Die Vorschrift ist im übrigen gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Zu § 10 (im Vorjahr § 12)

Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Zu § 11 (im Vorjahr § 13)

Die Vorschrift soll ermöglichen, auch im Rechnungsjahr 1966 in Fällen eines unabweisbaren, auf andere Weise nicht zu befriedigenden Bedürfnisses zusätzliche Planstellen zu schaffen.

Zu §§ 12 bis 14 (im Vorjahr §§ 15 bis 17)

Die Vorschriften sind gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Zu § 15

Durch die Vorschrift soll der Betrag, bis zu dem das Aufkommen an Mineralölsteuer nach Artikel 1 des Straßenbaufinanzierungsgesetzes im Rechnungsjahr 1966 für Zwecke des Straßenwesens zu verwenden ist, in Abweichung von Artikel 10 des Haushaltssicherungsgesetzes auf 3 400 000 000 Deutsche Mark festgesetzt werden. Eine derartige Begrenzung des für Zwecke des Straßenwesens zweckgebundenen Aufkommens an Mineralölsteuer war bereits in § 9 des Haushaltsgesetzes 1963 enthalten.

Zu § 16 (im Vorjahr § 18 Abs. 1 und § 19)

Absatz 2

Im Hinblick auf die Kapitalstruktur der Deutschen Bundespost erscheint es angebracht, den Bundesminister der Finanzen für das Rechnungsjahr 1966 ausnahmsweise zu ermächtigen, die Höhe der Ablieferung an den Bundeshaushalt nach § 21 des Postverwaltungsgesetzes bis auf 265 000 000 Deutsche Mark zu begrenzen. Der Betrag, um den der Posthaushalt durch diese Regelung entlastet wird, ist zur Aufstockung des Eigenkapitals der Deutschen Bundespost zu verwenden.

Die Vorschrift ist im übrigen gegenüber dem Vorjahr sachlich unverändert.

Zu §§ 17 und 18 (im Vorjahr §§ 20 und 21)

Die Vorschriften sind gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Zu § 19 (im Vorjahr § 22)

Die Vorschrift enthält die erforderliche Ermächtigung zur Aufnahme von Krediten zur Deckung des außerordentlichen Haushalts.

Zu §§ 20 bis 25 (im Vorjahr §§ 23 bis 28)

Allgemeines

In den §§ 20 bis 25 werden, wie im Vorjahr, die nach Umfang und Risiko besonders bedeutsamen Ermächtigungen für die Übernahme von Sicherheitsleistungen zusammengefaßt.

Zu § 20 (im Vorjahr § 23)

Absatz 1 Nr. 2

Durch die Neufassung von Nummer 2 soll die Ermächtigung tatbestandsmäßig aufgegliedert werden. Eine materielle Erweiterung ist damit nicht verbunden. Die Vorschrift ist im übrigen gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Zu §§ 21 und 22 (im Vorjahr §§ 24 und 25)

Die Ansätze sind gegenüber dem Haushaltsgesetz 1965 unverändert.

Zu § 23 (im Vorjahr § 26)

Die Ermächtigungen nach Nummern 1 bis 3, 5 bis 8 und Nummer 11 entsprechen den Bestimmungen des Haushaltsgesetzes 1965.

Nummer 4

Die Vorschrift ist im Hinblick auf die Zusammenlegung der Deutschen Landesrentenbank und der Deutschen Siedlungsbank durch Gesetz vom 27. August 1965 redaktionell neu gefaßt. Eine sachliche Änderung ist damit nicht verbunden.

Nummer 9

Aus haushaltswirtschaftlichen Gründen erscheint es zweckmäßig, daß der Bund Haftpflichtrisiken namentlich aus Anlaß des Bezugs und der Verwendung von Kernbrennstoffen übernimmt, wenn dadurch eine Finanzierung mit Haushaltsmitteln vermieden wird. Eine entsprechende Ermächtigung war für bestimmte Fälle bei Kapitel 31 03 Titel 640, 646 und 647 des Haushaltsplans 1965 bereits vorgesehen. Aus rechtssystematischen Gründen sollen diese Ermächtigungen in der neuen Vorschrift zusammengefaßt werden.

Nummer 10

Die Vorschrift ermächtigt den Bund, Haftungsrisiken im Zusammenhang mit der Beschaffung von Kernbrennstoffen über die Europäische Atomgemeinschaft für Benutzer in der Bundesrepublik zu übernehmen. Sie ersetzt die im Vorjahr in der Zweckbestimmung bei Kapitel 31 03 Titel 610 ausgebrachte Ermächtigung, die ebenfalls aus rechtssystematischen Gründen in das Haushaltsgesetz übernommen wird. Sonstige, mit der Nutzung von Kernbrennstoffen im Zusammenhang stehende Gewährleistungen — z. B. Verträge, durch die sich der Bund am Betriebsrisiko von Kernkraftwerken beteiligt, Abbrandgarantien — können bei Vorliegen der Voraussetzungen nach Nummer 1 (Förderung der gewerblichen Wirtschaft) übernommen werden.

Die Ermächtigungstatbestände der Vorschrift beziehen sich im wesentlichen auf mittel- und langfristige Kredite und Risiken. Die in den Vorjahren übernommenen Gewährleistungen sind nach Maßgabe des § 25 auf den Ermächtigungsrahmen anzurechnen. Der Ansatz ist deshalb zur Ermöglichung einer kontinuierlichen Fortführung der Förderungsmaßnahmen, zugleich aber auch im Hinblick auf die Aufnahme neuer Ermächtigung in Nummern 9 und 10 gegenüber dem Vorjahr um 2 000 000 000 Deutsche Mark

erhöht. Innerhalb des Ansatzes sind folgende Rahmen vorgesehen:

für die gewerbliche Wirtschaft bis zu	3 000 000 000 DM
für das Verkehrswesen bis zu	1 900 000 000 DM
für den Wohnungsbau bis zu	1 100 000 000 DM
für Verbindlichkeiten der Deutschen Siedlungs- und Landesrentenbank bis zu	1 700 000 000 DM
für die Abdeckung für Haftpflichtrisiken bis zu	170 000 000 DM
für Haftungsübernahmen gegenüber EURATOM bis zu	500 000 000 DM
für die übrigen Maßnahmen, vor allem für Notmaßnahmen bis zu	500 000 000 DM.

Zu § 24 (im Vorjahr § 28 Abs. 2)

Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Zu § 25 (im Vorjahr §§ 27 und 28 Abs. 1 und 3)

Absatz 1

Die Vorschrift entspricht sachlich den in den Vorjahren getroffenen Regelungen. Die Neufassung hat lediglich redaktionelle Bedeutung.

Im übrigen ist die Vorschrift gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Zu § 26 (im Vorjahr § 29)

Nach den Haushaltsgesetzen der Vorjahre war vierteljährlich über den Stand der übernommenen Gewährleistungen zu berichten.

Im Hinblick auf die mit der Vorbereitung und Prüfung der Berichte verbundene Belastung wird vorgeschlagen, den Berichtszeitraum auf ein halbes Jahr festzusetzen. Unbeschadet dieser Regelung werden Berichte auch zu anderen Zeitpunkten erstattet, falls der Haushaltsausschuß hierum ersucht.

Zu §§ 27 bis 31 (im Vorjahr §§ 32 und 34 bis 37)

Die Vorschriften sind gegenüber dem Vorjahr sachlich unverändert.

Entwurf

Gesamtplan des Bundeshaushaltsplans 1966

Gesamtplan

Ordentlicher Haushalt

Kap.	Bezeichnung	Ordentliche Einnahmen 1966 DM	Ordentliche Einnahmen gegenüber 1965 mehr (+) weniger (—) DM	Personalausgaben 1966 DM	Personalausgaben 1965 DM
1	2	3	4	5	6
	01				
	Bundespräsident und Bundespräsidialamt				
01 01	Bundespräsident	—	—	237 500	228 700
01 03	Bundespräsidialamt	17 400	+ 500	1 858 600	1 401 400
	Zusammen	17 400	+ 500	2 096 100	1 630 100
	02				
	Deutscher Bundestag				
02 01	Deutscher Bundestag	612 700	—	11 233 200	11 233 200
02 03	Der Wehrbeauftragte des Bundestages	4 300	—	694 500	694 500
	Zusammen	617 000	—	11 927 700	11 927 700
	03				
	Bundesrat				
03 01	Bundesrat	22 200	— 2 000	1 743 000	1 465 800
	04				
	Bundeskanzler und Bundeskanzleramt				
04 01	Bundeskanzler und Bundeskanzleramt	19 300	+ 3 100	5 207 800	4 231 700
04 02	Allgemeine Bewilligungen	—	—	—	—
04 03	Presse- und Informationsamt der Bundesregierung	550 200	— 45 000	12 654 600	10 233 000
04 04	Bundesnachrichtendienst	—	—	—	—
	Zusammen	569 500	— 41 900	17 862 400	14 464 700
	05				
	Auswärtiges Amt				
05 01	Auswärtiges Amt	297 500	+ 12 700	34 291 700	27 040 700
05 02	Allgemeine Bewilligungen	—	—	—	—
05 03	Vertretungen des Bundes im Ausland	5 170 000	+ 305 000	158 256 000	143 754 100
05 04	Angelegenheiten des Europarates und verwandte Gebiete	—	—	—	—
	Zusammen	5 467 500	+ 317 700	192 547 700	170 794 800
	06				
	Bundesminister des Innern				
06 01	Bundesministerium des Innern	55 100	— 12 500	22 640 400	17 424 700
06 02	Allgemeine Bewilligungen	12 760 400	— 341 000	—	—
06 03	Bundesverwaltungsgericht	287 000	+ 6 300	4 687 100	4 130 400
06 04	Der Oberbundesanwalt beim Bundesverwaltungsgericht	400	—	506 400	382 200
06 05	Bundesdisziplinarhof	1 800	—	1 755 200	1 521 700
06 06	Der Bundesdisziplinaranwalt beim Bundesdisziplinarhof	100		439 200	378 200

Ordentlicher Haushalt

Gesamtplan

Sachausgaben		Allgemeine Ausgaben		Einmalige Ausgaben		Ordentliche Ausgaben		Kap.
1966 DM	1965 DM	**1966** DM	1965 DM	**1966** DM	1965 DM	**1966** DM	gegenüber 1965 mehr (+) weniger (—) DM	
7	8	9	10	11	12	13	14	15
300 000	220 000	**770 000**	700 000	**—**	—	**1 307 500**	+ 158 800	01 01
938 300	822 400	**4 005 000**	6 000	**137 500**	472 800	**6 939 400**	+ 4 236 800	01 03
1 238 300	1 042 400	**4 775 000**	706 000	**137 500**	472 800	**8 246 900**	+ 4 395 600	
5 680 700	5 680 700	**35 881 600**	35 881 600	**2 482 400**	2 482 400	**55 277 900**	—	02 01
186 400	186 400	**—**	—	**31 100**	31 100	**912 000**	—	02 03
5 867 100	5 867 100	**35 881 600**	35 881 600	**2 513 500**	2 513 500	**56 189 900**	—	
668 900	629 000	**424 000**	460 000	**36 000**	380 200	**2 871 900**	— 63 100	03 01
1 112 300	912 100	**700 000**	700 000	**14 000**	61 800	**7 034 100**	+ 1 128 500	04 01
— 7 914 200	— 7 862 400	**—**	—	**—**	—	**— 7 914 200**	— 51 800	04 02
2 975 500	2 637 600	**85 216 700**	81 135 500	**267 900**	341 500	**101 114 700**	+ 6 767 100	04 03
—	—	**68 093 200**	63 093 200	**—**	—	**68 093 200**	+ 5 000 000	04 04
— 3 826 400	— 4 312 700	**154 009 900**	144 928 700	**281 900**	403 300	**168 327 800**	+ 12 843 800	
24 452 500	19 403 100	**104 000**	199 000	**1 271 600**	970 900	**60 119 800**	+ 12 506 100	05 01
—	—	**270 629 000**	229 405 800	**112 589 000**	1 500 000	**383 218 000**	+ 152 312 200	05 02
36 417 000	32 635 000	**3 420 000**	2 950 000	**23 190 600**	20 806 800	**221 283 600**	+ 21 137 700	05 03
—	—	**4 919 700**	4 163 500	**—**	—	**4 919 700**	+ 756 200	05 04
60 869 500	52 038 100	**279 072 700**	236 718 300	**137 051 200**	23 277 700	**669 541 100**	+ 186 712 200	
2 607 100	2 367 100	**240 000**	40 000	**210 500**	50 000	**25 698 000**	+ 5 816 200	06 01
— 60 000	— 60 000	**248 123 700**	236 304 700	**116 242 300**	104 930 000	**364 306 000**	+ 23 131 300	06 02
419 400	403 400	**20 000**	20 000	**20 500**	8 000	**5 147 000**	+ 585 200	06 03
33 600	32 200	**—**	—	**—**	—	**540 000**	+ 125 600	06 04
285 400	280 400	**30 000**	40 000	**—**	—	**2 070 600**	+ 228 500	06 05
34 800	32 900	**16 000**	16 500	**—**	—	**490 000**	+ 62 400	06 06

Gesamtplan

Ordentlicher Haushalt

Kap.	Bezeichnung	Ordentliche Einnahmen 1966 DM	Ordentliche Einnahmen gegenüber 1965 mehr (+) weniger (—) DM	Personalausgaben 1966 DM	Personalausgaben 1965 DM
1	2	3	4	5	6
	06				
06 07	Bundesdisziplinarkammern	37 000	— 2 000	455 900	389 000
06 08	Statistisches Bundesamt	348 200	+ 10 000	33 116 700	27 496 200
06 09	Bundesamt für Verfassungsschutz	115 900	+ 19 600	14 540 700	10 552 000
06 10	Bundeskriminalamt	132 600	+ 69 100	11 491 000	9 107 300
06 13	Bundesarchiv	51 300	— 4 900	2 731 400	2 199 300
06 14	Bundesanstalt für Landeskunde und Raumforschung	133 900	+ 19 700	1 711 800	1 461 700
06 15	Bundesverwaltungsamt	76 500	+ 7 800	8 258 400	5 946 200
06 16	Institut für Angewandte Geodäsie, Kartographie und Photogrammetrie	323 200	+ 16 100	4 437 700	3 846 600
06 19	Bundesamt für zivilen Bevölkerungsschutz	2 139 000	— 3 200	17 102 000	15 020 100
06 20	Akademie für Zivile Verteidigung	—	—	593 800	—
06 21	Bundesluftschutzverband	—	—	—	—
06 24	Beschaffungen für die Bereitschaftspolizeien der Länder	280 300	— 119 800	—	—
06 25	Bundesgrenzschutz	2 929 400	— 212 600	183 268 800	153 791 600
06 26	Beschaffungsstelle des Bundesministers des Innern	120 000	— 1 000	4 993 100	3 122 100
06 29	Deutsches Archäologisches Institut	36 900	+ 2 500	4 721 500	3 862 500
06 30	Deutsches Historisches Institut	3 500	—	676 500	598 900
06 31	Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften	1 000	—	121 900	75 400
06 33	Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge	10 700	—	1 374 900	930 200
06 34	Bundesinstitut zur Erforschung des Marxismus-Leninismus	200	—	1 429 700	791 600
06 35	Bundeszentrale für politische Bildung	43 300	+ 36 300	1 312 600	1 023 100
06 36	Kriegsfolgenhilfe und gleichartige Leistungen	43 510 000	+ 10 730 000	—	—
	Zusammen	63 397 700	+ 10 220 400	322 366 700	264 051 000
	07				
	Bundesminister der Justiz				
07 01	Bundesministerium der Justiz	1 978 400	— 203 100	10 919 100	8 558 100
07 02	Allgemeine Bewilligungen	1 000	+ 1 000	—	—
07 03	Bundesgerichtshof	2 556 800	— 296 800	8 304 200	7 042 600
07 04	Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof in Karlsruhe	500	—	4 709 500	3 651 500
07 05	Deutsches Patentamt	65 824 900	+ 2 502 600	36 445 200	28 616 600
07 06	Bundespatentgericht	2 000	—	6 480 000	5 189 300
07 07	Oberstes Rückerstattungsgericht	34 400	+ 300	1 065 900	952 000
	Zusammen	70 398 000	+ 2 004 000	67 923 900	54 010 100
	08				
	Bundesminister der Finanzen				
08 01	Bundesministerium der Finanzen	244 000	+ 4 700	43 621 100	35 617 900
08 02	Allgemeine Bewilligungen	81 400	+ 81 300	—	—
08 03	Bundesfinanzhof in München	6 800	+ 900	3 351 800	2 604 500
08 04	Bundesfinanzverwaltung	36 187 100	— 1 650 900	552 359 000	472 891 900
08 08	Bundeshauptkasse in Bonn	—	—	1 066 800	877 000
08 09	Bundesmonopolverwaltung für Branntwein in Offenbach (Main)	—	—	—	—
08 10	Verwaltungsamt für innere Restitutionen in Stadthagen	—	—	193 300	158 200
	Zusammen	36 519 300	— 1 564 000	600 592 000	512 149 500

Ordentlicher Haushalt

Gesamtplan

Sachausgaben		Allgemeine Ausgaben		Einmalige Ausgaben		Ordentliche Ausgaben		Kap.
1966	1965	**1966**	1965	**1966**	1965	**1966**	gegenüber 1965 mehr (+) weniger (—)	
DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	
7	8	9	10	11	12	13	14	15
171 500	163 300	**35 000**	40 000	**—**	—	**662 400**	+ 70 100	06 07
2 950 200	2 706 100	**4 260 500**	3 770 500	**7 725 500**	4 215 200	**48 052 900**	+ 9 864 900	06 08
1 990 800	1 682 800	**5 542 800**	5 945 300	**458 300**	386 400	**22 532 600**	+ 3 966 100	06 09
1 602 900	1 604 600	**2 474 800**	2 251 600	**521 200**	1 035 100	**16 089 900**	+ 2 091 300	06 10
834 000	781 300	**242 000**	132 000	**297 100**	394 000	**4 104 500**	+ 597 900	06 13
483 400	438 500	**397 900**	355 400	**6 900**	—	**2 600 000**	+ 344 400	06 14
1 431 600	1 200 800	**32 529 400**	33 744 900	**—**	—	**42 219 400**	+ 1 327 500	06 15
685 700	583 700	**440 400**	490 200	**207 100**	7 400	**5 770 900**	+ 843 000	06 16
5 525 500	4 798 500	**29 899 500**	25 978 000	**39 031 000**	38 011 900	**91 558 000**	+ 7 749 500	06 19
271 700	—	**250 000**	400 000	**150 100**	—	**1 265 600**	+ 865 600	06 20
—	—	**38 373 100**	31 725 900	**—**	—	**38 373 100**	+ 6 647 200	06 21
—	—	**10 415 000**	14 051 000	**12 146 800**	2 829 000	**22 561 800**	+ 5 681 800	06 24
17 692 600	16 026 600	**40 860 600**	41 767 700	**95 602 400**	100 557 000	**337 424 400**	+ 25 281 500	06 25
767 500	326 800	**108 900**	99 000	**—**	27 000	**5 869 500**	+ 2 294 600	06 26
1 093 900	1 063 400	**2 162 100**	2 002 000	**410 900**	592 700	**8 388 400**	+ 867 800	06 29
188 700	178 700	**151 700**	130 000	**25 000**	25 000	**1 041 900**	+ 109 300	06 30
39 900	34 800	**19 000**	8 000	**—**	—	**180 800**	+ 62 600	06 31
149 300	117 700	**—**	—	**—**	—	**1 524 200**	+ 476 300	06 33
427 000	229 000	**582 000**	595 000	**118 700**	154 000	**2 557 400**	+ 787 800	06 34
336 790	232 700	**11 130 000**	10 150 000	**—**	100 000	**12 779 300**	+ 1 273 500	06 35
—	—	**583 655 800**	514 682 400	**300 000**	300 000	**583 955 800**	+ 68 973 400	06 36
39 963 200	35 225 300	**1 011 960 200**	924 740 100	**273 474 300**	253 622 700	**1 647 764 400**	+ 170 125 300	
1 669 500	1 367 900	**358 000**	633 500	**443 000**	75 500	**13 389 600**	+ 2 754 600	07 01
—	—	**432 000**	—	**—**	—	**432 000**	+ 432 000	07 02
1 620 700	1 060 300	**509 000**	509 000	**—**	—	**10 433 900**	+ 1 822 000	07 03
20 900	20 100	**—**	—	**—**	12 500	**4 730 400**	+ 1 046 300	07 04
5 563 400	3 994 700	**6 229 000**	6 220 000	**245 000**	7 000	**48 482 600**	+ 9 644 300	07 05
124 600	85 600	**10 000**	13 000	**—**	—	**6 614 600**	+ 1 326 700	07 06
144 100	142 500	**601 400**	529 400	**12 500**	—	**1 823 900**	+ 200 000	07 07
9 143 200	6 671 100	**8 139 400**	7 904 900	**700 500**	95 000	**85 907 000**	+ 17 225 900	
3 837 900	3 371 500	**—**	—	**51 500**	39 400	**47 510 500**	+ 8 481 700	08 01
—	—	**3 505 500**	2 708 900	**—**	—	**3 505 500**	+ 796 600	08 02
363 000	237 200	**—**	—	**—**	—	**3 714 800**	+ 873 100	08 03
158 525 900	138 028 800	**9 630 000**	4 890 000	**23 441 500**	20 472 200	**743 956 400**	+ 107 673 500	08 04
—	—	**—**	—	**—**	—	**1 066 800**	+ 189 800	08 08
—	—	**—**	—	**—**	—	**—**	—	08 09
52 700	51 300	**—**	—	**—**	—	**246 000**	+ 36 500	08 10
162 779 500	141 688 800	**13 135 500**	7 598 900	**23 493 000**	20 511 600	**800 000 000**	+ 118 051 200	

Gesamtplan

Ordentlicher Haushalt

Kap.	Bezeichnung	Ordentliche Einnahmen 1966 DM	Ordentliche Einnahmen gegenüber 1965 mehr (+) weniger (—) DM	Personalausgaben 1966 DM	Personalausgaben 1965 DM
1	2	3	4	5	6
	09				
	Bundesminister für Wirtschaft				
09 01	Bundesministerium für Wirtschaft	**1 151 500**	— 98 400	**34 470 600**	29 716 800
09 02	Allgemeine Bewilligungen	**482 000**	+ 93 900	—	—
09 03	Physikalisch-Technische Bundesanstalt	**3 568 600**	+ 10 800	**19 103 000**	14 749 100
09 04	Bundesaufsichtsamt für das Versicherungs- und Bausparwesen	**5 867 100**	+ 791 900	**5 107 900**	4 354 400
09 05	Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft	**78 700**	+ 3 900	**7 192 900**	5 893 300
09 06	Bundesstelle für Außenhandelsinformation	**10 000**	+ 4 500	**2 112 000**	1 641 100
09 07	Bundesanstalt für Materialprüfung	**2 958 000**	+ 504 000	**9 381 700**	7 149 000
09 08	Bundeskartellamt	**1 002 500**	— 8 900	**3 654 200**	3 118 200
09 09	Bundesanstalt für Bodenforschung	**2 279 700**	— 921 000	**4 033 200**	3 239 400
09 10	Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen	**2 612 500**	+ 485 200	**2 098 800**	1 475 000
09 11	Institut für chemisch-technische Untersuchungen	**11 300**	+ 6 400	**1 284 300**	925 200
	Zusammen	**20 021 900**	+ 872 300	**88 438 600**	72 261 500
	10				
	Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten				
10 01	Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	**274 300**	+ 4 000	**18 630 300**	15 191 000
10 02	Allgemeine Bewilligungen	**82 491 400**	+ 453 200	—	—
10 03	Marktordnung	**752 604 800**	— 49 933 200	—	—
10 07	Bundesamt für Ernährung und Forstwirtschaft	**4 176 700**	+ 419 000	**5 707 100**	4 281 600
10 08	Bundessortenamt	**937 300**	+ 12 200	**1 651 000**	1 417 200
10 10	Biologische Bundesanstalt für Land- und Forstwirtschaft	**876 400**	— 1 082 700	**6 536 900**	5 740 500
10 11	Bundesversuchs- und Forschungsanstalt für Milchwirtschaft	**333 700**	— 407 900	**2 487 200**	2 267 600
10 12	Bundesforschungsanstalt für Fischerei	**416 600**	+ 80 000	**3 647 500**	3 323 100
10 13	Bundesforschungsanstalt für Forst- und Holzwirtschaft	**397 400**	— 191 800	**2 694 700**	2 063 300
10 14	Bundesforschungsanstalt für Kleintierzucht	**149 200**	+ 5 600	**1 093 200**	878 900
10 15	Bundesforschungsanstalt für Getreideverarbeitung	**503 000**	+ 176 100	**1 880 400**	1 374 100
10 16	Bundesforschungsanstalt für Fleischforschung	**1 983 500**	+ 1 234 600	**986 600**	785 700
10 17	Bundesforschungsanstalt für Lebensmittelfrischhaltung	**153 000**	— 50 000	**1 637 700**	1 241 500
10 18	Bundesanstalt für Qualitätsforschung pflanzlicher Erzeugnisse	**30 800**	+ 600	**516 400**	423 200
10 19	Bundesanstalt für Tabakforschung	**72 000**	— 3 100	**939 600**	838 900
10 20	Bundesanstalt für Hauswirtschaft	**43 200**	+ 10 400	**576 200**	476 500
10 21	Bundesanstalt für Naturschutz, Landschaftspflege und Vegetationskunde	**99 200**	+ 37 800	**619 600**	560 100
10 22	Bundesanstalt für Fettforschung	**74 600**	—	**284 700**	246 200
10 24	Bundesforschungsanstalt für Viruskrankheiten der Tiere	**95 700**	+ 11 200	**2 265 200**	1 977 300
10 25	Forschungsanstalt für Landwirtschaft	**954 000**	+ 31 600	**6 660 900**	6 486 100
	Zusammen	**846 751 800**	— 49 192 400	**58 780 000**	49 572 800
	11				
	Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung				
11 01	Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung	**114 500**	+ 18 000	**14 898 000**	11 401 200
11 02	Allgemeine Bewilligungen	**1 767 000**	+ 1 406 000	—	—
11 03	Bundesausführungsbehörde für Unfallversicherung in Wilhelmshaven	**47 600**	— 8 100	**2 457 400**	2 130 200
11 04	Bundesinstitut für Arbeitsschutz in Koblenz	**5 000**	+ 600	**562 200**	408 100
11 05	Bundesarbeitsgericht in Kassel	**116 400**	+ 15 100	**1 915 500**	1 629 800
11 06	Bundesversicherungsamt in Berlin	**27 900**	— 4 300	**2 826 000**	2 390 200
11 07	Bundessozialgericht in Kassel	**170 000**	+ 30 000	**4 077 900**	3 269 600
11 08	Ziviler Ersatzdienst	**4 872 700**	+ 492 700	**7 086 400**	6 898 700

Ordentlicher Haushalt

Gesamtplan

Sachausgaben 1966 DM	Sachausgaben 1965 DM	Allgemeine Ausgaben 1966 DM	Allgemeine Ausgaben 1965 DM	Einmalige Ausgaben 1966 DM	Einmalige Ausgaben 1965 DM	Ordentliche Ausgaben 1966 DM	Ordentliche Ausgaben gegenüber 1965 mehr (+) weniger (—) DM	Kap.
7	8	9	10	11	12	13	14	15
5 280 800	4 543 600	462 200	642 200	1 123 400	1 060 900	41 337 000	+ 5 373 500	09 01
—	—	121 900 200	104 587 600	528 325 000	580 630 000	650 225 200	— 34 992 400	09 02
3 120 800	3 169 700	4 583 500	2 450 500	5 521 800	10 345 200	32 329 100	+ 1 614 600	09 03
505 100	489 000	75 200	75 000	4 300	—	5 692 500	+ 774 100	09 04
1 917 800	1 849 600	—	—	14 000	10 900	9 124 700	+ 1 370 900	09 05
558 200	543 400	2 010 000	1 690 000	10 400	11 500	4 690 600	+ 804 600	09 06
1 813 000	1 596 000	3 610 000	2 783 000	3 218 000	3 117 000	18 022 700	+ 3 377 700	09 07
326 400	311 900	4 500	4 500	20 200	10 000	4 005 300	+ 560 700	09 08
739 400	720 100	2 684 600	2 570 600	2 080 000	4 198 300	9 537 200	— 1 191 200	09 09
461 200	422 700	27 000	30 000	18 200	4 200	2 605 200	+ 673 300	09 10
264 900	250 800	92 000	86 000	1 320 000	1 731 800	2 961 200	— 32 600	09 11
14 987 600	13 896 800	135 449 200	114 919 400	541 655 300	601 119 800	780 530 700	— 21 666 800	
1 922 100	2 023 300	4 763 300	4 546 000	4 037 100	132 200	29 402 800	+ 7 510 300	10 01
—	—	3 306 811 600	2 937 726 000	850 960 000	1 090 911 700	4 157 771 600	+ 129 133 900	10 02
—	—	481 304 800	402 284 000	2 030 000	2 500 000	483 334 800	+ 78 550 800	10 03
2 050 700	1 652 300	20 000	—	12 300	12 000	7 790 100	+ 1 844 200	10 07
271 500	283 800	1 197 900	1 197 900	8 300	13 600	3 128 700	+ 216 200	10 08
1 086 300	1 081 800	1 354 600	1 262 900	1 368 000	2 268 000	10 345 800	— 7 400	10 10
502 600	437 800	918 200	1 224 800	1 369 300	1 177 800	5 277 300	+ 169 300	10 11
992 500	753 000	948 100	799 700	1 500 000	30 000	7 087 900	+ 2 182 100	10 12
448 100	423 000	601 400	620 800	667 000	2 503 300	4 321 200	— 1 289 200	10 13
308 300	271 300	357 200	321 800	1 080 000	500 000	2 843 700	+ 871 700	10 14
483 500	312 400	1 043 500	678 000	1 001 300	1 193 000	4 408 700	+ 851 200	10 15
160 200	121 500	505 200	334 700	1 818 500	1 000 000	3 470 500	+ 1 228 600	10 16
338 000	212 700	531 300	516 800	1 530 000	1 800 000	4 037 100	+ 266 000	10 17
117 100	71 700	78 100	89 100	307 900	899 200	1 019 500	— 463 700	10 18
210 400	235 300	159 100	162 600	6 400	—	1 315 500	+ 78 700	10 19
114 200	69 700	78 000	67 400	—	—	768 400	+ 154 800	10 20
202 900	234 500	236 700	266 700	10 500	30 000	1 069 700	— 21 600	10 21
43 700	43 900	155 200	122 300	—	—	483 600	+ 71 200	10 22
748 600	703 800	468 200	454 800	320 000	106 900	3 802 000	+ 559 200	10 24
2 401 800	2 299 000	1 566 100	1 579 700	2 692 400	1 832 200	13 321 200	+ 1 124 200	10 25
12 402 500	11 230 800	3 803 098 500	3 354 256 000	870 719 000	1 106 909 900	4 745 000 000	+ 223 030 500	
2 280 300	1 742 800	980 000	965 000	464 000	82 800	18 622 300	+ 4 430 500	11 01
—	—	54 155 800	47 065 700	15 750 000	11 850 000	69 905 800	+ 10 990 100	11 02
294 800	298 200	—	—	—	—	2 752 200	+ 323 800	11 03
165 000	119 800	17 100	17 100	—	2 500	744 300	+ 196 800	11 04
197 900	185 300	63 000	66 000	—	—	2 176 400	+ 295 300	11 05
478 000	406 100	15 000	16 300	—	10 900	3 319 000	+ 495 500	11 06
307 300	293 400	49 000	50 000	—	—	4 434 200	+ 821 200	11 07
37 000	36 500	3 778 100	4 092 800	555 000	40 000	11 456 500	+ 388 500	11 08

Gesamtplan

Ordentlicher Haushalt

Kap.	Bezeichnung	Ordentliche Einnahmen		Personalausgaben	
		1966 DM	gegenüber 1965 mehr (+) weniger (—) DM	1966 DM	1965 DM
1	2	3	4	5	6
	11				
11 10	Kriegsopferversorgung und gleichartige Leistungen	**35 000**	— 20 000	—	—
11 11	Arbeitslosenhilfe	**10 200 300**	— 1 100 000	—	—
11 12*)	Kindergeld	—	—	—	—
11 13	Sozialversicherung	**1 650 000**	— 30 000	—	—
(11 09)	(Sozialreform) — weggefallen —	—	—	—	1 378 300
	*) Für das Rechnungsjahr 1966 bei Kap. 2902 veranschlagt — Zusammen	**19 006 400**	+ 800 000	**33 823 400**	29 506 100
	12				
	Bundesminister für Verkehr				
12 01	Bundesministerium für Verkehr	**143 600**	— 24 600	**26 088 900**	20 588 700
12 02	Allgemeine Bewilligungen	**27 366 100**	— 5 273 400	—	—
12 03	Bundeswasser- und Schiffahrtsverwaltung	**105 626 600**	— 3 705 400	**87 334 000**	75 100 000
12 04	Staatswerft in Rendsburg-Saatsee	**92 100**	+ 45 200	—	—
12 05	Bundesschleppbetrieb in Münster (Westf.)	**500 000**	+ 500 000	—	—
12 06	Bundesanstalt für Wasserbau in Karlsruhe	**621 000**	+ 207 300	**1 864 000**	1 428 200
12 07	Bundesanstalt für Gewässerkunde in Koblenz	**101 600**	— 3 000	**1 184 000**	869 400
12 08	Bundesanstalt für Schiffsvermessung in Hamburg	**701 500**	+ 1 000	**719 000**	637 500
12 09	Deutsches Hydrographisches Institut in Hamburg	**2 782 200**	+ 122 000	**11 046 300**	9 377 200
12 10	Bundesfernstraßen	**27 251 300**	+ 1 356 000	—	—
12 11	Bundesanstalt für Straßenwesen in Köln	**2 717 300**	+ 1 338 900	**1 811 600**	986 900
12 12	Kraftfahrt-Bundesamt in Flensburg-Mürwik	**20 391 300**	+ 961 000	**11 298 000**	9 156 300
12 13	Oberprüfungsamt für die höheren technischen Verwaltungsbeamten in Frankfurt (Main)	**30 100**	+ 2 000	**152 300**	130 000
12 14	Deutscher Wetterdienst in Offenbach (Main)	**2 577 900**	+ 32 500	**34 988 500**	30 127 300
12 15	Bundesanstalt für Flugsicherung in Frankfurt (Main)	**6 344 900**	+ 3 503 200	**35 264 500**	29 446 000
12 16	Luftfahrt-Bundesamt in Braunschweig	**161 600**	+ 81 700	**1 262 400**	919 500
12 17	Luftfahrt	**1 069 000**	—	—	—
	Zusammen	**198 478 100**	— 855 600	**213 013 500**	178 767 000
	13				
	Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen				
13 01	Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen	—	—	**100 300**	88 200
13 03	Bundesdruckerei	**6 880 400**	— 2 619 600	—	—
	Zusammen	**6 880 400**	— 2 619 600	**100 300**	88 200
	14				
	Bundesminister der Verteidigung				
14 01	Bundesministerium der Verteidigung	—	—	**104 016 000**	83 913 300
14 02	Allgemeine Bewilligungen	**125 060 000**	— 10 085 000	—	—
14 03	Kommandobehörden, Truppen usw.	**300 000**	— 100 000	**2 556 470 000**	2 272 619 000
14 04	Bundeswehrverwaltung usw.	—	—	**1 780 120 000**	1 502 173 000
14 05	Bildungswesen	**40 000**	— 10 000	—	—
14 06	Militärseelsorge	—	—	**11 971 800**	10 154 000
14 07	Rechtspflege	—	—	**2 258 000**	1 875 000
14 08	Sanitätswesen	**1 211 000**	+ 110 000	—	—
14 10	Verpflegung	**300 000**	+ 10 000	—	—
14 11	Bekleidung	**2 400 000**	+ 200 000	—	—
14 12	Unterbringung	**62 337 100**	+ 7 515 300	—	—
14 13	Pionierwesen	—	—	—	—
14 14	Fernmeldewesen	**1 390 000**	— 500 000	—	—
14 15	Feldzeugwesen	—	—	—	—
14 16	ABC-Schutzmaterial	—	—	—	—
14 17	Quartiermeisterwesen	**20 000**	—	—	—
14 18	Schiffe und Marinegerät	—	—	—	—
14 19	Flugzeuge, Flugkörper und flugtechnisches Gerät	**2 848 900**	— 77 700	—	—
14 21	Wehrtechnik und Beschaffung	—	—	**221 629 000**	179 011 000
14 23	Sozialversicherungsbeiträge und Fürsorgemaßnahmen für Soldaten	—	—	**886 550 000**	614 280 000
	Zusammen	**195 907 000**	— 2 937 400	**5 563 014 800**	4 664 025 300

Ordentlicher Haushalt

Gesamtplan

Sachausgaben 1966 DM	Sachausgaben 1965 DM	Allgemeine Ausgaben 1966 DM	Allgemeine Ausgaben 1965 DM	Einmalige Ausgaben 1966 DM	Einmalige Ausgaben 1965 DM	Ordentliche Ausgaben 1966 DM	Ordentliche Ausgaben gegenüber 1965 mehr (+) weniger (—) DM	Kap.
7	8	9	10	11	12	13	14	15
—	—	4 832 765 000	5 172 671 000	—	15 000 000	4 832 765 000	— 354 906 000	11 10
—	—	47 444 500	46 771 500	—	—	47 444 500	+ 673 000	11 11
—	—	—	2 764 000 000	—	—	—	— 2 764 000 000	11 12*)
—	—	8 298 464 900	7 691 321 800	—	—	8 298 464 900	+ 607 143 100	11 13
—	74 000	—	67 000	—	—	—	— 1 519 300	(11 09)
3 760 300	3 156 100	13 237 732 400	15 727 104 200	16 769 000	26 986 200	13 292 085 100	— 2 494 667 500	
4 822 500	4 251 700	—	—	19 000	27 600	30 930 400	+ 6 062 400	12 01
— 35 848 700	— 35 570 800	2 631 336 000	1 207 356 900	57 730 000	62 947 500	2 653 217 300	+ 1 418 483 700	12 02
12 936 800	9 848 200	197 765 500	187 405 200	121 152 400	212 575 900	419 188 700	— 65 740 600	12 03
—	—	—	—	430 100	389 900	430 100	+ 40 200	12 04
—	—	—	—	—	—	—	—	12 05
433 900	301 400	182 500	166 500	—	—	2 480 400	+ 584 300	12 06
151 900	138 300	251 500	183 500	246 500	250 000	1 833 900	+ 392 700	12 07
52 600	57 700	3 500	—	—	—	775 100	+ 79 900	12 08
985 900	793 000	2 573 500	2 509 600	405 000	499 000	15 010 700	+ 1 831 900	12 09
—	—	3 400 000 000	3 216 000 000	—	—	3 400 000 000	+ 284 000 000	12 10
229 900	173 700	360 000	217 800	315 800	—	2 717 300	+ 1 338 900	12 11
3 541 200	2 485 800	5 672 800	5 177 800	396 000	1 843 000	20 908 000	+ 2 245 100	12 12
37 300	36 900	102 000	94 000	—	—	291 600	+ 30 700	12 13
2 559 900	2 466 400	7 776 300	7 342 400	5 613 600	5 600 700	50 938 300	+ 5 401 500	12 14
3 979 800	3 420 400	28 388 000	21 730 700	31 588 900	26 221 100	99 221 200	+ 18 403 000	12 15
194 100	159 800	286 000	286 000	—	—	1 742 500	+ 377 200	12 16
—	—	55 344 500	53 419 600	3 104 000	—	58 448 500	+ 5 028 900	12 17
— 5 922 900	— 11 437 500	6 330 042 100	4 701 890 000	221 001 300	310 354 700	6 758 134 000	+ 1 578 559 800	
—	—	—	—	—	—	100 300	+ 12 100	13 01
—	—	—	—	900 000	750 000	900 000	+ 150 000	13 03
—	—	—	—	900 000	750 000	1 000 300	+ 162 100	
20 279 000	13 128 800	7 763 000	6 485 000	224 000	301 000	132 282 000	+ 28 453 900	14 01
517 290 900	393 602 200	1 120 303 300	1 149 654 000	—	167 200 000	1 637 594 200	— 72 862 000	14 02
79 770 000	61 668 700	166 540 000	135 240 000	8 840 000	8 247 000	2 811 620 000	+ 333 845 300	14 03
42 383 000	41 567 400	17 393 000	17 974 000	7 402 000	2 481 900	1 847 298 000	+ 283 101 700	14 04
—	—	32 964 600	31 535 000	1 340 000	1 182 500	34 304 600	+ 1 587 100	14 05
1 488 400	1 220 400	1 694 000	1 539 000	846 800	524 500	16 001 000	+ 2 563 100	14 06
155 500	155 000	60 000	55 000	11 500	—	2 485 000	+ 400 000	14 07
—	—	116 340 000	93 610 000	74 500 000	107 000 000	190 840 000	— 9 770 000	14 08
—	—	296 160 000	286 568 000	980 000	1 074 000	297 140 000	+ 9 498 000	14 10
—	—	139 070 000	182 915 000	53 500 000	71 500 000	192 570 000	— 61 845 000	14 11
746 636 900	737 230 000	— 41 230 000	— 68 080 000	1 958 858 300	2 231 921 800	2 664 265 200	— 236 806 600	14 12
—	—	19 000 000	17 000 000	70 000 000	125 000 000	89 000 000	— 53 000 000	14 13
82 500 000	77 000 000	93 000 000	95 000 000	408 000 000	499 000 000	583 500 000	— 87 500 000	14 14
—	—	981 540 000	1 021 391 000	1 957 200 000	2 583 772 000	2 938 740 000	— 666 423 000	14 15
—	—	6 500 000	4 900 000	29 000 000	35 000 000	35 500 000	— 4 400 000	14 16
—	—	191 640 000	213 115 000	35 000 000	45 000 000	226 640 000	— 31 475 000	14 17
—	—	121 123 000	113 374 000	476 500 000	509 500 000	597 623 000	— 25 251 000	14 18
—	—	758 500 000	787 500 000	907 600 000	1 349 100 000	1 666 100 000	— 470 500 000	14 19
9 974 000	9 143 000	21 530 000	20 976 000	30 406 000	36 570 000	283 539 000	+ 37 839 000	14 21
—	—	34 408 000	21 808 000	—	—	920 958 000	+ 284 870 000	14 23
1 500 477 700	1 334 715 500	4 084 298 900	4 132 559 000	6 020 208 600	7 774 374 700	17 168 000 000	— 737 674 500	

Gesamtplan

Ordentlicher Haushalt

Kap.	Bezeichnung	Ordentliche Einnahmen 1966 DM	Ordentliche Einnahmen gegenüber 1965 mehr (+) weniger (—) DM	Personalausgaben 1966 DM	Personalausgaben 1965 DM
1	2	3	4	5	6
	15				
	Bundesminister für Gesundheitswesen				
15 01	Bundesministerium für Gesundheitswesen	**5 200**	— 3 700	**7 046 600**	5 043 600
15 02	Allgemeine Bewilligungen	**2 577 000**	+ 461 000	**—**	—
15 03	Bundesgesundheitsamt in Berlin	**1 467 600**	— 59 700	**11 048 700**	8 056 100
	Zusammen	**4 049 800**	+ 397 600	**18 095 300**	13 099 700
	19				
	Bundesverfassungsgericht				
19 01	Bundesverfassungsgericht	**19 000**	—	**3 041 900**	2 531 300
	20				
	Bundesrechnungshof				
20 01	Bundesrechnungshof	**19 500**	+ 1 700	**12 609 200**	10 046 100
	23				
	Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit				
23 01	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit	**37 100**	+ 1 400	**6 167 300**	4 315 200
23 02	Allgemeine Bewilligungen	**167 235 000**	+ 61 925 000	**—**	—
	Zusammen	**167 272 100**	+ 61 926 400	**6 167 300**	4 315 200
	24				
	Bundesschatzminister				
24 01	Bundesschatzministerium	**111 100**	— 21 900	**8 602 600**	6 481 800
24 02	Allgemeine Bewilligungen	**71 401 200**	— 22 366 200	**—**	—
24 03	Bundesvermögens- und Bauverwaltung	**246 991 700**	— 8 553 700	**—**	—
24 04	Bundesbaudirektion	**971 700**	+ 428 500	**7 222 400**	6 499 100
	Zusammen	**319 475 700**	— 30 513 300	**15 825 000**	12 980 900
	25				
	Bundesminister für Wohnungswesen und Städtebau				
25 01	Bundesministerium für Wohnungswesen und Städtebau	**29 300**	+ 3 800	**7 311 400**	6 449 100
25 02	Allgemeine Bewilligungen	**235 341 200**	+ 10 955 100	**—**	—
	Zusammen	**235 370 500**	+ 10 958 900	**7 311 400**	6 449 100
	26				
	Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte				
26 01	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte	**6 000**	+ 2 000	**5 047 600**	4 372 700
26 02	Allgemeine Bewilligungen	**28 570 000**	— 12 800 000	**—**	—
26 03	Dienststellen des Bundesnotaufnahmeverfahrens in Berlin und Gießen und des Beauftragten der Bundesregierung für die Verteilung im Grenzdurchgangslager Friedland	**1 000**	—	**2 227 900**	2 068 100
26 05	Bundesausgleichsamt in Bad Homburg v. d. H.	**4 300**	— 2 200	**3 660 100**	3 301 900
	Zusammen	**28 581 300**	— 12 800 200	**10 935 600**	9 742 700
	27				
	Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen				
27 01	Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen	**192 800**	+ 133 600	**6 637 900**	5 111 300
27 02	Allgemeine Bewilligungen	**128 900**	— 1 800	**—**	—
	Zusammen	**321 700**	+ 131 800	**6 637 900**	5 111 300
	28				
	Bundesminister für Angelegenheiten des Bundesrates und der Länder				
28 01	Bundesministerium für Angelegenheiten des Bundesrates und der Länder	**2 700**	— 3 700	**1 080 900**	780 400

Ordentlicher Haushalt

Gesamtplan

Sachausgaben 1966 DM	Sachausgaben 1965 DM	Allgemeine Ausgaben 1966 DM	Allgemeine Ausgaben 1965 DM	Einmalige Ausgaben 1966 DM	Einmalige Ausgaben 1965 DM	Ordentliche Ausgaben 1966 DM	Ordentliche Ausgaben gegenüber 1965 mehr (+) weniger (—) DM	Kap.
7	8	9	10	11	12	13	14	15
1 633 200	1 522 300	—	—	36 400	101 900	8 716 200	+ 2 048 400	15 01
—	—	55 722 800	40 621 400	2 741 000	2 770 000	58 463 800	+ 15 072 400	15 02
2 115 400	1 803 100	4 000 800	3 299 700	2 538 500	2 833 700	19 703 400	+ 3 710 800	15 03
3 748 600	3 325 400	59 723 600	43 921 100	5 315 900	5 705 600	86 883 400	+ 20 831 600	
436 100	396 400	4 000	4 000	3 014 200	5 015 900	6 496 200	— 1 451 400	19 01
1 868 300	1 109 400	100 000	100 000	18 400	7 100	14 595 900	+ 3 033 300	20 01
1 505 200	1 054 200	—	—	640 000	—	8 312 500	+ 2 943 100	23 01
—	—	538 845 400	349 271 000	—	—	538 845 400	+ 189 574 400	23 02
1 505 200	1 054 200	538 845 400	349 271 000	640 000	—	547 157 900	+ 192 517 500	
1 312 600	1 152 100	—	—	26 300	34 900	9 941 500	+ 2 272 700	24 01
—	—	402 500	14 802 500	60 500 000	—	60 902 500	+ 46 100 000	24 02
53 610 000	61 690 000	94 730 100	86 082 300	35 391 300	25 367 900	183 731 400	+ 10 591 200	24 03
13 736 100	6 674 300	60 000	60 000	213 500	—	21 232 000	+ 7 998 600	24 04
68 658 700	69 516 400	95 192 600	100 944 800	96 131 100	25 402 800	275 807 400	+ 66 962 500	
943 500	973 900	150 000	300 000	479 500	6 800	8 884 400	+ 1 154 600	25 01
—	—	1 385 257 100	833 404 900	80 190 000	48 926 600	1 465 447 100	+ 583 115 600	25 02
943 500	973 900	1 385 407 100	833 704 900	80 669 500	48 933 400	1 474 331 500	+ 584 270 200	
511 700	616 900	—	—	21 200	—	5 580 500	+ 590 900	26 01
—	—	267 491 800	251 017 600	350 000	25 000	267 841 800	+ 16 799 200	26 02
293 200	305 500	5 000	5 000	—	—	2 526 100	+ 147 500	26 03
396 500	430 200	17 000	43 800	—	10 400	4 073 600	+ 287 300	26 05
1 201 400	1 352 600	267 513 800	251 066 400	371 200	35 400	280 022 000	+ 17 824 900	
1 570 000	1 290 500	500	600	27 900	80 500	8 236 300	+ 1 753 400	27 01
—	—	234 490 000	234 040 000	1 132 000	2 322 000	235 622 000	— 740 000	27 02
1 570 000	1 290 500	234 490 500	234 040 600	1 159 900	2 402 500	243 858 300	+ 1 013 400	
185 600	118 800	—	—	—	22 500	1 266 500	+ 344 800	28 01

Gesamtplan

Ordentlicher Haushalt

Kap.	Bezeichnung	Ordentliche Einnahmen 1966 DM	Ordentliche Einnahmen gegenüber 1965 mehr (+) weniger (—) DM	Personalausgaben 1966 DM	Personalausgaben 1965 DM
1	2	3	4	5	6
	29				
	Bundesminister für Familie und Jugend				
29 01	Bundesministerium für Familie und Jugend	**2 100**	— 3 355 000	**3 247 700**	2 309 700
29 02	Allgemeine Bewilligungen	**3 070 000**	+ 3 070 000	—	—
	Zusammen	**3 072 100**	— 285 000	**3 247 700**	2 309 700
	30				
	Bundesminister für die Angelegenheiten des Bundesverteidigungsrates				
30 01	Bundesminister für die Angelegenheiten des Bundesverteidigungsrates	**4 400**	— 3 900	**514 100**	335 400
	31				
	Bundesminister für wissenschaftliche Forschung				
31 01	Bundesministerium für wissenschaftliche Forschung	**42 900**	— 1 300	**8 917 700**	7 008 800
31 02	Bewilligungen für die allgemeine wissenschaftliche Forschung	**110 000**	+ 20 000	—	—
31 03	Bewilligungen für die Atomkernenergieforschung und -nutzung	**99 700**	— 21 800	—	—
31 04	Bewilligungen für die Weltraumforschung	**6 000 000**	+ 5 970 000	—	—
31 05	Deutsches Historisches Institut in Paris	**300**	—	**392 700**	259 700
	Zusammen	**6 252 900**	+ 5 966 900	**9 310 400**	7 268 500
	32				
	Bundesschuld				
32 03	Bundesschuldenverwaltung	**1 662 400**	+ 4 400	**8 956 800**	8 133 100
32 05	Verzinsung und Tilgung	—	—	—	—
32 07	Zum Ankauf von Schuldurkunden des Bundes	—	—	—	—
32 08	Inanspruchnahme aus Sicherheitsleistungen und Gewährleistungen	—	—	—	—
32 09	Schulden des Bundes, die nicht der Bundesschuldenverwaltung unterliegen	**1 150 100**	— 2 100 400	—	—
	Zusammen	**2 812 500**	— 2 096 000	**8 956 800**	8 133 100
	33				
	Versorgung				
33 02	Allgemeine Bewilligungen	—	—	—	—
33 03	Versorgung der Beamten und Richter des Bundes	**200 000**	—	**247 470 000**	172 862 000
33 04	Versorgung der Soldaten der Bundeswehr	**30 000**	— 10 000	**463 244 000**	340 087 000
33 06	Versorgungsausgaben, die durch das Zweite Überleitungsgesetz vom 21. August 1951 (Bundesgesetzbl. I S. 774) vom Bund übernommen worden sind	—	—	**87 650 000**	79 020 000
33 07	Versorgung von verdrängten Angehörigen des öffentlichen Dienstes und von Angehörigen aufgelöster Dienststellen sowie ihrer Hinterbliebenen	**14 500 000**	+ 1 500 000	**1 704 293 000**	1 385 023 000
33 08	Versorgung der Berufssoldaten der früheren Wehrmacht und der berufsmäßigen Angehörigen des früheren Reichsarbeitsdienstes sowie ihrer Hinterbliebenen	**10 000 000**	+ 3 000 000	**844 337 000**	730 290 000
	Zusammen	**24 730 000**	+ 4 490 000	**3 346 994 000**	2 707 282 000
	35				
	Verteidigungslasten im Zusammenhang mit dem Aufenthalt ausländischer Streitkräfte				
35 02	Besatzungskosten in Berlin	**2 700 000**	+ 100 000	—	—
35 03	Auftragsausgaben Klasse I in Berlin	**10 000**	—	—	—
35 04	Auftragsausgaben Klasse II in Berlin	**250 000**	+ 70 000	—	—
35 06	Auftragsausgaben im Bundesgebiet (ohne Berlin)	—	—	—	—
35 11 a	Verteidigungsaufwand, der im unmittelbaren Zusammenhang mit dem Aufenthalt ausländischer Streitkräfte im Bundesgebiet (ohne Berlin) entsteht	**52 500 000**	— 4 500 000	—	—
35 11 b	Besatzungsfolgekosten in Berlin	**88 300**	+ 6 000	—	—
	Zusammen	**55 548 300**	— 4 324 000	—	—

Ordentlicher Haushalt

Gesamtplan

Sachausgaben		Allgemeine Ausgaben		Einmalige Ausgaben		Ordentliche Ausgaben		Kap.
1966 DM	1965 DM	**1966** DM	1965 DM	**1966** DM	1965 DM	**1966** DM	gegenüber 1965 mehr (+) weniger (—) DM	
7	8	9	10	11	12	13	14	15
930 500	515 300	**—**	92 690 000	**24 300**	—	**4 202 500**	— 91 312 500	29 01
—	—	**2 940 405 000**	—	**—**	—	**2 940 405 000**	+ 2 940 405 000	29 02
930 500	515 300	**2 940 405 000**	92 690 000	**24 300**	—	**2 944 607 500**	+ 2 849 092 500	
225 900	142 400	**—**	—	**23 500**	—	**763 500**	+ 285 700	30 01
2 460 800	2 226 600	**758 000**	673 000	**47 000**	41 800	**12 183 500**	+ 2 233 300	31 01
—	—	**544 976 200**	448 969 100	**262 500**	250 000	**545 238 700**	+ 96 019 600	31 02
—	—	**213 824 200**	185 143 800	**269 423 100**	204 686 600	**483 247 300**	+ 93 416 900	31 03
—	—	**214 746 000**	132 040 000	**24 000 000**	17 407 000	**238 746 000**	+ 89 299 000	31 04
75 800	65 900	**74 000**	74 000	**—**	—	**542 500**	+ 142 900	31 05
2 536 600	2 292 500	**974 378 400**	766 899 900	**293 732 600**	222 385 400	**1 279 958 000**	+ 281 111 700	
2 034 600	1 843 700	**60 358 700**	46 881 000	**—**	—	**71 350 100**	+ 14 492 300	32 03
—	—	**2 688 211 700**	2 149 430 900	**—**	—	**2 688 211 700**	+ 538 780 800	32 05
—	—	**—**	—	**—**	—	**—**	—	32 07
—	—	**—**	—	**—**	—	**—**	—	32 08
—	—	**161 159 300**	456 161 200	**—**	—	**161 159 300**	— 295 001 900	32 09
2 034 600	1 843 700	**2 909 729 700**	2 652 473 100	**—**	—	**2 920 721 100**	+ 258 271 200	
— 463 244 000	— 340 087 000	**—**	—	**—**	—	**— 463 244 000**	— 123 157 000	33 02
—	—	**—**	—	**—**	—	**247 470 000**	+ 74 608 000	33 03
—	—	**—**	—	**—**	—	**463 244 000**	+ 123 157 000	33 04
—	—	**—**	—	**—**	—	**87 650 000**	+ 8 630 000	33 06
—	—	**—**	—	**—**	—	**1 704 293 000**	+ 319 270 000	33 07
—	—	**—**	—	**—**	—	**844 337 000**	+ 114 047 000	33 08
— 463 244 000	— 340 087 000	**—**	—	**—**	—	**2 883 750 000**	+ 516 555 000	
—	—	**234 494 600**	219 085 200	**—**	—	**234 494 600**	+ 15 409 400	35 02
—	—	**3 651 000**	1 201 000	**—**	—	**3 651 000**	+ 2 450 000	35 03
—	—	**47 375 900**	48 764 500	**—**	—	**47 375 900**	— 1 388 600	35 04
—	—	**500 000**	500 000	**—**	—	**500 000**	—	35 06
—	—	**61 601 000**	62 205 000	**165 550 000**	87 660 000	**227 151 000**	+ 77 286 000	35 11 a
—	—	**13 541 000**	12 866 000	**8 250 000**	5 358 200	**21 791 000**	+ 3 566 800	35 11 b
—	—	**361 163 500**	344 621 700	**173 800 000**	93 018 200	**534 963 500**	+ 97 323 600	

Gesamtplan

Ordentlicher Haushalt

Kap.	Bezeichnung	Ordentliche Einnahmen 1966 DM	Ordentliche Einnahmen gegenüber 1965 mehr (+) weniger (—) DM	Personalausgaben 1966 DM	Personalausgaben 1965 DM
1	2	3	4	5	6
	36				
	Zivile Verteidigung				
36 04	Maßnahmen der zivilen Verteidigung im Aufgabenbereich des Bundesministers des Innern	**1 445 000**	+ 275 000	—	—
36 05	Maßnahmen der zivilen Verteidigung im Aufgabenbereich des Bundesministers für Wirtschaft	—	—	—	—
36 06	Maßnahmen der zivilen Verteidigung auf dem Gebiet der Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	**10 000**	—	—	—
36 07	Maßnahmen der zivilen Verteidigung auf dem Gebiet des Verkehrs	**40 000**	— 35 000	—	—
36 08	Maßnahmen zur Sicherung der Nachrichtenverbindungen	—	—	—	—
36 09	Forschung, Entwicklung und Erprobung auf dem Gebiet des baulichen Zivilschutzes	**44 700**	+ 2 500	—	—
36 10	Maßnahmen der zivilen Verteidigung auf dem Gebiet der Wasserwirtschaft	**100**	—	—	—
	Zusammen	**1 539 800**	+ 242 500	—	—
	60				
	Allgemeine Finanzverwaltung				
60 01	Steuern und Abgaben				
	Besitz- und Verkehrsteuern	**26 465 000 000**	+ 2 245 000 000		
	Einkommen- und Körperschaftsteuern	**17 823 000 000**	+ 1 650 000 000		
	Zölle und Verbrauchsteuern	**18 861 000 000**	+ 1 796 000 000		
	Minderertrag an Steuern	—	+ 30 000 000		
	Abgaben	**6 000 000**	— 3 300 000		
	Lastenausgleich	**1 665 000 000**	+ 86 000 000		
	Zusammen	**64 820 000 000**	+ 5 803 700 000	—	—
60 02 *)	Allgemeine Bewilligungen	**593 394 300**	+ 24 496 600	**100 000**	400 100 000
60 04 *)	Sonderleistungen des Bundes	**9 944 000**	+ 2 273 800	**3 900 000**	3 800 000
60 05 *)	Leistungen des Bundes für Berlin	—	—	—	—
60 06 *)	Angelegenheiten der europäischen wirtschaftlichen Zusammenschlüsse	**45 302 600**	+ 27 389 600	—	—
	Zusammen	**65 468 640 900**	+ 5 857 860 000	**4 000 000**	403 900 000

Die mit *) gekennzeichneten Kapitel haben einen außerordentlichen Haushalt (Sp. 16—28)

Ordentlicher Haushalt

Gesamtplan

Sachausgaben		Allgemeine Ausgaben		Einmalige Ausgaben		Ordentliche Ausgaben		
1966 DM	1965 DM	1966 DM	1965 DM	1966 DM	1965 DM	1966 DM	gegenüber 1965 mehr (+) weniger (—) DM	Kap.
7	8	9	10	11	12	13	14	15
—	—	**74 680 000**	94 085 000	**186 950 000**	170 170 000	**261 630 000**	— 2 625 000	36 04
—	—	**5 289 500**	5 715 800	**2 721 700**	2 409 000	**8 011 200**	— 113 600	36 05
—	—	**50 825 000**	51 825 000	—	—	**50 825 000**	— 1 000 000	36 06
—	—	**5 869 900**	11 355 000	**55 556 300**	50 871 200	**61 426 200**	— 800 000	36 07
—	—	**309 000**	90 000	**52 701 000**	86 015 000	**53 010 000**	— 700 000	36 08
—	—	**2 875 000**	3 470 000	**170 000**	450 000	**3 045 000**	— 875 000	36 09
—	—	—	2 565 000	**2 565 000**	—	**2 565 000**	—	36 10
—	—	**139 848 400**	169 105 800	**300 664 000**	277 520 200	**440 512 400**	— 6 113 600	
—	—	—	—	—	—	—	—	60 01
4 068 000	3 600 400	**343 380 000**	— 1 165 776 100	**333 190 200**	102 992 000	**680 738 200**	+ 1 339 821 900	60 02 *)
—	—	**4 298 482 200**	3 946 324 100	**47 970 400**	97 083 400	**4 350 352 600**	+ 303 145 100	60 04 *)
—	—	**2 257 000 000**	2 068 850 000	—	—	**2 257 000 000**	+ 188 150 000	60 05 *)
—	—	**374 382 400**	295 455 100	—	—	**374 382 400**	+ 78 927 300	60 06 *)
4 068 000	3 600 400	**7 273 244 600**	5 144 853 100	**381 160 600**	200 075 400	**7 662 473 200**	+ 1 910 044 300	

Gesamtplan

Außerordentlicher Haushalt

Kap.	Bezeichnung	Außerordentliche Einnahmen 1966 DM	Außerordentliche Einnahmen gegenüber 1965 mehr (+) weniger (—) DM	Außerordentliche Ausgaben 1966 DM	Außerordentliche Ausgaben gegenüber 1965 mehr (+) weniger (—) DM
1	2	3	4	5	6
	10				
	Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten				
A 10 02	Allgemeine Bewilligungen	—	—	—	— 334 256 300
	Summe der übrigen Kapitel ohne außerordentlichen Haushalt	—	—	—	—
	Zusammen	—	—	—	— 334 256 300
	12				
	Bundesminister für Verkehr				
A 12 02	Allgemeine Bewilligungen	—	—	—	— 201 300 000
A 12 10	Bundesfernstraßen	—	—	—	—
A 12 17	Luftfahrt	—	—	—	— 48 104 000
	Summe der übrigen Kapitel ohne außerordentlichen Haushalt	—	—	—	—
	Zusammen	—	—	—	— 249 404 000
	14				
	Bundesminister der Verteidigung				
A 14 12	Unterbringung	—	—	**332 000 000**	— 151 500 000
	Summe der übrigen Kapitel ohne außerordentlichen Haushalt	—	—	—	—
	Zusammen	—	—	**332 000 000**	— 151 500 000
	23				
	Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit				
A 23 02	Allgemeine Bewilligungen	—	—	**1 040 000 000**	+ 528 926 000
	Summe der übrigen Kapitel ohne außerordentlichen Haushalt	—	—	—	—
	Zusammen	—	—	**1 040 000 000**	+ 528 926 000

Gesamtabschluß

Gesamtplan

Gesamteinnahmen			Gesamtausgaben			
1966 DM	1965 DM	gegenüber 1965 mehr (+) weniger (—) DM	**1966** DM	1965 DM	gegenüber 1965 mehr (+) weniger (—) DM	Kap.
7	8	9	10	11	12	13
94 067 000	82 038 200	+ 12 028 800	**4 157 771 600**	4 362 894 000	— 205 122 400	10 02 u. A 10 02
752 684 800	813 906 000	— 61 221 200	**587 228 400**	493 331 800	+ 93 896 600	übrige Kap.
846 751 800	895 944 200	— 49 192 400	**4 745 000 000**	4 856 225 800	— 111 225 800	
27 366 100	32 639 500	— 5 273 400	**2 653 217 300**	1 436 033 600	+ 1 217 183 700	12 02 u. A 12 02
27 251 300	25 895 300	+ 1 356 000	**3 400 000 000**	3 216 000 000	+ 184 000 000	12 10
1 069 000	1 069 000	—	**58 448 500**	101 523 600	— 43 075 100	12 17 u. A 12 17
142 791 700	139 729 900	+ 3 061 800	**646 468 200**	675 421 000	— 28 952 800	übrige Kap.
198 478 100	199 333 700	— 855 600	**6 758 134 000**	5 428 978 200	+ 1 329 155 800	
62 337 100	54 821 800	+ 7 515 300	**2 996 265 200**	3 384 571 800	— 388 306 600	14 12 u. A 14 12
133 569 900	144 022 600	— 10 452 700	**14 503 734 800**	15 004 602 700	— 500 867 900	übrige Kap.
195 907 000	198 844 400	— 2 937 400	**17 500 000 000**	18 389 174 500	— 889 174 500	
167 235 000	105 310 000	+ 61 925 000	**1 578 845 400**	860 345 000	+ 718 500 400	A 23 02 u. 23 02, 23 01
37 100	35 700	+ 1 400	**8 312 500**	5 369 400	+ 2 943 100	übrige Kap.
167 272 100	105 345 700	+ 61 926 400	**1 587 157 900**	865 714 400	+ 721 443 500	

Gesamtplan

Außerordentlicher Haushalt

Kap.	Bezeichnung	Außerordentliche Einnahmen 1966 DM	Außerordentliche Einnahmen gegenüber 1965 mehr (+) weniger (—) DM	Außerordentliche Ausgaben 1966 DM	Außerordentliche Ausgaben gegenüber 1965 mehr (+) weniger (—) DM
1	2	3	4	5	6
	24				
	Bundesschatzminister				
A 24 02	Allgemeine Bewilligungen	—	—	—	— 18 500 000
	Summe der übrigen Kapitel ohne außerordentlichen Haushalt	—	—	—	—
	Zusammen	—	—	—	— 18 500 000
	25				
	Bundesminister für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung				
A 25 02	Allgemeine Bewilligungen	—	—	—	— 350 500 000
	Summe der übrigen Kapitel ohne außerordentlichen Haushalt	—	—	—	—
	Zusammen	—	—	—	— 350 500 000
	32				
	Bundesschuld				
A 32 01	Einnahmen aus Anleihen	**1 372 000 000**	— 644 084 300	—	—
	Summe der übrigen Kapitel ohne außerordentlichen Haushalt	—	—	—	—
	Zusammen	**1 372 000 000**	— 644 084 300	—	—
	35				
	Verteidigungslasten im Zusammenhang mit dem Aufenthalt ausländischer Streitkräfte				
A 35 11 a	Verteidigungsaufwand, der im unmittelbaren Zusammenhang mit dem Aufenthalt ausländischer Streitkräfte im Bundesgebiet (ohne Berlin) entsteht	—	—	—	— 60 000 000
A 35 11 b	Besatzungsfolgekosten in Berlin	—	—	—	— 2 000 000
	Summe der übrigen Kapitel ohne außerordentlichen Haushalt	—	—	—	—
	Zusammen	—	—	—	— 62 000 000
	60				
	Allgemeine Finanzverwaltung				
A 60 02	Allgemeine Bewilligungen	—	—	—	— 4 000 000
A 60 04	Sonderleistungen des Bundes	—	—	—	—
A 60 05 *)	Leistungen des Bundes für Berlin	—	—	—	—
A 60 06	Überstaatliche Zusammenschlüsse und gewisse zwischenstaatliche Organisationen von erheblicher finanzieller Bedeutung	—	—	—	— 2 850 000
	Summe der übrigen Kapitel ohne außerordentlichen Haushalt	—	—	—	—
	Zusammen	—	—	—	— 6 850 000

*) Vorjähriger Ansatz
Kap. A 60 05: Bundeshilfe für Berlin .... 256 000 000 DM

Gesamtabschluß

Gesamtplan

Gesamteinnahmen			Gesamtausgaben			
1966 DM	1965 DM	gegenüber 1965 mehr (+) weniger (—) DM	**1966** DM	1965 DM	gegenüber 1965 mehr (+) weniger (—) DM	Kap.
7	8	9	10	11	12	13
71 401 200	93 767 400	— 22 366 200	**60 902 500**	33 302 500	+ 27 600 000	24 02 u. A 24 02
248 074 500	256 221 600	— 8 147 100	**214 904 900**	194 042 400	+ 20 862 500	übrige Kap.
319 475 700	349 989 000	— 30 513 300	**275 807 400**	227 344 900	+ 48 462 500	
235 341 200	224 386 100	+ 10 955 100	**1 465 447 100**	1 232 831 500	+ 232 615 600	25 02 u. A 25 02
29 300	25 500	+ 3 800	**8 884 400**	7 729 800	+ 1 154 600	übrige Kap.
235 370 500	224 411 600	+ 10 958 900	**1 474 331 500**	1 240 561 300	+ 233 770 200	
1 372 000 000	2 016 084 300	— 644 084 300	**—**	—	—	32 01 u. A 32 01
2 812 500	4 908 500	— 2 096 000	**2 920 721 100**	2 662 449 900	+ 258 271 200	übrige Kap.
1 374 812 500	2 020 992 800	— 646 180 300	**2 920 721 100**	2 662 449 900	+ 258 271 200	
52 500 000	57 000 000	— 4 500 000	**227 151 000**	209 865 000	+ 17 286 000	35 11 a u. A 35 11 a
88 300	82 300	+ 6 000	**21 791 000**	20 224 200	+ 1 566 800	35 11 b u. A 35 11 b
2 960 000	2 790 000	+ 170 000	**286 021 500**	269 550 700	+ 16 470 800	übrige Kap.
55 548 300	59 872 300	— 4 324 000	**534 963 500**	499 639 900	+ 35 323 600	
593 394 300	568 897 700	+ 24 496 600	**680 738 200**	— 655 083 700	+ 1 335 821 900	60 02 u. A 60 02
9 944 000	7 670 200	+ 2 273 800	**4 350 352 600**	4 047 207 500	+ 303 145 100	60 04 u. A 60 04
—	—	—	**2 257 000 000**	2 068 850 000	+ 188 150 000	60 05 b u. A 60 05
45 302 600	17 913 000	+ 27 389 600	**374 382 400**	298 305 100	+ 76 077 300	60 06 u. A 60 06
64 820 000 000	59 016 300 000	+ 5 803 700 000	**—**	—	—	übrige Kap.
65 468 640 900	59 610 780 900	+ 5 857 860 000	**7 662 473 200**	5 759 278 900	+ 1 903 194 300	

Gesamtplan Einnahmen

Epl.	Bezeichnung	Ordentliche Einnahmen 1966 DM	gegenüber 1965 mehr (+) weniger (—) DM
1	2	3	4
01	Bundespräsident und Bundespräsidialamt	**17 400**	+ 500
02	Deutscher Bundestag	**617 000**	—
03	Bundesrat	**22 200**	— 2 000
04	Bundeskanzler und Bundeskanzleramt	**569 500**	— 41 900
05	Auswärtiges Amt	**5 467 500**	+ 317 700
06	Bundesminister des Innern	**63 397 700**	+ 10 220 400
07	Bundesminister der Justiz	**70 398 000**	+ 2 004 000
08	Bundesminister der Finanzen	**36 519 300**	— 1 564 000
09	Bundesminister für Wirtschaft	**20 021 900**	+ 872 300
10	Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	**846 751 800**	— 49 192 400
11	Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung	**19 006 400**	+ 800 000
12	Bundesminister für Verkehr	**198 478 100**	— 855 600
13	Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen	**6 880 400**	— 2 619 600
14	Bundesminister der Verteidigung	**195 907 000**	— 2 937 400
15	Bundesminister für Gesundheitswesen	**4 049 800**	+ 397 600
19	Bundesverfassungsgericht	**19 000**	—
20	Bundesrechnungshof	**19 500**	+ 1 700
23	Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit	**167 272 100**	+ 61 926 400
24	Bundesschatzminister	**319 475 700**	— 30 513 300
25	Bundesminister für Wohnungswesen und Städtebau	**235 370 500**	+ 10 958 900
26	Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte	**28 581 300**	— 12 800 200
27	Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen	**321 700**	+ 131 800
28	Bundesminister für Angelegenheiten des Bundesrates und der Länder	**2 700**	— 3 700
29	Bundesminister für Familie und Jugend	**3 072 100**	— 285 000
30	Bundesminister für die Angelegenheiten des Bundesverteidigungsrates	**4 400**	— 3 900
31	Bundesminister für wissenschaftliche Forschung	**6 252 900**	+ 5 966 900
32	Bundesschuld	**2 812 500**	— 2 096 000
33	Versorgung	**24 730 000**	+ 4 490 000
35	Verteidigungslasten im Zusammenhang mit dem Aufenthalt ausländischer Streitkräfte	**55 548 300**	— 4 324 000
36	Zivile Verteidigung	**1 539 800**	+ 242 500
60	Allgemeine Finanzverwaltung	**65 468 640 900**	+ 5 857 860 000
	Insgesamt	**67 781 767 400**	+ 5 848 951 700

Gesamtplan

Außerordentliche Einnahmen		Gesamteinnahmen			Epl.
1966 DM	gegenüber 1965 mehr (+) weniger (—) DM	1966 DM	1965 DM	gegenüber 1965 mehr (+) weniger (—) DM	
5	6	7	8	9	10
—	—	**17 400**	16 900	+ 500	01
—	—	**617 000**	617 000	—	02
—	—	**22 200**	24 200	— 2 000	03
—	—	**569 500**	611 400	— 41 900	04
—	—	**5 467 500**	5 149 800	+ 317 700	05
—	—	**63 397 700**	53 177 300	+ 10 220 400	06
—	—	**70 398 000**	68 394 000	+ 2 004 000	07
—	—	**36 519 300**	38 083 300	— 1 564 000	08
—	—	**20 021 900**	19 149 600	+ 872 300	09
—	—	**846 751 800**	895 944 200	— 49 192 400	10
—	—	**19 006 400**	18 206 400	+ 800 000	11
—	—	**198 478 100**	199 333 700	— 855 600	12
—	—	**6 880 400**	9 500 000	— 2 619 600	13
—	—	**195 907 000**	198 844 400	— 2 937 400	14
—	—	**4 049 800**	3 652 200	+ 397 600	15
—	—	**19 000**	19 000	—	19
—	—	**19 500**	17 800	+ 1 700	20
—	—	**167 272 100**	105 345 700	+ 61 926 400	23
—	—	**319 475 700**	349 989 000	— 30 513 300	24
—	—	**235 370 500**	224 411 600	+ 10 958 900	25
—	—	**28 581 300**	41 381 500	— 12 800 200	26
—	—	**321 700**	189 900	+ 131 800	27
—	—	**2 700**	6 400	— 3 700	28
—	—	**3 072 100**	3 357 100	— 285 000	29
—	—	**4 400**	8 300	— 3 900	30
—	—	**6 252 900**	286 000	+ 5 966 900	31
1 372 000 000	— 644 084 300	**1 374 812 500**	2 020 992 800	— 646 180 300	32
—	—	**24 730 000**	20 240 000	+ 4 490 000	33
—	—	**55 548 300**	59 872 300	— 4 324 000	35
—	—	**1 539 800**	1 297 300	+ 242 500	36
—	—	**65 468 640 900**	59 610 780 900	+ 5 857 860 000	60
1 372 000 000	— 644 084 300	**69 153 767 400**	63 948 900 000	+ 5 204 867 400	

Gesamtplan **Ausgaben**

Epl.	Bezeichnung	Personalausgaben		Sachausgaben		Allgemeine Ausgaben	
		1966 DM	1965 DM	**1966** DM	1965 DM	**1966** DM	1965 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
01	Bundespräsident und Bundespräsidialamt	**2 096 100**	1 630 100	**1 238 300**	1 042 400	**4 775 000**	706 000
02	Deutscher Bundestag	**11 927 700**	11 927 700	**5 867 100**	5 867 100	**35 881 600**	35 881 600
03	Bundesrat	**1 743 000**	1 465 800	**668 900**	629 000	**424 000**	460 000
04	Bundeskanzler und Bundeskanzleramt	**17 862 400**	14 464 700	**— 3 826 400**	— 4 312 700	**154 009 900**	144 928 700
05	Auswärtiges Amt	**192 547 700**	170 794 800	**60 869 500**	52 038 100	**279 072 700**	236 718 300
06	Bundesminister des Innern	**322 366 700**	264 051 000	**39 963 200**	35 225 300	**1 011 960 200**	924 740 100
07	Bundesminister der Justiz	**67 923 900**	54 010 100	**9 143 200**	6 671 100	**8 139 400**	7 904 900
08	Bundesminister der Finanzen	**600 592 000**	512 149 500	**162 779 500**	141 688 800	**13 135 500**	7 598 900
09	Bundesminister für Wirtschaft	**88 438 600**	72 261 500	**14 987 600**	13 896 800	**135 449 200**	114 919 400
10	Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	**58 780 000**	49 572 800	**12 402 500**	11 230 800	**3 803 098 500**	3 354 256 000
11	Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung	**33 823 400**	29 506 100	**3 760 300**	3 156 100	**13 237 732 400**	15 727 104 200
12	Bundesminister für Verkehr	**213 013 500**	178 767 000	**— 5 922 900**	— 11 437 500	**6 330 042 100**	4 701 890 000
13	Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen	**100 300**	88 200	**—**	—	**—**	—
14	Bundesminister der Verteidigung	**5 563 014 800**	4 664 025 300	**1 500 477 700**	1 334 715 500	**4 084 298 900**	4 132 559 000
15	Bundesminister für Gesundheitswesen	**18 095 300**	13 099 700	**3 748 600**	3 325 400	**59 723 600**	43 921 100
19	Bundesverfassungsgericht	**3 041 900**	2 531 300	**436 100**	396 400	**4 000**	4 000
20	Bundesrechnungshof	**12 609 200**	10 046 100	**1 868 300**	1 409 400	**100 000**	100 000
23	Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit	**6 167 300**	4 315 200	**1 505 200**	1 054 200	**538 845 400**	349 271 000
24	Bundesschatzminister	**15 825 000**	12 980 900	**68 658 700**	69 516 400	**95 192 600**	100 944 800
25	Bundesminister für Wohnungswesen und Städtebau	**7 311 400**	6 449 100	**943 500**	973 900	**1 385 407 100**	833 704 900
26	Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte	**10 935 600**	9 742 700	**1 201 400**	1 352 600	**267 513 800**	251 066 400
27	Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen	**6 637 900**	5 111 300	**1 570 000**	1 290 500	**234 490 500**	234 040 600
28	Bundesminister für Angelegenheiten des Bundesrates und der Länder	**1 080 900**	780 400	**185 600**	118 800	**—**	—
29	Bundesminister für Familie und Jugend	**3 247 700**	2 309 700	**930 500**	515 300	**2 940 405 000**	92 690 000
30	Bundesminister für die Angelegenheiten des Bundesverteidigungsrates	**514 100**	335 400	**225 900**	142 400	**—**	—
31	Bundesminister für wissenschaftliche Forschung	**9 310 400**	7 268 500	**2 536 600**	2 292 500	**974 378 400**	766 899 900
32	Bundesschuld	**8 956 800**	8 133 100	**2 034 600**	1 843 700	**2 909 729 700**	2 652 473 100
33	Versorgung	**3 346 994 000**	2 707 282 000	**— 463 244 000**	— 340 087 000	**—**	—
35	Verteidigungslasten im Zusammenhang mit dem Aufenthalt ausländischer Streitkräfte	**—**	—	**—**	—	**361 163 500**	344 621 700
36	Zivile Verteidigung	**—**	—	**—**	—	**139 848 400**	169 105 800
60	Allgemeine Finanzverwaltung	**4 000 000**	403 900 000	**4 068 000**	3 600 400	**7 273 244 600**	5 144 853 100
	Insgesamt	**10 628 957 600**	9 219 000 000	**1 429 077 500**	1 338 155 700	**46 278 066 000**	40 373 363 500

Gesamtplan

Einmalige Ausgaben		Ordentliche Ausgaben		Außerordentliche Ausgaben		Gesamtausgaben			
1966 DM	1965 DM	**1966** DM	gegenüber 1965 mehr (+) weniger (—) DM	**1966** DM	gegenüber 1965 mehr (+) weniger (—) DM	**1966** DM	1965 DM	gegenüber 1965 mehr (+) weniger (—) DM	**Epl.**
9	10	11	12	13	14	15	16	17	18
137 500	472 800	**8 246 900**	+ 4 395 600	—	—	**8 246 900**	3 851 300	+ 4 395 600	01
2 513 500	2 513 500	**56 189 900**	—	—	—	**56 189 900**	56 189 900	—	02
36 000	380 200	**2 871 900**	— 63 100	—	—	**2 871 900**	2 935 000	— 63 100	03
281 900	403 300	**168 327 800**	+ 12 843 800	—	—	**168 327 800**	155 484 000	+ 12 843 800	04
137 051 200	23 277 700	**669 541 100**	+ 186 712 200	—	—	**669 541 100**	482 828 900	+ 186 712 200	05
273 474 300	253 622 700	**1 647 764 400**	+ 170 125 300	—	—	**1 647 764 400**	1 477 639 100	+ 170 125 300	06
700 500	95 000	**85 907 000**	+ 17 225 900	—	—	**85 907 000**	68 681 100	+ 17 225 900	07
23 493 000	20 511 600	**800 000 000**	+ 118 051 200	—	—	**800 000 000**	681 948 800	+ 118 051 200	08
541 655 300	601 119 800	**780 530 700**	— 21 666 800	—	—	**780 530 700**	802 197 500	— 21 666 800	09
870 719 000	1 106 909 900	**4 745 000 000**	+ 223 030 500	—	— 334 256 300	**4 745 000 000**	4 856 225 800	— 111 225 800	10
16 769 000	26 986 200	**13 292 085 100**	— 2 494 667 500	—	—	**13 292 085 100**	15 786 752 600	— 2 494 667 500	11
221 001 300	310 354 700	**6 758 134 000**	+ 1 578 559 800	—	— 249 404 000	**6 758 134 000**	5 428 978 200	+ 1 329 155 800	12
900 000	750 000	**1 000 300**	+ 162 100	—	—	**1 000 300**	838 200	+ 162 100	13
6 020 208 600	7 774 374 700	**17 168 000 000**	— 737 674 500	**332 000 000**	151 500 000	**17 500 000 000**	18 389 174 500	— 889 174 500	14
5 315 900	5 705 600	**86 883 400**	+ 20 831 600	—	—	**86 883 400**	66 051 800	+ 20 831 600	15
3 014 200	5 015 900	**6 496 200**	— 1 451 400	—	—	**6 496 200**	7 947 600	— 1 451 400	19
18 400	7 100	**14 595 900**	+ 3 033 300	—	—	**14 595 900**	11 562 600	+ 3 033 300	20
640 000	—	**547 157 900**	+ 192 517 500	**1 040 000 000**	+ 528 926 000	**1 587 157 900**	865 714 400	+ 721 443 500	23
96 131 100	25 402 800	**275 807 400**	+ 66 962 500	—	— 18 500 000	**275 807 400**	227 344 900	+ 48 462 500	24
80 669 500	48 933 400	**1 474 331 500**	+ 584 270 200	—	— 350 500 000	**1 474 331 500**	1 240 561 300	+ 233 770 200	25
371 200	35 400	**280 022 000**	+ 17 824 900	—	—	**280 022 000**	262 197 100	+ 17 824 900	26
1 159 900	2 402 500	**243 858 300**	+ 1 013 400	—	—	**243 858 300**	242 844 900	+ 1 013 400	27
—	22 500	**1 266 500**	+ 344 800	—	—	**1 266 500**	921 700	+ 344 800	28
24 300	—	**2 944 607 500**	+ 2 849 092 500	—	—	**2 944 607 500**	95 515 000	+ 2 849 092 500	29
23 500	—	**763 500**	+ 285 700	—	—	**763 500**	477 800	+ 285 700	30
293 732 600	222 385 400	**1 279 958 000**	+ 281 111 700	—	—	**1 279 958 000**	998 846 300	+ 281 111 700	31
—	—	**2 920 721 100**	+ 258 271 200	—	—	**2 920 721 100**	2 662 449 900	+ 258 271 200	32
—	—	**2 883 750 000**	+ 516 555 000	—	—	**2 883 750 000**	2 367 195 000	+ 516 555 000	33
173 800 000	93 018 200	**534 963 500**	+ 97 323 600	—	— 62 000 000	**534 963 500**	499 639 900	+ 35 323 600	35
300 664 000	277 520 200	**440 512 400**	— 6 113 600	—	—	**440 512 400**	446 626 000	— 6 113 600	36
381 160 600	200 075 400	**7 662 473 200**	+ 1 910 044 300	—	— 6 850 000	**7 662 473 200**	5 759 278 900	+ 1 903 194 300	60
9 445 666 300	11 002 296 500	**67 781 767 400**	+ 5 848 951 700	**1 372 000 000**	— 644 084 300	**69 153 767 400**	63 948 900 000	+ 5 204 867 400	

Bundesdruckerei Bonn 622101 2. 66

Funktionenplan

für das Rechnungsjahr 1966

(Gliederung des Bundeshaushaltsplans nach Aufgabenbereichen)

— Regierungs-Entwurf —

Der Funktionenplan wird von der Bundesregierung nicht förmlich beschlossen, durch das Haushaltsgesetz nicht festgestellt und im Bundesgesetzblatt nicht abgedruckt. Der Plan hat demgemäß nur nachrichtliche Bedeutung.

Vorwort

Der **Funktionenplan** des Bundeshaushalts zeigt als Ergänzung zu dem nach Verantwortlichkeiten geordneten Haushaltsplan, der als Gesetzesgrundlage beibehalten werden muß, eine funktionelle Gliederung der Kapitel und Titel nach organisch zusammengehörenden Aufgabenbereichen.

Um eine weitgehende systematische Übereinstimmung mit der Gliederung der Statistik der Staatsfinanzen nach Aufgabenbereichen zu erzielen, sind im Funktionenplan für das Rechnungsjahr 1966 folgende Zuordnungen von Haushaltsausgaben geändert:

A 4: Unter dieser neuen Unterfunktion sind als »Andere Oberste Staatsorgane und Behörden« das Presse- und Informationsamt, der Bundesrechnungshof und die Sozialreform (bisher **A 3**) zusammengefaßt. Entsprechend der Regelung bei den Ländern ist ferner das »Bundesamt für Verfassungsschutz« (bisher **D 21**) hier zugeordnet.

J 5: Die Zuschüsse für »Museen« sind unter **J 52** (bisher **K 2**) nachgewiesen. Das »Archivwesen« hat die Kennziffer **J 53** erhalten.

N 19: Der Beitrag zum Europäischen Ausrüstungs- und Garantiefonds (bisher **P 19**) ist entsprechend seiner tatsächlichen Bedeutung der Funktion »Ernährung und Landwirtschaft« zugeordnet.

W 13: Hier wird künftig nur noch der allgemeine »Zuschuß an den Landeshaushalt Berlin« nachgewiesen. Der »Zuschuß zum Aufbauplan« und das »Bundesdarlehen« für den Wiederaufbau sind entsprechend den Erläuterungen zu Titel 60 05/570 b und 571 aufgeteilt.

Die Ansätze des Haushaltsplanes 1965 sind entsprechend zugeordnet.

Funktionenplan

(Zusammenfassung)

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereich	Haushaltsplan 1966 — Reg.-Entw. —	Haushaltsplan 1965
		— 1 000 DM —	
A	**Bundespräsident, Gesetzgebung, Oberste Staatsorgane**		
1	Bundespräsident und Bundespräsidialamt	8 747	4 352
2	Gesetzgebung	68 730	73 688
3	Bundesregierung und Ministerien	417 106	329 656
4	Andere Oberste Staatsorgane und Behörden	126 048	115 142
	Summe A	620 631	522 838
B	**Auswärtige Angelegenheiten**		
1	Vertretung des Bundes im Ausland	221 363	200 321
2	Einzelne auswärtige Angelegenheiten	278 160	319 430
	Summe B	499 523	519 751
C	**Verteidigung**		
1	Deutsche Verteidigungsstreitkräfte	17 406 476	18 151 227
2	Verteidigungslasten im Zusammenhang mit dem Aufenthalt fremder Streitkräfte	534 964	499 640
3	Zivile Verteidigung	567 908	558 827
	Summe C	18 509 348	19 209 694
D	**Öffentliche Sicherheit**		
1	Grenzschutz	337 424	312 143
3	Polizei	38 767	31 039
4	Beschaffungsstelle des Bundesministers des Innern	5 869	3 575
	Summe D	382 060	346 757
E	**Rechtsschutz**		
1	Verfassungsgerichtsbarkeit	6 496	7 948
2	Ordentliche Gerichtsbarkeit	23 603	19 208
3	Arbeitsgerichtsbarkeit	2 176	1 881
4	Sozialgerichtsbarkeit	4 434	3 613
5	Verwaltungsgerichtsbarkeit	5 687	4 976
6	Finanzgerichtsbarkeit	3 715	2 842
7	Strafvollzug	65	65
9	Allgemeine Rechtsschutzaufgaben	1 150	1 096
	Summe E	47 326	41 629

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereich	Haushaltsplan 1966 — Reg.-Entw. —	Haushaltsplan 1965
		— 1 000 DM —	
F	**Innere Verwaltung und allgemeine Staatsaufgaben**		
1	Allgemeine innere Verwaltung	11 268	8 915
3	Personalwesen	5 474	4 446
4	Information	144 714	132 518
6	Statistik	48 058	38 193
7	Ziviler Ersatzdienst	11 466	11 078
9	Allgemeine Staatsaufgaben	109 661	104 381
	Summe F	330 641	299 531
G	**Finanzverwaltung**		
1	Steuer-, Zoll-, Vermögens- und Bauverwaltung	759 676	649 783
2	Kassen- und Schuldenverwaltung	13 597	12 715
3	Finanzschulen	—	—
9	Einzelne Leistungen	146 326	145 713
	Summe G	919 599	808 211
H	**Unterricht**		
9	Sonstiges Unterrichtswesen	99 778	75 326
	Summe H	99 778	75 326
J	**Wissenschaft**		
1	Hochschulen	496 673	411 571
3	Wissenschaftliche Forschung	876 700	715 564
4	Allgemeine Förderungsmaßnahmen und Forschungsaufträge	162 988	153 659
5	Bibliotheks- und Archivwesen	25 069	20 838
	Summe J	1 561 430	1 301 632
K	**Kunst, Volksbildung, Heimatpflege und kirchliche Angelegenheiten**		
1	Theater, Film und Musik	7 404	8 016
3	Heimatpflege	—	—
4	Einzelne kulturelle Aufgaben	46 303	41 138
5	Kirchliche Angelegenheiten	16 160	14 610
	Summe K	69 867	63 764

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereich	Haushaltsplan 1966 — Reg.-Entw. —	Haushaltsplan 1965
		— 1 000 DM —	
L	**Soziale Sicherung**		
1	Arbeitsschutz und Arbeitsbeschaffung	83 337	121 661
2	Sozialversicherung	9 027 136	8 263 773
3	Kindergeld	2 843 000	2 764 000
4	Sozialhilfe und andere Leistungen	1 372 790	1 162 346
5	Lastenausgleich	547 356	583 710
6	Kriegsopferversorgung	4 815 325	5 158 231
7	Sonstige soziale Kriegsfolgeleistungen	120 854	150 077
	Summe L	18 809 798	18 203 798
M	**Gesundheit, Sport und Leibesübungen**		
1	Gesundheit	51 190	38 202
2	Sport und Leibesübungen	45 280	40 380
	Summe M	96 470	78 582
N	**Ernährung, Landwirtschaft und Forsten**		
1	Ernährung und Landwirtschaft	2 367 402	2 588 566
2	Tierzucht	1 569	1 611
3	Forsten	171	177
4	Jagd und Fischerei	25 773	26 982
5	Ländliches Siedlungswesen	364 650	379 370
6	Agrarstrukturelle Maßnahmen, Flurbereinigung	899 000	870 000
	Summe N	3 658 565	3 866 706
O	**Wasser- und Kulturbau, Wasserversorgung**		
1	Allgemeine wasserwirtschaftliche Maßnahmen	126 300	132 600
2	Erschließungsmaßnahmen	61 300	66 000
6	Talsperren	—	—
7	Wasserversorgung	28 100	50 000
8	Küstenschutz, Dünenwesen	141 500	146 500
9	Sonstige Aufgaben	205	23
	Summe O	357 405	395 123

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereich	Haushaltsplan 1966 — Reg.-Entw. —	Haushaltsplan 1965
		— 1 000 DM —	
P	**Wirtschaft**		
1	Allgemeine Förderung	212 928	199 345
2	Bergbau	504 917	577 492
3	Elektrizitätsversorgung	—	1 500
4	Gasversorgung	—	—
5	Atomkraft	233 106	153 455
6	Gewerbe und Handel	293 490	258 562
7	Bank- und Versicherungswesen	8 307	6 860
8	Maßnahmen der Entwicklungshilfe	1 567 505	858 645
	Summe P	2 820 253	2 055 859
Q	**Gemeindliche Anstalten und Einrichtungen**		
1	Förderung kommunaler Vorhaben	58 736	41 675
R	**Verkehr**		
1	Allgemeine Verkehrsmaßnahmen	12 925	11 291
2	Straßenwesen	3 419 281	3 233 457
3	Schienenverkehr	144 743	137 865
4	Schiffahrt	438 866	502 652
5	Luftfahrt	105 339	86 003
7	Reiseverkehr	34 500	34 500
8	Wetterdienst	49 326	44 203
9	Sonstige Aufgaben	2	302
	Summe R	4 204 982	4 050 273
S	**Bau- und Wohnungswesen**		
1	Allgemeine Maßnahmen des Bauwesens	28 181	30 647
2	Bauverwaltung	69 432	64 923
3	Vermessung und Landesplanung	—	—
6	Wohnungsbau	1 503 823	1 333 631
	Summe S	1 601 436	1 429 201
T	**Wiedergutmachung**		
1	Entschädigungsbehörden	246	210
2	Wiedergutmachungsleistungen	1 472 800	1 755 000
9	Sonstige Maßnahmen	1 474	1 056
	Summe T	1 474 520	1 756 266

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereich	Haushaltsplan 1966 — Reg.-Entw. —	Haushaltsplan 1965
		— 1 000 DM —	
U	**Besondere Kriegsfolgeaufgaben**		
1	Kriegsfolgeleistungen	89 483	146 083
9	Sonstige Kriegsfolgeaufgaben	43 679	41 318
	Summe U	133 162	187 401
V	**Wirtschaftsunternehmen**		
1	Verkehrsunternehmen	2 592 993	1 409 974
2	Gewerbe, Industrie und Handel	61 830	23 640
3	Staatsforsten und Domänen	14 302	13 453
4	Sonstige Wirtschaftsunternehmen	2 000	310
	Summe V	2 671 125	1 447 377
W	**Allgemeines Finanzwesen**		
1	Steuern, Zölle, Monopole, Finanzzuweisungen	4 010 003	3 496 520
2	Versorgung	2 884 019	2 367 406
3	Schuldendienst	2 892 570	2 341 028
4	Vermögen	168 658	104 193
5	Münzwesen	40 000	30 000
6	Allgemeine Rücklagen	—	
7	Nichtaufteilbare Posten	—	— 1 091 649
8	Abwicklung der Vorjahre	231 858	- -
	Summe W	10 227 108	7 247 498
	Gesamtausgaben des ordentlichen und außerordentlichen Haushalts:	**69 153 767**	**63 948 900**

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen



Funktionenplan
(Einzelgliederung)

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereich	Haushaltsplan 1966 — Reg.-Entw. —	Haushaltsplan 1965	Fundstelle im Haushaltsplan 1966
		— 1 000 DM —		
A	**Bundespräsident, Gesetzgebung, Oberste Staatsorgane**			
A 1	**Bundespräsident und Bundespräsidialamt**			
11	**Bundespräsident**	538	449	0101.100—299
12	**Bundespräsidialamt**	6 939	2 703	0103
19	**Patenschaften u. a.**			
	Patenschaften, Ehrengeschenke und besondere Zuwendungen	770	700	0101.300, 301
	Ehrensolde, Unterstützungen, Beihilfen (Verfügungsmittel des Bundespräsidenten)	500	500	6002.662
	Summe A 1	8 747	4 352	
A 2	**Gesetzgebung**			
21	**Bundestag**			
	Personal und Ausstattung	19 396	19 396	0201.100—299, 710—960
	Aufwandsentschädigungen, Reisekosten und Tagegelder	28 583	28 583	0201.300, 302, 303
	Zuschüsse an die Fraktionen	3 123	3 123	0201.301
	Verfügungsfonds des Präsidenten	270	270	0201.305
	Versicherung für die Abgeordneten	2 230	2 230	0201.307
	Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages	912	912	0203
	Kosten der Bundesversammlung	—	—	(0204)
	Bundestagswahlen	118	9 000	0602.300
	Wiederherstellung des Reichstagsgebäudes in Berlin	10 000	6 000	2403.712
	Summe A 21	64 632	69 514	
22	**Bundesrat**			
	Personal und Ausstattung	2 448	2 474	0301.100—299, 715
	Tagegelder und Fahrkosten, Aufwendungen für Plenar- und Ausschußsitzungen	206	256	0301.300, 301
	Aufwandsentschädigung für den Präsidenten	18	18	0301.305
29	**Kongresse, Gesellschaften u. a.**			
	Parlamentarische Kongresse, Förderung der internationalen politischen Zusammenarbeit	1 100	1 100	0201.309
	Zuschüsse an parlamentarische Gesellschaften	326	326	0201.600—676
	Summe A 2	68 730	73 688	
	Hinweis:			
	Bundesministerium für Angelegenheiten des Bundesrats (siehe A 3)	(1 266)	(922)	2801
A 3	**Bundesregierung und Ministerien**			
31	**Bundesregierung**	417 106	329 656	siehe auch nachrichtliche Angaben auf Seite 84
	Summe A 3	417 106	329 656	
A 4	**Andere Oberste Staatsorgane und Behörden**			
41	**Presse und Informationsamt**	88 855	83 479	0402, 0403 (ohne 600)
43	**Bundesrechnungshof**	14 596	11 563	2001
44	**Bundesamt für Verfassungsschutz**	22 533	18 566	0609
45	**Sozialreform**	—	1 470	1109.100—299, 300
49	**Sonstiges**			
	Verstärkung der Verfügungsfonds der Leiter oberster Bundesbehörden	40	40	6002.240
	Vergütung für die Inanspruchnahme des Kurhauses »La Redoute«	24	24	0501.331
	Summe A 4	126 048	115 142	
	Summe A	620 631	522 838	

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereich	Haushaltsplan 1966 — Reg.-Entw. —	Haushaltsplan 1965	Fundstelle im Haushaltsplan 1966
		— 1 000 DM —		
B	**Auswärtige Angelegenheiten**			
B 1	**Vertretung des Bundes im Ausland**			
11	**Auslandsvertretungen**	217 863	197 196	0503.100—299, 700—955
19	**Paßstellen, Wahlkonsulate u. a.**			
	Sonderaufträge	80	175	0501.326
	Wahlkonsulate	1 210	1 100	0503.322
	Aufwendungen für besondere Aufgaben bei bestimmten Auslandsvertretungen und auf Grund von Schutzmachtverträgen	2 040	1 680	0503.323, 325
	Bewilligungen für dienstunfähig gewordene Angestellte und sonstiges Hilfspersonal	170	170	0503.326
	Summe B 1	221 363	200 321	
B 2	**Einzelne auswärtige Angelegenheiten**			
21	**Förderung der europäischen Einigung**			
	Ausbildung der Beamten und Angestellten zur Verwendung bei internationalen Organisationen	150	100	0502.312
	Beitrag des Bundes an die Westeuropäische Union	1 359	1 237	0502.678
	Teilnahme an Tagungen des Europarates	3	3	0504.300
	Zuschüsse an den Deutschen Rat der Europäischen Bewegung, Europa-Kolleg Brügge, nichtstaatl. Organisationen	426	410	0504.609, 610, 611
	Beitrag des Bundes an den Europarat	4 491	3 750	0504.675
	Summe B 21	6 429	5 500	
29	**Sonstiges**			
	Geheime Ausgaben	8 000	8 000	0502.301
	Pflege kultureller Beziehungen zum Ausland	143 000	128 496	0502.302
	Übrige Angelegenheiten des auswärtigen Dienstes (Kommissionen, internationale Kongresse und Verhandlungen, sonstige Dienstleistungen)	1 930	1 895	0502.306, 307, 308, 399, 6002.241
	Außenpolitische Ausarbeitungen und Herausgabe außenpolitischer Dokumente und völkerrechtlicher Arbeiten	430	357	0502.309
	Zuschüsse an internationale und deutsche Gesellschaften	1 971	1 282	0502.600—605, 607—613, 616, 672, 680, 950
	Beitrag des Bundes zum zivilen Teil des Haushalts der Nordatlantikpakt-Organisation (NATO)	5 900	5 200	0502.673 (1)
	Zuwendungen an ehemalige afrikanische Bedienstete	—	1 000	0506.963
	Ausrüstungshilfe	110 000	167 200	0502.964
	Hilfsmaßnahmen bei Katastrophen im Ausland	500	500	6002.679
	Summe B 29	271 731	313 930	
	Summe B 2	278 160	319 430	
	Summe B	499 523	519 751	
	Hinweis:			
	Auswärtiges Amt (siehe A 3)	(59 360)	(46 575)	0501.100—299, 711—951

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereich	Haushaltsplan 1966 — Reg.-Entw. —	Haushaltsplan 1965	Fundstelle im Haushaltsplan 1966
		— 1 000 DM —		
C	**Verteidigung**			
C 1	**Deutsche Verteidigungsstreitkräfte**			
11	**Truppenführung, Truppenverwaltung**			
	Kommandobehörden, Truppen usw.	2 811 620	2 477 775	1403
	Bundeswehrverwaltung	1 847 298	1 564 196	1404
	Wehrtechnik und Beschaffung	283 539	245 700	1421
	Beihilfen	33 000	28 000	1401.107
	Summe C 11	4 975 457	4 315 671	
12	**Bekleidung**	192 570	254 415	1411
13	**Verpflegung**	297 140	287 642	1410
14	**Truppenbetreuung**			
	Bildungswesen	34 305	32 717	1405
	Seelsorge	16 002	13 438	1406
	Rechtspflege	2 485	2 085	1407
	Sanitätswesen	190 840	200 610	1408
	Fürsorge	920 958	636 088	1423
	Summe C 14	1 164 590	884 938	
15	**Ausrüstung**			
	(Betrieb, Unterhaltung, Anschaffungen)			
	Pionierwesen	89 000	142 000	1413
	Fernmeldewesen	583 500	671 000	1414
	Feldzeugwesen	2 938 740	3 605 163	1415
	ABC-Schutz	35 500	39 900	1416
	Quartiermeisterwesen	226 640	258 115	1417
	Schiffe und Marinegerät	597 623	622 874	1418
	Flugzeuge, Flugkörper und flugtechnisches Gerät	1 666 100	2 136 600	1419
	Summe C 15	6 137 103	7 475 652	
16	**Unterbringung**	2 996 265	3 384 572	1412/A 1412
17	**Versorgung der Soldaten der Bundeswehr**	(463 244)	(340 087)	3304
	erstattet aus dem Verteidigungshaushalt (1402.222), siehe unter C 19			
	Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz	7 000	6 000	1110.301
19	**Allgemeine Verteidigungsaufgaben**			
	Abgeltung von Schadenersatzansprüchen Dritter	9 500	9 500	1402.231
	Nachwuchswerbung	8 800	8 000	1402.302
	Militärische Ausbildung im Ausland	173 500	144 000	1402.303
	Ausbildung von Angehörigen ausländischer Streitkräfte	500	—	1402.304
	Militärgeschichtliche und -politische Arbeiten	400	300	1402.307
	Wehrtechnische und militärische Forschung	90 788	74 900	1402.308
	Wehrtechnische und militärische Entwicklung und Erprobung	497 440	605 500	1402.309, 530
	Leistungen im Rahmen der Mitgliedschaft zur NATO u. WEU	415	335	1402.311, 314, 315
	Beteiligung an den Kosten von Forschungs- und Entwicklungsarbeiten, Vergütungen und Entschädigungen für Erfindungen	6 430	6 030	1402.312, 313, 615
	Fracht- und Nebenkosten, Einfuhrabgaben	102 000	105 000	1402.395

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereich	Haushaltsplan 1966 — Reg.-Entw. —	Haushaltsplan 1965	Fundstelle im Haushaltsplan 1966
		— 1 000 DM —		
noch: C 19				
	NATO-Beitrag	48 400	44 300	1402.600
	NATO-Infrastruktur (Kostenanteil des Bundes)	161 631	125 262	1402.601
	Studienbeihilfen	6 500	4 600	1402.603
	Wohnungs- und Heizungskostenzuschüsse	3 000	3 500	1402.605
	NATO-Ersatzteil-Versorgungssystem (Kostenanteil des Bundes)	500	470	1402.610
	Beitrag zu den Betriebskosten des zentraleuropäischen Treibstoffleitungssystems der NATO	1 500	1 400	1402.611
	Teilnahmekosten an NATO-Produktionsgemeinschaften	2 600	3 400	1402.612
	Betrieb und Wartung der NATO-Treibstoffleitungen	2 380	2 260	1402.613
	Beitrag zu den Gestehungskosten ausländischer militärischer Anlagen	13 000	20 000	1402.614
	Ausrüstungshilfe	—	(167 200)	(1402.964)
	Erstattungen an andere Bundesbehörden	507 067	383 580	1402.222
	Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit in Verteidigungsfragen (A 32), Wetterdienst (R 8), Flugwissenschaftliche Institute (J 33), Versorgung der Soldaten (C 17), Herstellung und Versand von Ermittlungslisten (F 11).			
	Summe C 19	1 636 351	1 542 337	
	Summe C 1	17 406 476	18 151 227	
	Hinweis:			
	Bundesministerium für Verteidigung (siehe A 3)	(100 525)	(76 747)	1401 (o. 107), 1402.223—299 (o. 231), 399, 604, 675
C 2	**Verteidigungslasten im Zusammenhang mit dem Aufenthalt ausländischer Streitkräfte**			
21	**Stationierung ausländischer Streitkräfte in der Bundesrepublik**			
	Auftragsausgabenüberhang	500	500	3506
	Verteidigungsfolgekosten	227 151	209 865	3511 a
25	**Stationierung ausländischer Streitkräfte in Berlin**			
	Besatzungskosten	234 495	219 085	3502
	Auftragsausgaben	51 027	49 966	3503/3504
	Besatzungsfolgekosten	21 791	20 224	3511 b
	Summe C 2	534 964	499 640	
C 3	**Zivile Verteidigung**			
31	**Ziviler Bevölkerungsschutz**			
	Bundesamt für zivilen Bevölkerungsschutz	88 708	80 958	0619 (ohne 311)
	Akademie für Zivilverteidigung	1 265	400	0620
	Bundesluftschutzverband	38 373	31 726	0621
	Summe C 31	128 346	113 084	
32	**Maßnahmen der zivilen Verteidigung**			
	im Aufgabenbereich des Bundesministers des Innern	261 630	264 255	3604
	im Aufgabenbereich des Bundesministers für Wirtschaft	8 011	8 125	3605
	auf dem Gebiet der Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	50 825	51 825	3606

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereich	Haushaltsplan 1966 — Reg.-Entw. —	Haushaltsplan 1965	Fundstelle im Haushaltsplan 1966
		— 1 000 DM —		
noch: C 32				
	auf dem Gebiet des Verkehrs	60 676	61 526	3607 (ohne 303)
	auf dem Gebiet der Wasserwirtschaft	2 565	2 565	3610
	Maßnahmen zur Sicherung der Nachrichtenverbindungen	53 010	53 710	3608
	Entwicklung und Erprobung auf dem Gebiet des baulichen Zivilschutzes	2 845	3 737	3609 (ohne 640)
	Summe C 32	439 562	445 743	
	Summe C 3	567 908	558 827	
	Summe C	18 509 348	19 209 694	
D	**Öffentliche Sicherheit**			
D 1	**Grenzschutz**			
11	**Bundesgrenzschutz**	337 424	312 143	0625
D 3	**Polizei**			
32	**Kriminalpolizei**			
	Bundeskriminalamt	16 090	13 999	0610
	Beitrag zur Internationalen Kriminalpolizeilichen Kommission	115	160	0602.675 d
	Beschaffungen für die Bereitschaftspolizei der Länder	22 562	16 880	0624
	Summe D 3	38 767	31 039	
D 4	**Beschaffungsstelle des Bundesministers des Inneren**			
	für Bundesgrenzschutz, Bereitschaftspolizei der Länder, DRK u. a.	5 869	3 575	0626
	Summe D	382 060	346 757	
E	**Rechtsschutz**			
E 1	**Verfassungsgerichtsbarkeit**			
11	**Rechtsprechung in Verfassungsfragen**			
	Bundesverfassungsgericht	6 496	7 948	1901
E 2	**Ordentliche Gerichtsbarkeit**			
21	**Rechtsprechung in Straf- und Zivilsachen** einschließlich Kartellsachen und Berufsgerichtsbarkeit sowie über Rechtsmittel gegen Entscheidungen des Bundespatentgerichts			
	Bundesgerichtshof, Generalbundesanwalt	15 164	12 294	0703, 0704
22	**Rechtsprechung über die Erteilung und Vernichtung gewerblicher Schutzrechte**			
	Bundespatentgericht	6 615	5 288	0706
23	**Rechtsprechung in Rückerstattungsverfahren**			
	Oberstes Rückerstattungsgericht	1 824	1 624	0707
	Summe E 2	23 603	19 208	
E 3	**Arbeitsgerichtsbarkeit**			
31	**Rechtsprechung in arbeitsrechtlichen Verfahren**			
	Bundesarbeitsgericht	2 176	1 881	1105

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereich	Haushaltsplan 1966 — Reg.-Entw. —	Haushaltsplan 1965	Fundstelle im Haushaltsplan 1966
		— 1 000 DM —		
E 4	**Sozialgerichtsbarkeit**			
41	**Rechtsprechung für das Gebiet der Sozialgerichtsbarkeit**			
	Bundessozialgericht	4 434	3 613	1107
E 5	**Verwaltungsgerichtsbarkeit**			
51	**Rechtsprechung in allgemeinen Verwaltungsverfahren**			
	Bundesverwaltungsgericht, Oberbundesanwalt	5 687	4 976	0603/0604
E 6	**Finanzgerichtsbarkeit**			
61	**Rechtsprechung für das Gebiet der Finanzgerichtsbarkeit**			
	Bundesfinanzhof	3 715	2 842	0803
E 7	**Strafvollzug**			
	Zuschüsse für überregionale Förderungsmaßnahmen auf dem Gebiet des Strafvollzugs einschließlich Bewährungshilfe	65	65	0702.601
E 9	**Allgemeine Rechtsschutzaufgaben**			
	(Schiedsgerichte, Ausschüsse, Rechtsreform u. a.)			
	Beteiligung am Schiedsgericht (Deutschlandvertrag)	380	380	0501.965
	Beteiligung am Schiedsgerichtshof (Londoner Abkommen)	170	160	0501.967
	Kosten des Schiedsgerichts in Saarbrücken (zur Regelung der Saarfrage)	45	45	0501.973
	Beteiligung an den Kosten am Schlichtungsausschuß und Schiedsgericht zur Regelung der deutsch-österreichischen vermögensrechtlichen Beziehungen	20	25	0501.974
	Ständiger Schiedshof in Den Haag (Beitrag des Bundes)	5	5	0502.677
	Richterwahlausschuß	3	5	0701.303
	Vorbereitung von Reformen auf den Rechtsgebieten	235	151	0701.308—313, 315
	Besondere Aufgaben der Rechtspflege	100	76	0701.314
	Sammlung und Sichtung des Bundesrechts		56	0701.950
	Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen (Ausschüsse, Prüfungen)	1	1	0701.951
	Beiträge an Gesellschaften und Organisationen	139	100	0702.675
	Zeitschrift »Rechtsprechung zum Wiedergutmachungsrecht« (Zuschuß)	12	12	0802.601
	Vorbereitung eines deutschen Arbeitsgesetzbuches	40	80	1101.306
	Summe E 9	1 150	1 096	
	Summe E	47 326	41 629	
	Hinweis:			
	Bundesministerium der Justiz (siehe A 3)	(13 050)	(9 955)	0701.100—299, 301, 850, 880, 953

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereich	Haushaltsplan 1966 — Reg.-Entw. —	Haushaltsplan 1965	Fundstelle im Haushaltsplan 1966
		— 1 000 DM —		
F	**Innere Verwaltung und allgemeine Staatsaufgaben**			
F 1	**Allgemeine innere Verwaltung**			
11	**Verwaltungsangelegenheiten**			
	Bundesverwaltungsamt	10 087	7 460	0615.100—299, 300, 301, 303, 306
	darunter Minderausgaben, erstattet aus dem Verteidigungshaushalt (1402.222)	- 60	- 60	0602.222
	Förderung des Vorschlagswesens in der Bundesverwaltung	60	60	6002.270
12	**Gemeindefreie Bezirke**			
	Verwaltung der gemeindefreien Bezirke	961	1 095	2403.602—605
19	**Sonstiges**			
	Beitrag zur internationalen Kommission für das Zivilstandswesen in Den Haag	10	10	0602.675 e
	Kennzeichnung der Bundesgrenze	50	200	0602.985
	Gemeinnützige Einrichtungen	160	150	0615.600
	Summe F 1	11 268	8 915	
F 3	**Personalwesen**			
31	**Disziplinarangelegenheiten**			
	Bundesdisziplinarhof, Bundesdisziplinaranwalt, Bundesdisziplinarkammern	3 223	2 862	0605/0606/0607
32	**Prüfungswesen**			
	Oberprüfungsamt für den höheren technischen Verwaltungsdienst	292	261	1213
39	**Einzelne Aufgaben**			
	Mittelrheinische Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie in Bonn (Zuschüsse)	8	8	0602.601
	Ausgleich überhöhter Fahrkosten im Verkehr mit Berlin	1 300	1 000	0615.304
	Mehrausgabe für Beförderung von Umzugsgut aus Berlin	5	15	0615.305
	Dienstbezüge für die Vertreter von Beamten oberster Bundesbehörden, die in Fremdsprachen geschult werden	100	100	6002.101
	Fremdsprachlicher Unterricht	150	150	6002.260
	Fortbildung der Beamten und Angestellten	396	50	6002.261, 262
	Summe F 39	1 959	1 323	
	Summe F 3	5 474	4 446	

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereich	Haushaltsplan 1966 — Reg.-Entw. —	Haushaltsplan 1965	Fundstelle im Haushaltsplan 1966
		— 1 000 DM —		
F 4	**Informationswesen**			
42	**Bundesnachrichtendienst**	68 093	63 093	0404
49	**Sonstiges Informationswesen**			
	Informationsreisen fremder Staatsangehöriger	750	712	0502.304
	Kassenhilfe an »Deutsche Welle«	72 619	66 189	0602.987
	Aufklärung der Bevölkerung über Sinn und Zweck steuerlicher Maßnahmen	100	100	0802.301
	Öffentlichkeitsarbeit in wirtschaftspolitischen Fragen	600	500	0902.308
	Nachrichten- und Pressedienst	22	24	1001.300
	Unterrichtung der Bevölkerung über verkehrspolitische Maßnahmen	50	50	1202.301
	Öffentlichkeitsarbeit im Gesundheitswesen	2 480	1 850	1502.300, 301
	Summe F 4	144 714	132 518	
F 6	**Statistik**			
61	**Statistischer Dienst** (Statistisches Bundesamt)	48 053	38 188	0608
69	**Sonstige Aufgaben, Beiträge**			
	Beitrag an das Internationale Statistische Institut	5	5	0602.675 a
	Summe F 6	48 058	38 193	
F 7	**Ziviler Ersatzdienst**	11 466	11 078	1108/1110.309
F 9	**Allgemeine Staatsaufgaben**			
91	**Einzelne Maßnahmen**			
	Einführung in die Arbeit der Volksvertretung	250	250	0201.308
	Öffentlichkeitsarbeit des Bundesrates	200	186	0301.304
	Zuschuß an INTER NATIONES e. V.	4 346	3 006	0403.600
	Veröffentlichungen des Bundesministeriums des Inneren	240	40	0601.301
	Veranstaltungen der Bundesregierung	16	13	0602.303, 304
	Bekämpfung des Rassenhasses (Zuschuß)	250	200	0602.607
	Sondermittel für die politischen Parteien	38 000	38 000	0602.612
	Arbeiten auf dem Gebiete der rechtlichen und soziologischen Stellung der Frau	80	80	0602.613
	Bundeszentrale für Heimatdienst	12 779	11 506	0635
	Zuschüsse für gesamtdeutsche Aufgaben	45 000	42 600	2702.600
	Verbreitung von Publikationen gesamtdeutschen Charakters	2 500	2 500	2702.608
	Förderung von Reisen nach Berlin	6 000	6 000	2702.609
	Summe F 9	109 661	104 381	
	Summe F	330 641	299 531	
	Hinweis:			
	Bundesministerium des Innern (siehe A 3)	(25 457)	(19 843)	0601.100—299, 850, 880

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereich	Haushaltsplan 1966 – Reg.-Entw. –	Haushaltsplan 1965	Fundstelle im Haushaltsplan 1966
		— 1 000 DM —		
G	**Finanzverwaltung**			
G 1	**Steuer-, Zoll-, Vermögens- und Bauverwaltung**			
	Bundesfinanzverwaltung	759 676	649 783	0801.107, 0804 (o. 742 [17])
G 2	**Kassen- und Schuldenverwaltung**			
21	**Kassenverwaltung (Bundeshauptkasse)**	1 067	877	0808
22	**Schuldenverwaltung**	12 530	11 838	3203 (ohne 301 u. 302)
	Summe G 2	13 597	12 715	
G 3	**Finanzschulen**	—	—	
G 9	**Einzelne Maßnahmen**			
	Beschaffung von Unterlagen zur Geschichte der Finanzverwaltung	5	5	0802.302
	Kosten für maschinelle Versuche bei der Veranlagung und Erhebung von Steuern	3 000	2 250	0802.305
	Beiträge an internationale Organisationen	384	337	0802.675
	Bereinigungsverfahren, Börseneinführungskosten und Emissionssteuern für Auslandsbonds	15	20	3203.302
	Drucklegung des(r) Bundeshaushaltsplanes, (-rechnung)	750	600	6002.200
	Kosten für Sachverständige	—	150	6002.218
	Verwaltungskostenerstattung an die Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder	2 262	2 140	6002.220
	Vermischte Ausgaben	10	10	6002.299
	Erstattungen von Verwaltungsaufwand in Einzelfällen	138 000	138 000	6002.302
	Bearbeitungsgebühren an Kreditanstalt für Wiederaufbau für Verwaltung der Anteile an der Hugo-Stinnes-Corporation	—	51	6002.304
	Vergütung an die Berliner Bank	—	250	6005.305
	Umsatzsteuerpauschale	1 900	1 900	6002.395
	Summe G 9	146 326	145 713	
	Summe G	919 599	808 211	
	Hinweis:			
	Bundesministerium der Finanzen (siehe A 3)	(31 711)	(25 529)	0801
	Bundesschatzministerium (siehe A 3)	(9 941)	(7 669)	2401
H	**Unterricht**			
H 9	**Sonstiges Unterrichtswesen**			
	Förderung des deutschen Schulwesens im Ausland	73 000	56 500	0502.303
	Bureau International d'Education (Beitrag)	9	16	0502.614
	Bau der Europäischen Schule in Karlsruhe	2 000	—	0502.953
	Studienbeihilfen an Schüler Höherer technischer Lehranstalten	65	—	1203.601
	Berufsausbildung der Seeleute	450	500	1202.604
	Schiffsjungen- und Schifferkinderheime	70	70	1202.607
	Zuschüsse zur Förderung von Schulbauten in gefährdeten Grenzgebieten und im Zonenrandgebiet	16 000	14 000	2702.602 a

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereich	Haushaltsplan 1966 — Reg.-Entw. —	Haushaltsplan 1965	Fundstelle im Haushaltsplan 1966
		— 1 000 DM —		
noch: H 9	Ausbildungsstätten für Ingenieure und Techniker auf dem Gebiet der Atomenergie	330	450	3103.601, 951
	Förderung kommunaler Maßnahmen im Raum Bonn (Schulbauten)	7 854	3 790	6002.625 a (a, f)
	Summe H 9	99 778	75 326	
	Summe H	99 778	75 326	
J	**Wissenschaft *)**			
J 1	**Hochschulen**			
	Hochschule für Verwaltungswissenschaften, Speyer	185	185	0602.654
	Studentenförderung	69 250	57 650	0602.657 a (1), 620
	Förderung der ideellen Bestrebungen der deutschen Studentenschaft (Studentenaustausch)	315	315	0602.657 a (2)
	Bau und Ausstattung von Hochschulen (Zuschüsse)	349 587	299 612	3102.600 (1)
	Förderung von Hochschulneugründungen	22 000	-	3102.601
	Förderung von gesamtdeutschen und internationalen Aufgaben der wissenschaftlichen Hochschulen	8 201	8 324	3102.610, 651
	Studentenförderung im Rahmen des Bundesjugendplanes	15 985	14 125	2902.571 (teilweise)
	Förderung von Bauvorhaben der Berliner Universitäten (aus Zuschuß zum Aufbauplan Berlin)	31 150	31 360	6005.571 b (1—5)
	Summe J 1	496 673	411 571	
J 3	**Wissenschaftliche Forschung**			
31	**Ernährung, Landwirtschaft und Forsten**			
	Eigene Forschung (Forschungsanstalten)			
	Rebenzüchtung	4 228	1 348	1002.605
	Pflanzenschutz und Schädlingsbekämpfung	10 346	10 353	1010
	Milchwirtschaft	5 277	5 108	1011
	Forst- und Holzwirtschaft	4 321	5 610	1013
	Getreideverarbeitung	4 409	3 557	1015
	Fleischforschung	3 470	2 242	1016
	Lebensmittelfrischhaltung	4 037	3 771	1017
	Qualitätsforschung	1 019	1 483	1018
	Tabakforschung	1 315	1 237	1019
	Fettforschung	484	412	1022
	Landwirtschaft	13 052	11 986	1025 (o. 150)
	Zuschüsse an andere Einrichtungen	13 844	11 883	1002.601 (957)
	Deutsche Gesellschaft für Ernährung	808	850	1502.616, 963
	Summe J 31	66 610	59 840	
32	**Gesundheit**			
	Deutsches Krebsforschungszentrum, Heidelberg	2 072	916	1502.621
	Zentralausschuß für Krebsbekämpfung und Krebsforschung	40	40	1502.668 (4)
	Medizinische Dokumentationsstellen	458	90	1502.670
	Bundesgesundheitsamt	19 703	15 993	1503
	Entwicklung von Strahlenschutzmaßnahmen	4 200	4 000	3103.630
	Summe J 32	26 473	21 039	

*) Soweit nicht anderen Funktionsbereichen zugeordnet.

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereich	Haushaltsplan 1966 – Reg.-Entw. –	Haushaltsplan 1965	Fundstelle im Haushaltsplan 1966
		— 1 000 DM —		
33	**Tierzucht und Fischerei**			
	Eigene Forschung (Forschungsanstalten)			
	Fischereiwesen und Fischverarbeitung, Meeresforschung	7 088	4 906	1012
	Kleintierzucht	2 844	1 972	1014
	Erforschung und Bekämpfung von Viruskrankheiten	3 802	3 243	1024
	Einzelne Förderungsmaßnahmen			
	Betrieb des Fischereiforschungsschiffes	2 230	2 123	1001.401
	Kommission für Meeresforschung	250	230	1002.585 b 1 (a)
	Internationaler Rat für Meeresforschung	58	43	1002.675 (6)
	Tierseuchenbekämpfung	372	400	1002.615 c
	Summe J 33	16 644	12 917	
34	**Wirtschaft und Verkehr**			
	Eigene Forschung (Forschungsanstalten)			
	Physikalisch-Technische Bundesanstalt	32 329	30 714	0903
	Bundesanstalt für Materialprüfung	18 023	14 645	0907
	Forschungsaufträge			
	Straßenwesen	2 880	2 400	1210.310 (1400)
	Luftfahrt	500	520	1217.303
	Bau- und betriebstechnische Fachgebiete der Wasser- und Schiffahrtsverwaltung	140	140	1203.308
	Abgeltung von Aufträgen an wirtschaftswissenschaftliche Forschungsinstitute	1 950	1 950	0902.305
	Einzelne Förderungsmaßnahmen			
	Zuschüsse an:			
	Gesellschaft für Ortung und Navigation	35	40	1202.609
	Forschung auf dem Gebiete des Handwerks	1 165	900	0902.601 (1)
	Finanzwissenschaftliches Institut Köln	5	5	0802.600
	Forschungsgesellschaft für das Straßenwesen, Institut für Luftrecht, wissenschaftliche Gesellschaft für Luftfahrt, Akademie für Luftfahrtforschung, Deutsche Gesellschaft für Flugwissenschaften	37 182	37 178	1202.676 (4, 8, 11) 1217.607 (b, c), 617
	darunter Minderausgaben, erstattet aus dem Verteidigungshaushalt (1402.222)	– 34 237	– 34 237	1202.222
	Förderung			
	der Industrieforschung	18 000	16 000	0902.605
	der handels- und absatzwirtschaftlichen Forschung	700	(600)	0902.609
	wissenschaftlicher Zwecke auf den Fachgebieten der Verkehrsverwaltung	320	285	1202.600 C (2, 4 und 6), E
	Summe J 34	78 992	70 540	
35	**Kernforschung**			
	Wissenschaftliche Weiterbildung	1 500	2 100	3103.600
	Förderung der Grundlagenforschung	12 500	11 000	3103.604
	Zuschüsse für das wissenschaftliche Berichtswesen auf dem Gebiete der Atomenergie	1 760	1 700	3103.605
	Kernforschungszentrum Karlsruhe			
	Betriebszuschuß	81 151	76 420	3103.640
	Investitionszuschuß	18 495	29 186	3103.960 a
	Anteil an den Betriebskosten des Elektronen-Synchrotrons in Hamburg	20 136	14 100	3103.642
	Zuschuß an das Institut für Plasmaphysik	13 439	25 309	3103.643, 890, 961
	Anteil an den Betriebskosten des Hahn-Meitner-Instituts in Berlin	3 525	3 046	3103.645

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereich	Haushaltsplan 1966 — Reg.-Entw. —	Haushaltsplan 1965	Fundstelle im Haushaltsplan 1966
		— 1 000 DM —		
noch: J 35				
	Verminderung des Betriebsrisikos bei Demonstrationskraftwerken	3 000	—	3103.660
	Beitrag zur Europäischen Organisation für Kernforschung	36 946	27 808	3103.676
	Gesellschaft für Strahlenforschung, München	16 500	10 600	3103.647, 965
	Zuschüsse an wissenschaftliche Institute und Einrichtungen	33 300	32 000	3103.950
	Bau eines Hochenergie-Elektronen-Synchrotrons in Hamburg	9 154	9 522	3103.955
	Zuschüsse zur Kernforschungsanlage des Landes Nordrhein-Westfalen in Jülich	6 216	6 784	3103.646, 962, 964
	Förderung eines Höchstfluß-Forschungsreaktors	6 000	—	3103.970 c
	Beitrag zum Forschungs- und Investitionshaushalt der Europäischen Atomgemeinschaft	127 000	99 317	6006.624
	Summe J 35	390 622	348 892	
	Hinweis:			
	Atomkraft (siehe P 5)	(233 106)	(153 455)	
36	**Wasserwirtschaft, Energie und Bauwesen**			
	Forschung auf dem Gebiet der Raumordnung	399	150	0602.624
	Forschung auf dem Gebiet des Wohnungs-, Bau- und Siedlungswesens	1 054	945	2502.601, 613, 614 c
	Wissenschaftliche Untersuchungen auf dem Gebiete der Wasserwirtschaft	1 120	990	1502.650, 655
	Forschung auf dem Gebiet des baulichen Zivilschutzes	200	183	3609.640
	Summe J 36	2 773	2 268	
37	**Raum- und Bodenforschung**			
	Eigene Forschung (Forschungsanstalten)			
	Landeskunde und Raumforschung	2 600	2 256	0614
	Geodäsie	5 771	4 928	0616
	Bodenforschungsanstalt Hannover	9 537	10 729	0909
	Bundesanstalt für Vegetationskunde, Naturschutz und Landschaftspflege	1 070	1 091	1021
	Förderungsmaßnahmen			
	Beitrag an die Europäische Organisation für photogrammetrische experimentelle Untersuchungen	3	3	0602.675 c
	Summe J 37	18 981	19 007	
38	**Weltraumforschung**			
	Förderung der Weltraumforschung	238 746	149 447	3104
39	**Sonstige wissenschaftliche Forschung**			
	Eigene Forschung (Forschungsanstalten)			
	Archäologisches Institut in Berlin	8 388	7 521	0629
	Historisches Institut in Rom	1 042	933	0630
	Institut zur Erforschung des Marxismus-Leninismus	2 557	1 770	0634
	Bundesanstalt für Hauswirtschaft	768	614	1020
	Forschungsschiff »Meteor«	980	980	1209/310
	Historisches Institut in Paris	542	400	3105
	Forschungsaufträge			
	Forschung, Entwicklung und Erprobung auf dem Gebiete des Zivilschutzes	2 850	2 850	0619.311
	Forschung auf den Gebieten der Berufskrankheiten und Unfallverhütung	180	150	1102.601
	Sozialwissenschaftliche Forschung	385	240	1102.602
	Forschung auf dem Gebiet der Sozialreform	—	40	1109.600
	Kommission »Lärmminderung«	100	—	1102.604
	Forschung auf dem Gebiet der »Contergan«-Fälle	1 000	800	1502.962 a
	Forschungs- und Entwicklungsarbeiten für die Notstandsplanungen auf dem Gebiet des Verkehrs	750	700	3607.303

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereich	Haushaltsplan 1966 — Reg.-Entw. —	Haushaltsplan 1965	Fundstelle im Haushaltsplan 1966
		— 1 000 DM —		
noch: J 39				
	Zuschüsse an:			
	Institut für Asienkunde	132	132	0502.606
	Stiftung »Wissenschaft und Politik«	1 700	1 200	0502.625
	Verfassungsrechtliche und verwaltungswissenschaftliche Forschungsvorhaben	30	—	0602.619
	Dokumentationswesen	2 020	1 400	3102.609
	Deutsches Rechenzentrum	571	571	3102.611
	Europäische Organisation für astronomische Forschung	3 058	2 661	3102.676
	Ostforschungsinstitute	1 153	1 060	0602.625—629
	Historische Forschungseinrichtungen	1 964	1 792	0602.631—636; 3102.634—640;
	Sonstige Forschungseinrichtungen	1 279	1 181	3102.641—648, 975, 980
	überregionale rechtswissenschaftliche Vereinigungen und Forschungsinstitute	217	215	0702.600
	Anstalten zur Forschung auf dem Gebiet der Heilfürsorge für Kriegsbeschädigte	180	200	1102.650 a (1)
	Weltorganisation für Meteorologie	450	280	1202.675 (11)
	Förderung der Sportwissenschaften	250	250	0602.610 (5)
	Beitrag an das Internationale Institut für Verwaltungswissenschaft in Brüssel	35	35	0602.675 b
	Versuchsgrube Tremonia	1 658	1 538	0902.600, 956
	Mittelstandsforschung	420	400	0902.614
	Forschungsarbeiten auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe	2 200	1 700	2302.302
	Summe J 39	36 859	31 613	
	Summe J 3	876 700	715 564	
J 4	**Allgemeine Förderungsmaßnahmen und Forschungsaufträge**			
	Wissenschaftliche Programme der NATO	2 700	2 800	0502.673 (2)
	Allgemeine Förderung der Wissenschaft	154 842	132 862	3102.600 (2), 605, 608, 619
	Studiengruppe für Systemforschung	650	—	3102.612
	Zuschüsse an wissenschaftliche Akademien	1 666	1 547	3102.621—624
	Wirtschaftliche Sicherung deutscher Gelehrter im Ausland	80	50	3102.650
	Förderung der Rückkehr deutscher Wissenschaftler aus dem Ausland	150	—	3102.652
	Forschung auf dem Gebiet des Gesundheitswesens	2 900	2 000	1502.620
	Abführung der Dividende der Volkswagenwerk AG an die »Stiftung Volkswagenwerk«	—	14 400	2402.600
	Summe J 4	162 988	153 659	
J 5	**Bibliotheken, Museen und Archive**			
51	**Bibliothekswesen**			
	Deutsche Bibliothek	2 476	1 877	0602.662, 951
J 52	**Museen**			
	Deutsches Gesundheitsmuseum, Köln	800	360	1502.668 (11)
	Freies Deutsches Hochstift	132	120	0602.660 (3)
	Stiftung »Preußischer Kulturbesitz«	16 900	14 246	0602.661
	Rhein-Museum, Koblenz	2	2	1202.676 (7)
	Deutsches Museum in München	200	200	0602.950 b
	Zuschuß für den Wiederaufbau der kriegszerstörten Teile des Germanischen National-Museums in Nürnberg	200	295	0602.950 a
	Schiller-Nationalmuseum	30	100	0602.660 (4 a)
	Summe J 52	18 264	15 323	
53	**Archivwesen**			
	Bundesarchiv in Koblenz	4 104	3 507	0613
	Deutsches Literaturarchiv (Zuschuß)	225	131	0602.660 (4 b)
	Summe J 5	25 069	20 838	
	Summe J	1 561 430	1 301 632	

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereich	Haushaltsplan 1966 – Reg.-Entw. –	Haushaltsplan 1965	Fundstelle im Haushaltsplan 1966
		— 1 000 DM —		
	Hinweis:			
	Bei anderen Funktionsbereichen nachgewiesen:			
	Wehrforschung (C 19)	(588 228)	(680 400)	1402.308, 309, 530
	Aus Atomkraft (P 5)	.	(135 364)	3103 (teilweise)
	Erziehungsbeihilfen an Studenten nach dem BVG (L 42)	.	(32 000)	0636.306 (teilweise)
	Aus dem Aufbauplan Berlin (W 13)	.	(31 360)	6005.570 b (1—4)
	Sonstiges	.	(7 726)	alle E. Pl.
	Zusammen	.	(886 850)	
	Ergibt den Gesamtbetrag entsprechend Anlage zu 3102.600	.	(2 188 482)	
	Außerdem: Bundesminister für wissenschaftliche Forschung (A 31)	(12 184)	(9 950)	3101
K	**Kunst, Volksbildung, Heimatpflege und kirchliche Angelegenheiten**			
K 1	**Theater, Film und Musik**			
	Auszeichnungen bester Jahresleistungen und sonstige fördernde Maßnahmen auf dem Gebiete des Filmwesens	5 000	5 900	0602.611
	Baumaßnahmen an den Festspielhäusern in Recklinghausen und Bayreuth	1 524	1 066	0602.971, 972
	Bau des Stadttheaters in Bonn (Zuschuß)	880	1 050	6002.625 a (b)
	Summe K 1	7 404	8 016	
K 3	**Heimatpflege**	—	—	
K 4	**Einzelne kulturelle Aufgaben**			
	Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (Beitrag)	6 654	4 135	0502.675 a
	Internationales Studienzentrum für Erhaltung und Wiederherstellung von Kulturgütern (Beitrag)	66	19	0502.675 b
	Förderung der UNESCO-Arbeit in der Bundesrepublik	1 020	514	0502.676
	Spende an das J. F. Kennedy-Kulturzentrum in Washington	—	500	0502.955
	Zuschüsse auf dem Gebiete des Bildungswesens	490	542	0602.657 b
	Förderung kultureller Bestrebungen in der Bundesrepublik	7 225	5 841	0602.660 (1)
	Förderung der kulturellen internationalen Beziehungen	650	585	0602.660 (2)
	Erhaltung und Wiederaufbau von Kulturbauten mit besonderer nationaler Bedeutung (Zuschüsse)	800	800	0602.660 (5)
	Grabmal des Reichspräsidenten Ebert	35	—	0602.955
	Kunstinstitute in Rom und Olevano	250	230	0602.970
	Naturschutzparke und Landschaftspflege	1 900	1 900	1002.604
	Erhaltung und Auswertung des kulturellen Heimaterbes der Heimatvertriebenen und zur Förderung der kulturellen Bestrebungen der Flüchtlinge (Zuschüsse)	1 900	1 750	2602.601
	Betreuung heimatloser Ausländer	1 700	1 600	2602.603
	Galerie des Deutschen Ostens (Zuschuß)	350	—	2602.951
	Kulturelle Maßnahmen im Zonenrandgebiet	9 000	7 000	2702.602 b
	Kulturpolitische Maßnahmen gesamtdeutschen Charakters in Berlin	12 860	12 860	2702.607
	Bau einer Kongreßhalle in Saarbrücken	500	1 422	2702.710
	Wiederaufbau des Charlottenburger Schlosses (aus Zuschuß zum Aufbauplan Berlin)	903	1 440	6005.570 b (6)
	Summe K 4	46 303	41 138	

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereich	Haushaltsplan 1966 — Reg.-Entw. —	Haushaltsplan 1965	Fundstelle im Haushaltsplan 1966
		— 1 000 DM —		
K 5	**Kirchliche Angelegenheiten**			
	Versorgung der heimatvertriebenen Seelsorger, Kirchenbeamten, Kirchenangestellten sowie ihrer Hinterbliebenen, Zuschuß an die evangelische und katholische Kirche sowie an Freikirchen	15 000	13 500	0602.605
	Dotationen des Bundes für die derzeitigen bischöflichen Verwaltungen der ostdeutschen Diözesen jenseits der Oder und Neiße	760	710	0602.606
	Evangelischer Kirchentag in Köln (Zuschuß)		400	0602.982
	Deutscher Katholikentag in Bamberg (Zuschuß)	400	—	0602.983
	Summe K 5	16 160	14 610	
	Summe K	68 867	63 764	
L	**Soziale Sicherung**			
L 1	**Arbeitsschutz und Arbeitsbeschaffung**			
11	**Arbeitsschutz, Gewerbeaufsicht**			
	Beiträge an deutsche und internationale Arbeitsorganisationen	3 621	3 311	1102.675
	Unfallverhütung und Gewerbehygiene (Bundesinstitut)	744	547	1104
	Summe L 11	4 365	3 858	
12	**Arbeitsbeschaffung**			
	Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (Grund- und verstärkte Förderung)			
	Darlehen	420	730	1111.580 a, 581 a
	Zuschüsse	3 200	3 950	1111.580 b
	Darlehen für Maßnahmen zur Förderung der Arbeitsaufnahme für Empfänger von Unterstützung aus der Arbeitslosenhilfe und für Heimkehrer	191	231	1111.535, 536
	Summe L 12	3 811	4 911	
15	**Europäischer Sozialfonds**			
	Beitrag zum Europäischen Sozialfonds	9 929	6 000	6006.621
19	**Einzelne Leistungen**			
	Berufliches Förderungsprogramm für die unselbständige Mittelschicht	42 500	36 100	1102.570, 571
	Zinsverbilligung für Darlehen zur Existenzgründung	1 300	1 300	1102.660
	Förderung der Arbeitsaufnahme in Berlin	12 500	11 500	1102.970
	Soziale Hilfsmaßnahmen für Arbeitnehmer der Kohle- und Stahlindustrie	8 932	7 992	6002.955 a-d
	Kapitalzuführung an das »Sondervermögen für berufliche Leistungsförderung«	—	50 000	6002.990
	Summe L 19	65 232	106 892	
	Summe L 1	83 337	121 661	

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereich	Haushaltsplan 1966 — Reg.-Entw. —	Haushaltsplan 1965	Fundstelle im Haushaltsplan 1966
		— 1 000 DM —		
L 2	**Sozialversicherung**			
21	**Versicherungsbehörden**			
	Bundesversicherungsamt	3 319	2 823	1106
22	**Rentenversicherung**			
	Zuschüsse des Bundes auf Grund der Rentenversicherungsneuregelungsgesetze	6 354 225	5 883 542	1113.600
	Minderausgabe infolge Zuteilung von Schuldbuchforderungen	— 750 000	— 750 000	1113.601
	Kosten der Nachversicherung gemäß Fremdrenten- und Auslandsrenten-Neuregelungsgesetz	100	300	1113.607
	Erstattung der Sonderzuschüsse an die Träger der Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten	130 200	151 900	1113.612
	Summe L 22	5 734 525	5 285 742	
23	**Knappschaftsversicherung**			
	Zuschuß des Bundes an die knappschaftliche Rentenversicherung auf Grund des Knappschaftsrentenversicherungs-Neuregelungsgesetzes	2 240 000	2 094 000	1113.602
	Zuschüsse an die Knappschafts-Krankenversicherung	40 500	32 500	1113.603
	Zuschüsse an die hüttenknappschaftliche Pensionsversicherung im Saarland	4 500	3 200	1113.613
	Summe L 23	2 285 000	2 129 700	
24	**Unfallversicherung**			
	Bundesausführungsbehörde für Unfallversicherung	2 752	2 428	1103
	Erstattung des Mehraufwandes der Träger der gesetzlichen Unfallversicherung an Verfolgte des Nationalsozialismus	15	20	1113.604
	Fremdrenten	30 000	30 000	1113.605
	Kosten der gesetzlichen Unfallversicherung für Bundesbetriebe, der BAfAVuAV, die Arbeitslosen sowie für sonstige Betriebe, für die der Bund Träger der UV ist	40 000	37 300	1113.609
	Summe L 24	72 767	69 748	
25	**Krankenversicherung**			
	Erstattung der Leistungen auf Grund des Mutterschutzgesetzes	160 000	160 000	1113.610
26	**Übrige Sozialversicherung**			
	Altershilfe für Landwirte	535 000	360 000	1002.608 a
	Landwirtschaftliche Unfallversicherung	230 000	250 000	1002.608 b
	Errichtung von Rehabilitationszentren für die Spezialbehandlung bestimmter Verletzten- und Krankheitsgruppen (Darlehen und Zuschüsse)	4 300	4 000	1102.580
	Erstattungen der Aufwendungen der Heimkehrer-Krankenhilfe	900	500	1113.606
	Erstattung der Fürsorgeleistungen saarländischer Versicherungsträger an Versicherte im Zusammenhang mit einer versicherungspflichtigen Beschäftigung außerhalb des Saarlandes	20	50	1113.615
	Leistungen des Bundes auf Ansprüche der Rentenversicherungsträger für die Zeit vor dem Inkrafttreten der Rentenversicherungs-Neuregelungsgesetze	5	10	1113.622
	Zusätzliche Versicherung der Angestellten und Arbeiter des Landes Berlin bei der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder	900	900	6002.322
	Zahlungen gemäß Fremd- und Auslandsrenten-Neuregelungsgesetz	400	300	6004.142
	Summe L 26	771 525	615 760	
	Summe L 2	9 027 136	8 263 773	

Kennziffer	Aufgabenbereich	Haushaltsplan 1966 — Reg.-Entw. —	Haushaltsplan 1965	Fundstelle im Haushaltsplan 1966
		— 1 000 DM —		
L 3	**Kindergeld**			
	Leistungen nach den Kindergeldgesetzen	2 792 800	2 709 000	2902.300, 305
	Verwaltungskostenpauschale an BAfAVuAV	50 200	55 000	2902.303
	Summe L 3	2 843 000	2 764 000	
L 4	**Sozialhilfe und andere Leistungen**			
41	**Arbeitslosenhilfe**			
	Unterstützung aus der Arbeitslosenhilfe	39 960	38 000	1111.300
	Förderung der Arbeitsaufnahme, Berufsbildungsmaßnahmen (Zuschüsse)	900	1 000	1111.301
	Arbeitslosengeld und Berufsfürsorge für Heimkehrer	246	287	1111.302
	Durchführung der Arbeitslosenhilfe (Verwaltungskostenpauschale an BAfAVuAV)	2 247	2 214	1111.303
	Zuschüsse zur Arbeits- und Berufsförderung für geistig und körperlich behinderte Empfänger von Unterstützung aus der Arbeitslosenhilfe	280	360	1111.305
	Summe L 41	43 633	41 861	
42	**Allgemeine Sozialhilfe — Kriegsfolgenhilfe**			
	Unterstützungen und Beihilfen für Deutsche im Ausland	300	360	0502.305
	Kosten der Sozialhilfe (Pauschale)	131 152	188 204	0636.300
	Kosten der Sozialhilfe für Zugewanderte aus der sowj. Besatzungszone und der Stadt Berlin	28 000	28 000	0636.305
	Kosten der Sozialhilfe für Flüchtlinge aus Ungarn	270	210	0636.308
	Soziale Fürsorge und Darlehen für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene	285 000	210 200	0636.306, 531
	Fahrgelderstattung für Beförderung Schwerbeschädigter	68 800	· ·	0636.600
	Kosten der Kriegsfolgenhilfe aus der Zeit vor dem 1. April 1955	300	300	0636.960
	Leistungen nach dem Häftlingshilfegesetz	10 000	8 000	1110.306
	Tuberkulosehilfe			
	Zuschuß an die Rentenversicherung	48 000	48 000	1113.608
	Zuschuß an Träger der Sozialhilfe	16 500	16 500	0602.677 a (1)
	Kosten der Rückführung von Deutschen	8 000	6 060	2602.311
	Hilfsmaßnahmen für Deutsche aus der Sowjetzone	156 000	115 400	2602.533, 534, 570, 604, 607
	Eingliederung geflüchteter und vertriebener Müller	30	90	2602.608
	Härteausgleich bei Vergewaltigungen	900	1 000	6004.302
	Beihilfen an Vertriebene im Ausland	6 000	3 000	6004.320
	Summe L 42	759 252	625 324	
43	**Allgemeine Sozialhilfe / Einrichtungen**			
	Marburger Blindenstudienanstalt und andere Einrichtungen der Blinden-, Schwerbeschädigten- und Körperbehindertenfürsorge	550	550	0602.677 b (6)
	Grenzdurchgangs- und Notaufnahmelager (Pauschale)	15 877	20 111	0636.301
	Sonstige Durchgangs- und Wohnlager (Pauschale)	50 537	63 680	0636.302
	Notaufnahmeverfahren (Dienststellen)	2 526	2 379	2603
	Summe L 43	69 490	86 720	
44	**Jugendhilfe / Jugendpflege**			
	Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften	181	118	0631
	Für Mitarbeit bei der Vorprüfung jugendgefährdender Schriften	30	30	0602.310
	Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfen eV. (Zuschuß)	11	11	0702.602
	Durchführung des Bundesjugendplanes in Berlin	3 600	3 600	2702.605
	Jugendgästehaus in Berlin	632	900	2702.711
	Bundesjugendplan	56 515	53 795	2902.571 (teilweise)
	Deutsch-französisches Jugendwerk	20 000	20 000	2902.676
	Summe L 44	80 969	78 454	

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereich	Haushaltsplan 1966 — Reg.-Entw. —	Haushaltsplan 1965	Fundstelle im Haushaltsplan 1966
		— 1 000 DM —		
46	**Förderung der freien Wohlfahrtspflege**			
	Internationales Rotes Kreuz	150	150	0502.666
	Weltkinderhilfswerk UNICEF (Beitrag)	6 000	6 000	0502.668
	Unterstützung und Förderung der Arbeit des Deutschen Roten Kreuzes (Zuschuß)	270	270	1502.603
	Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege (Darlehen)	10 500	10 500	0602.570
	Transportkosten für Liebesgabensendungen	1	10	0602.677 a (3)
	Zuschüsse an in Deutschland tätige ausländische Wohlfahrtsorganisationen	6	10	0602.677 a (4)
	Summe L 46	16 927	16 940	
49	**Allgemeine soziale Aufgaben**			
	Deutsche Seemannsheime im Ausland	400	355	0502.313
	Förderung deutscher Hilfsvereine im Ausland	420	400	0502.314
	Beitrag zum Flüchtlingsfonds der Vereinten Nationen	1 200	1 200	0502.674 a
	Förderung des Hilfsprogramms der Vereinten Nationen für arabische Flüchtlinge aus Palästina	5 000	2 000	0502.674 b
	Zuschuß zu den Aufwendungen für die Unterstützung hilfsbedürftiger Deutscher im Ausland	2 800	2 800	0602.677 a (2)
	Zentrale Maßnahmen auf dem Gebiet der Sozialhilfe	33 630	32 335	0602.677 b (1, 2, 3, 5, 7)
	Anerkennung ausländischer Flüchtlinge (Bundesdienststelle, Nürnberg)	1 524	1 048	0633
	Gesellschaft für sozialen Fortschritt, Bonn	10	9	1102.605
	Wohngeld nach dem Wohngeldgesetz	100 000	20 070	2502.619
	Förderung von Flüchtlingsorganisationen	530	480	2702.601
	Betreuung von Besuchern aus der Sowjetzone, Förderung des Interzonenreiseverkehrs	95 000	101 200	2702.603
	Besondere Hilfsmaßnahmen gesamtdeutschen Charakters	44 000	43 800	2702.606
	Zuschüsse an Familienorganisationen	255	225	2902.660, 675
	Zuschuß für Familienferienheime	4 000	4 000	2902.661
	Ehe- und Elternberatung	350	325	2902.662
	Zuschüsse zu den Sozialwerken der Bundesverwaltung	1 400	1 300	6002.610
	Abdeckung der Verpflichtungen des Landes Berlin gegenüber der AOK Berlin	78 000	63 500	6005.570 c
	Ausgaben des Landes Berlin für Familiengründungsdarlehen (Zuschuß)	34 000	38 000	6005.570 d
	Summe L 49	402 519	313 047	
	Summe L 4	1 372 790	1 162 346	
L 5	**Lastenausgleich**			
51	**Verwaltung**			
	Bundesausgleichsamt	4 074	3 786	2605
	Vom Bund zu leistende Verwaltungskosten	245 990	220 557	6004.603, 604
52	**Leistungen**			
	Zuschuß an den Ausgleichsfonds	233 292	283 367	6004.600
	Verstärkung des Härtefonds	64 000	76 000	6004.601
	Summe L 5	547 356	583 710	
L 6	**Kriegsopferversorgung**			
61	**Verwaltung**			
	Versorgungsbauten	—		(1110.711)

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereich	Haushaltsplan 1966 — Reg.-Entw. —	Haushaltsplan 1965	Fundstelle im Haushaltsplan 1966
		— 1000 DM —		
62	**Leistungen**			
	Versorgungsbezüge	4 412 755	4 765 961	1110.300
	Einmalige Unterstützungen	6 500	6 700	1110.302
	Heilbehandlung	395 000	385 000	1110.303
	Heilbehandlung nach dem Vertrag mit Österreich	500	—	1110.304
69	**Fachliche Fortbildung u. a.**			
	Zuschüsse an Anstalten und Einrichtungen	320	320	1102.650 a (2 u. 3)
	Fachliche Fortbildung im Versorgungswesen (Zuschüsse)	250	250	1102.650 b u. c
	Summe L 6	4 815 325	5 158 231	
L 7	**Sonstige soziale Kriegsfolgeleistungen**			
72	**Leistungen an ehemalige Kriegsgefangene und politische Häftlinge**			
	Entschädigungen an ehemalige Kriegsgefangene	53 000	80 000	2602.307
	Eingliederungshilfen an ehemalige politische Häftlinge	6 000	4 000	2602.308
	Existenzaufbau, Beschaffung von Wohnraum (Darlehen)	5 000	7 000	2602.530
	Beihilfen zur Beschaffung von Hausrat	50	150	2602.605
	Summe L 72	64 050	91 150	
75	**Umsiedlung und Auswanderung**			
	Repatriierung von Angehörigen der Ostblockstaaten, soweit der Bund die Kosten zu tragen hat	1	1	0502.315
	Auswanderung von Kriegsfolgehilfeempfängern (Pauschale)	1 182	1 496	0636.303
	Zwischenstaatliches Komitee für Europäische Auswanderung/ICEM	2 839	2 781	0636.675
	Rückführung von Evakuierten	407	539	2602.309, 310
	Umsiedlung von Heimatvertriebenen (Pauschale)	6 084	7 707	2602.312
	Summe L 75	10 513	12 524	
76	**Betriebliche Altersfürsorge**			
	Zuschuß zum Ausgleich von Härten	800	1 000	1102.600
	Pensionskasse Eisen- und Straßenbahnen (Zuschuß)	35 100	34 400	6004.641
	Saarländische Pensions- und Sterbekassen (Zuschuß)	687		6004.961
79	**Übrige soziale Kriegsfolgeleistungen**			
	Unterhaltsbeihilfen für Angehörige von Kriegsgefangenen	1 000	1 000	1110.305
	Maßnahmen für im ausländischen Gewahrsam befindliche Kriegs-, Straf- und Untersuchungsgefangene, Internierte und deren Angehörige	3 704	5 003	2602.301, 303, 304
	Unterstützungen für ehemalige Gefangene und Aussiedler	5 000	5 000	2602.305
	Summe L 7	120 854	150 077	
	Summe L	18 809 798	18 203 798	
	Hinweis:			
	Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (siehe A 3)	(19 042)	(14 657)	1101 (ohne 306), 1102.603, 980
	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (siehe A 3)	(6 005)	(5 405)	2601, 2602.300

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereich	Haushaltsplan 1966 — Reg.-Entw. —	Haushaltsplan 1965	Fundstelle im Haushaltsplan 1966
		— 1 000 DM —		
M	**Gesundheit, Sport und Leibesübungen**			
M 1	**Gesundheit**			
19	**Einzelne Förderungsmaßnahmen**			
	Weltkongreß der Gesellschaft für Rehabilitation Behinderter	275	—	0602.984
	Heime des Müttergenesungswerkes (Zuschuß)	3 000	3 000	0602.677 b (3)
	Darlehen zur Deckung des Nachholbedarfs freier gemeinnütziger Krankenanstalten	24 000	21 000	1502.571
	Gesundheitsstatistischer Atlas	120	120	1502.600
	Medizinische Sondereinrichtungen	4 000	1 500	1502.610
	Reinhaltung der Luft	2 000	—	1502.640
	Ausbildung von Gesundheitsingenieuren	30	30	1502.651
	Volksgesundheitliche Bestrebungen, Bekämpfung menschlicher Krankheiten, Bekämpfung der Suchtgefahren	1 315	1 365	1502.668 (ohne 4 u. 11)
	Blutspendewesen (Zuschüsse)	450	600	1502.669
	Erfahrungsaustausch über gemeingefährliche und übertragbare Krankheiten	120	120	1502.671
	Ausbildung von Ärzten für internationale Behörden	143	—	1502.673
	Fachkliniken für »Contergan«-Fälle	1 000	1 200	1502.962 b
	Zuschüsse zu internationalen Kongressen	282	550	1502.964—974 (o. 971)
	Beiträge:			
	Weltgesundheitsorganisation	11 688	8 187	1502.675 a
	Sonstige internationale Gesundheitsorganisationen	1 087	473	1502.675 b-g
	Zur Erfüllung von Aufgaben des internationalen Gesundheitswesens	80	60	1502.672
	Krankenhaus in Bad Godesberg (Darlehen)	1 600	—	6002.625 b
	Summe M 1	51 190	38 202	
M 2	**Sport und Leibesübungen**			
	Zentrale Maßnahmen auf dem Gebiet des Sports und der Leibesübungen, Spitzenfinanzierung von Turn- und Sportstätten	45 280	40 380	0602.610 (ohne 5), 973
	Summe M	96 470	78 582	
	Hinweis:			
	Bundesministerium für das Gesundheitswesen (s. A 3)	(8 716)	(6 668)	1501
N	**Ernährung, Landwirtschaft und Forsten**			
N 1	**Ernährung und Landwirtschaft**			
11	**Allgemeine Förderungsmaßnahmen**			
	(Förderungszuschüsse/Darlehen)			
	Stabilisierungsfonds für Wein (Darlehen)	—	2 000	1002.569
	Allgemeine Förderungsmaßnahmen	20	30	1002.600
	Förderung der bäuerlichen Hauswirtschaft (Grüner Plan)	—	40 000	1002.610
	Bekämpfung der pflanzlichen und tierischen Schädlinge	1 476	1 586	1002.614
	Förderung des Einsatzes von Maschinen und technischen Anlagen	200	20 200	1002.607
	Förderung der Produktivität	21 000	22 080	1002.620
	Durchführung von Qualitätskontrollen	10 500	10 500	1002.621
	Förderung der Verbundwirtschaft	118 500	119 920	1002.622, 623

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereich	Haushaltsplan 1966 - Reg.-Entw. -	Haushaltsplan 1965	Fundstelle im Haushaltsplan 1966
		— 1 000 DM —		
noch: N 11	Förderung der Milchwirtschaft			
	a) Kühl- und Transporteinrichtungen	—	6 000	1002.630 a
	b) Schulmilchspeisungen	—	10 000	1002.630 b
	c) Milchautomaten	—	500	1002.630 c
	Kosten der Stillegung von Mühlen	11 810	11 100	1002.668, 669
	Investitionshilfe für landwirtschaftliche Betriebe	133 500	380 000	1002.959
	Erstattung der für bestimmte Niederungsgebiete zu erlassenden Lastenausgleichsabgaben an den LAF	—	14 000	1002.963
	Maßnahmen zur Milderung der Ernte-, Frost- und Hochwasserschäden	60	80	1002.970
	Summe N 11	297 066	637 996	
12	**Einrichtungen zur Förderung der Landwirtschaft**			
	Außenhandelsstelle für Erzeugnisse der Ernährung und Landwirtschaft	7 790	5 946	1007
	Bundesamt für Sortenschutz	3 129	2 912	1008
14	**Vorratshaltung**	365 480	285 584	1003.620, 621
15	**Grüner Plan 1965** (einschließlich Anpassungshilfe für die Landwirtschaft)	(3 169 600)	(3 289 600)	(aufgeteilt)
18	**Subventionen**			
	Einkaufsbeihilfen für landwirtschaftliche Maschinen an gewerblich-landwirtschaftliche Lohnunternehmen	—	9 800	1002.618 b (1)
	Zinsverbilligung zur Förderung agrar- und ernährungswirtschaftlicher Maßnahmen	329 600	320 100	1002.673 (ohne e)
	Betriebsbeihilfen zur Verbilligung von Gasöl			
	a) nach dem Verkehrsfinanzgesetz vom 6. April 1955	223 655	209 000	1002.679 a
	b) nach dem Grünen Plan	132 000	172 000	1002.679 b
	Ausgleichsbeträge zur Förderung der deutschen Eier- und Geflügelwirtschaft	400	1 775	1002.958
	Erhöhung des Auszahlungspreises für Qualitätsmilch	700 000	670 000	1002.961
	Ausgleichsbeträge für eingeführtes Getreide	1 000	750	1003.622
	Erstattung bei der Ausfuhr landwirtschaftl. Erzeugnisse	70 000	70 000	1003.623
	Frachthilfe für Getreidetransporte	23 000	24 600	1003.624
	Verbilligung von ausländischem Brotgetreide für Berlin	4 700	3 000	1003.625
	Beihilfen zur Erzeugung von Kartoffelstärke	4 650	5 000	1003.626
	Förderung des Absatzes von Ölfrüchten	11 625	12 500	1003.627
	Preisausgleich für eingeführten Zucker	1 430	2 500	1003.951
	Stützungsmaßnahmen für Cheddarkäse	600	—	1003.955
	Summe N 18	1 502 660	1 501 025	

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereich	Haushaltsplan 1966 — Reg.-Entw. —	Haushaltsplan 1965	Fundstelle im Haushaltsplan 1966
		— 1 000 DM —		
19	**Sonstige Maßnahmen**			
	Ausbildungswesen			
	Berufs- und Fachausbildung auf dem Lande (Zuschüsse)	23 584	24 005	1002.603
	Verbraucherberatung, Absatzförderung			
	Verbraucherberatung, Ernährungsaufklärung, Absatzförderung	4 333	3 611	1002.650, 651
	Beiträge an internationale Organisationen			
	(Weizenrat, Zuckerrat, Kommission der Ernährungsindustrie, Weinamt, Milchwirtschaftsverband, Vereinigung für Samenkontrolle, Europ. Pflanzenschutzorganisation, Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der UN (FAO), Vereinigung für hauswirtschaftlichen Unterricht)	9 261	5 805	1002.675 (1—3, 5, 8, 9, 11, 14, 17, 18)
	Beitrag zum Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds	150 000	117 678	6006.630
	Sonstiges			
	Herausgabe von Veröffentlichungen	130	122	1001.301
	Kosten der deutschen Verbindungsstelle zur FAO	17	99	1001.305
	Marktberichterstattung	243	243	1002.606 (4)
	Erhebungen auf dem Gebiet der Land- und Ernährungswirtschaft (Feststellungen zur Ertragslage, Berichterstatterdienst)	3 709	3 540	1002.670
	Summe N 19	191 277	155 103	
	Summe N 1	2 367 402	2 588 566	
N 2	**Tierzucht**			
21	**Förderung der Tierzucht und Tiergesundheit**			
	Tierseuchenberichterstattung	22	19	1001.302
	Tierseuchenbekämpfung	1 400	1 500	1002.615 (a und b)
	Förderung der Zucht des Warmblutpferdes Trakehner Abstammung	18	18	1002.606 (3)
29	**Beiträge und Zuschüsse**			
	an den Deutschen Tierschutzbund	30	38	1002.606 (2)
	zum Internationalen Tierseuchenamt	92	31	1002.675 (4)
	zur Europäischen Vereinigung für Tierzucht, Rom, und zur Internationalen tierärztlichen Föderation für Tierzucht, Paris	7	5	1002.675 (10, 15)
	Summe N 2	1 569	1 611	
N 3	**Forsten**			
31	**Förderung der Forst- und Holzwirtschaft**	171	177	1002.606 (1, 5, 6)
	(Staatsforsten siehe unter V 31)			
N 4	**Jagd und Fischerei**			
41	**Allgemeine Förderung der Fischerei**			
	Förderung der Fischerei			
	Darlehen	1 716	6 700	1002.585 a (o. 1 a, 4)
	Zuschüsse	9 650	9 976	1002.585 b

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereich	Haushaltsplan 1966 — Reg.-Entw. —	Haushaltsplan 1965	Fundstelle im Haushaltsplan 1966
		— 1 000 DM —		
47	**Fischereischutzboote**			
	Betrieb der Fischereischutzboote	2 342	2 159	1001.400
	Anschaffung eines Fischereischutzbootes	4 000	100	1001.952
48	**Subventionen**			
	Zur Verbilligung von Kapitalmarktmitteln für die Hochseefischerei	3 988	3 970	1002.673 e
	Marktstützung und Förderung des Fischabsatzes (gedeckt aus Abgaben gemäß Fischgesetz vom 31. August 1955)	850	850	1003.677
	Preishilfen für die Fischerei zur Verbilligung von Gasöl	3 200	3 200	1002.585 b (4)
49	**Jagd- und Fischereikosten u. a.**			
	Beiträge zum Internationalen Jagdrat, zur Internationalen Überfischungskonvention und zur Nordwestatlantischen Fischereikonvention	27	27	1002.675 (7, 12, 16)
	Summe N 4	25 773	26 982	
N 5	**Ländliches Siedlungswesen**			
51	**Förderung der ländlichen Siedlung**			
	Darlehen	260 600	259 500	1002.571 a
	Zuschüsse	86 900	94 720	1002.571 b
	Seßhaftmachung von verheirateten Landarbeitern	17 000	25 000	1002.965
	Ablösung von Flüchtlingssiedlungskrediten im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms 1949/50	150	150	6002.550
	Summe N 5	364 650	379 370	
N 6	**Agrarstrukturelle Maßnahmen, Flurbereinigung**			
61	**Verbesserung der Agrarstruktur**			
	Förderung der Flurbereinigung			
	Darlehen	—	—	(1002.572 a)
	Zuschüsse	291 500	280 000	1002.572 b
	Aufstockung und Aussiedlung landwirtschaftlicher Betriebe, agrarstrukturelle Maßnahmen (Grüner Plan)			
	Darlehen	269 500	250 000	1002.573
	Zuschüsse	258 000	240 000	1002.573 b
	Ausbau der Wirtschaftswege	80 000	100 000	1002.574
	Summe N 6	899 000	870 000	
	Summe N	3 658 565	3 866 706	
	Hinweis:			
	Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (siehe A 3)	(20 646)	(17 246)	1001.100—299, 850—880
O	**Wasser- und Kulturbau, Wasserversorgung**			
O 1	**Allgemeine wasserwirtschaftliche Maßnahmen**			
	Wasserwirtschaftliche und landeskulturelle Maßnahmen			
	Darlehen	—	15 000	1002.575 a
	Zuschüsse	126 300	117 600	1002.575 b
	Summe O 1	126 300	132 600	

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereich	Haushaltsplan 1966 – Reg.-Entw. –	Haushaltsplan 1965	Fundstelle im Haushaltsplan 1966
		— 1 000 DM —		
O 2	**Erschließungsmaßnahmen**			
	Zuschüsse zur Erschließung des Emslandes	32 500	35 000	1002.616
	Zuschüsse für Erschließungsmaßnahmen im Landesteil Schleswig (Nordprogramm)	28 800	31 000	1002.617
	Summe O 2	61 300	66 000	
O 6	**Talsperren**	—	—	
O 7	**Wasserversorgung**			
71	**Ländliche Wasserversorgung, Kanalisation, Abwässerbeseitigung und -verwertung**			
	Darlehen	—	—	(1002.576 a)
	Zuschüsse	28 100	50 000	1002.576 b
O 8	**Küstenschutz, Dünenwesen**			
	Förderung besonderer Vorhaben auf dem Gebiet der Wasserwirtschaft und Landeskultur im Küstengebiet (Zuschüsse)	141 500	146 500	1002.619
O 9	**Sonstige Aufgaben**			
	Beitrag zur internationalen Kommission für Be- und Entwässerung	4	3	1002.675 (13)
	Wasserkongreß Berlin (Zuschuß)	70	20	1502.971
	Abwasserkonferenz München 1966	131	—	1502.975
	Summe O 9	205	23	
	Summe O	357 405	395 123	
P	**Wirtschaft**			
P 1	**Allgemeine Förderung**			
12	**Notstands- und Grenzgebiete, wirtschaftliche Hilfsmaßnahmen im Inland**			
	Regionale Hilfsmaßnahmen zur Steigerung der Wirtschaftskraft			
	Darlehen	85 000	85 000	6002.571 a
	Zuschüsse	55 500	54 000	6002.571 b
	Zuschuß für die Übergangshilfe zur Förderung des Absatzes saarländischer Erzeugnisse	375	2 000	6002.601
	Summe P 12	140 875	141 000	
19	**Internationale Zusammenarbeit u. ä.**			
	Erhaltung des deutschen Auslandsvermögens	40	40	0501.964
	Beitrag an die Europäische Wirtschaftskommission (ECE)	1 050	700	0502.615
	Beitrag zur Welthandelskonferenz	2 100	—	0502.667
	Für Informationen über ausländische Wirtschaftsgesetze	190	190	0901.301
	Wirtschaftlicher Erfahrungsaustausch	200	235	0901.307
	Kosten der Teilnahme an internationalen Veranstaltungen	110	200	0901.952
	Tagung der internationalen Blei- und Zinkstudiengruppe	100	—	0901.955

505 252 5850 2. 66

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereich	Haushaltsplan 1966 — Reg.-Entw. — (1 000 DM)	Haushaltsplan 1965 (1 000 DM)	Fundstelle Haushaltsplan 1966
noch: 19	Auslagen der deutschen Vertreter in internationalen Organisationen	120	120	0902.309
	Veröffentlichungsverpflichtungen im Rahmen der amerikanischen Wirtschaftshilfe und Aufklärung über die Privatisierung des Bundesvermögens	400	400	2402.300
	Beitrag zum Verwaltungshaushalt der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft	52 000	42 000	6006.620
	Beitrag zur Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit (OECD)	15 743	14 460	6006.625
	Summe P 19	72 053	58 345	
	Summe P 1	212 928	199 345	
P 2	**Bergbau**			
22	**Förderungsmaßnahmen**			
	Förderung der Rationalisierung im Steinkohlenbergbau	50 000	40 000	0902.963
	Energiepolitische Maßnahmen	6 000	26 075	0902.966
	Einlagerung von Kohlen	30 000	—	0902.972
	Förderung des Abbaues und der Aufbereitung von Uranvorkommen	1 700	1 200	3103.611
28	**Subventionen**			
	Frachthilfe für die Beförderung von Steinkohlen	72 000	85 000	0902.965
	Beihilfen und Darlehen an die Erdölgewinnungsindustrie	345 200	425 200	0902.968
29	**Einzelne Maßnahmen**			
	Zeitschrift für Bergrecht und Bergwesen (Kostenzuschuß)	17	17	0901.302
	Summe P 2	504 917	577 492	
P 3	**Elektrizitätsversorgung**			
	Zuschüsse zur Durchführung der Restelektrifizierung	—	1 500	1002.617
	Summe P 3	—	1 500	
P 4	**Gasversorgung**	—	—	
P 5	**Atomkraft**			
	Zuschüsse für Patentanmeldungen im öffentlichen Interesse	10	5	3103.608
	Förderung der Entwicklung der Atomtechnik	13 000	12 000	3103.610
	Förderung der Reaktorsicherheit	2 000	1 660	3103.612
	Atomtechnik und Strahlennutzung	8 000	9 800	3103.620
	Berufliche Fortbildung auf dem Gebiete des Strahlenschutzes	—	12	3103.631
	Zuschuß an die Gesellschaft für Kernenergieverwertung in Schiffbau und Schiffahrt, Hamburg	11 449	15 265	3103.644, 963
	Institut für Reaktorsicherheit beim TÜV Essen	440	—	3103.648
	Beitrag an die internationale Atomenergieorganisation	2 834	2 074	3103.677
	Gesellschaft für Kernverfahrenstechnik, Jülich	—	—	(3103.890)
	Ankauf von Kernbrennstoffen	1 400	1 500	3103.958
	Kernforschungszentrum Karlsruhe (Investitionszuschuß)	8 000	16 614	3103.960 b
	Förderung der Projektierung und Errichtung von Versuchsreaktoren und Demonstrationskraftwerken	155 000	74 000	3103.970 a und b
	Förderung von Versuchsanlagen für die Atom- und Isotopentechnik	263	75	3103.975

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereich	Haushaltsplan 1966 — Reg.-Entw. —	Haushaltsplan 1965	Fundstelle im Haushaltsplan 1966
		— 1 000 DM —		
noch: P 5	Anlagen zur Wiederaufbereitung bestrahlter Kernbrennstoffe	11 000	1 600	3103.976
	Beitrag zur Europäischen Atomgemeinschaft	18 000	16 000	6006.623
	Einzahlung auf den Kapitalanteil bei der EUROCHEMIC	1 710	2 850	6006.892
	Betriebszuschuß zu EUROCHEMIC	—	—	(6006.632)
	Summe P 5	233 106	153 455	
P 6	**Gewerbe und Handel**			
62	**Einrichtungen zur Gewerbeförderung**			
	Patentwesen (Deutsches Patentamt)	48 483	38 838	0705
	Durchführung von Rechtsvorschriften für die gewerbliche Wirtschaft (Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft)	9 125	7 754	0905
	Außenhandelsinformation (Bundesstelle für —)	4 691	3 886	0906
	Kartellwesen (Kartellamt)	4 005	3 445	0908
	Institut für chemisch-technische Untersuchungen	2 961	2 994	0911
	Summe P 62	69 265	56 917	
63	**Handwerk und Kleingewerbe**			
	Getränkeschankanlagen (Prüfstelle für —)	25	25	0902.306
	Förderung des Handwerks	10 335	10 600	0902.601 (2—8)
64	**Handel, Export und einzelne Gewerbezweige**			
	Pflege der Wirtschaftsbeziehungen zum Ausland	2 360	1 960	0902.606
	Förderung des Handels, Hotel- und Gaststättengewerbes	3 200	3 000	0902.610
	Förderung der Luftfahrtindustrie	25 000	18 000	0902.617
	Strukturverbesserung in der Baumwollindustrie	1 920	—	0902.970
	Förderung des Ausländerreiseverkehrs nach Deutschland	8 500	7 500	1202.601
	Darlehen zum Bau von Handelsschiffen	50 000	30 000	1202.952
	Summe P 64	90 980	60 460	
65	**Bürgschaften**			
	Inanspruchnahme aus Bürgschafts-, Gewähr- oder anderen ähnlichen Zwecken dienenden Verträgen (einschl. der anfallenden Kosten)	—	—	(3208.525)
68	**Subventionen**			
	Betriebsbeihilfen für versteuertes Gasöl an gewerbliche und sonstige Betriebe der Wirtschaft	37 000	35 000	0902.679
	Zinsverbilligung bei der Umschuldung von Krediten von Flüchtlingsbetrieben	400	500	0902.954
	Zinsverbilligung bei der Umschuldung von Krediten von Kriegssachgeschädigten-Betrieben	275	300	0902.957
	Zinsbeihilfen für private Darlehen zum Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte; Abwrackhilfen	7 700	32 900	1202.950, 951
	Übergangshilfen für die Mineralölindustrie	27 900	35 000	6002.954, 956
	Summe P 68	73 275	103 700	

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereich	Haushaltsplan 1966 — Reg.-Entw. —	Haushaltsplan 1965	Fundstelle im Haushaltsplan 1966
		— 1 000 DM —		
69	**Sonstige Maßnahmen**			
	Messen			
	Förderung des deutschen Messewesens	160	160	0902.603
	Beteiligung an ausländischen Messen (Kostenbeitrag)	13 000	10 000	0902.602
	Ausstellungen, Messen und Ausfuhrwerbung	7 208	7 750	1002.652
	Beiträge an			
	West-Ost-Handelssekretariat	20	20	0502.679
	Internationale Organisationen	1 532	1 285	0902.675
	Beschaffung wirtschaftlichen Materials zu Außenhandelszwecken	140	120	0502.300
	Betriebsprüfungen im Auftrage Dritter	50	125	0901.300
	Untersuchung über Wettbewerbsgleichheit von Presse, Funk, Fernsehen und Film	300	700	0901.954
	Förderung der Betriebsberatung	500	1 000	0902.611
	Verbraucherberatung und Warentest	4 600	2 600	0902.615
	An Frauenverbände für hauswirtschaftliche Beratung	100	100	0902.608
	Beteiligung an der Weltausstellung 1967 in Montreal	22 000	3 000	0902.951
	Summe P 69	49 610	26 860	
	Summe P 6	293 490	258 562	
P 7	**Bank- und Versicherungswesen**			
72	**Einrichtungen für das Bank- und Versicherungswesen**			
	Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen	2 605	1 932	0910
	Bundesaufsichtsamt für das Versicherungs- und Bausparwesen	5 692	4 918	0904
79	**Sonstige Maßnahmen**			
	Deutsch-Schweizerische Vertrauensstelle für Goldhypotheken (Kostenanteil des Bundes)	5	5	0901.304
	Abwicklung von Ansprüchen aus Hinterlegungen bei Berliner Hinterlegungsstellen	5	5	0902.955
	Summe P 7	8 307	6 860	
P 8	**Maßnahmen der Entwicklungshilfe** *)			
	Deutscher Ausschuß für den Kampf gegen den Hunger in der Welt	60		1002.606 (7)
	Förderung von Entwicklungsländern	1 203 000	538 000	2302.300, 301, 304, 570/ A 2302.570, 611
	Berufliche Ausbildung von Angehörigen der Entwicklungsländer	20 000	20 000	2302.303
	Förderung der gesellschaftspolitischen Erziehung in Entwicklungsländern	11 500	11 500	2302.305
	Ausbildung von Nachwuchskräften für die Entwicklungshilfe	4 500	4 000	2302.306
	Deutscher Entwicklungsdienst	17 600	8 620	2302.310
	Lieferung von Sachgütern an Entwicklungsländer	5 000	5 000	2302.320
	Betreuung von Delegationen und Besuchergruppen	90	80	2302.330
	*) soweit nicht anderen Funktionsbereichen zugeordnet. Gesamtleistungen auf dem Gebiete der Entwicklungshilfe	(1 788 195)	(940 381)	Anlage zu Epl. 23 02

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereich	Haushaltsplan 1966 — Reg.-Entw. —	Haushaltsplan 1965	Fundstelle im Haushaltsplan 1966
		— 1 000 DM —		
noch: P 8	Beobachtung der Wirkung der deutschen Entwicklungshilfe	1 500	1 700	2302.331
	Sicherung deutscher Fachkräfte in Entwicklungsländern	350	350	2302.350
	Unterrichtung der Öffentlichkeit über Entwicklungshilfe	3 000	3 000	2302.332
	Entwicklungsgesellschaft	10 000	15 000	A 2302.571
	Lieferung von Ernährungsgütern an Entwicklungsländer	12 000	12 000	2302.572, 645
	Förderung der Landwirtschaft in Entwicklungsländern	12 500	11 000	2302.573, 574
	Förderung des Handels der Entwicklungsländer	450	450	2302.575
	Deutsche Stiftung für Entwicklungsländer	8 164	8 400	2302.600
	Vorhaben der Kirchen in Entwicklungsländern	55 000	54 000	2302.610
	»Deutsches Institut für Entwicklungspolitik« (Zuschuß)	838	760	2302.620
	Indusbecken-Entwicklungsfonds	30 000	20 291	2302.640
	Sonderfonds der Vereinten Nationen	37 300	33 000	2302.641
	Zinsvergünstigung für Darlehen an Griechenland	853	420	2302.643
	Beitrag zur Finanzhilfe der EWG an die Türkei	25 000	15 000	2302.644
	Beteiligung am Grundkapital der Internationalen Entwicklungsorganisation (IDA)	96 800	96 074	2302.893
	Beteiligung am Grundkapital der Asiatischen Entwicklungsbank	12 000	—	2302.895
	Summe P 8	1 567 505	858 645	
	Summe P	2 820 253	2 055 859	
	Hinweis:			
	Bundesministerium für Wirtschaft (siehe A 3)	(40 365)	(34 431)	0901.100—299, 710—950
	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (s. A 3)	(8 312)	(5 369)	2301
Q	**Gemeindliche Anstalten und Einrichtungen**			
Q 1	**Förderung kommunaler Vorhaben**			
	Wasserversorgung, Kanalisation und Müllverbrennungsanlage Bonn/Bad Godesberg	3 536	1 175	6002.625 b (d, e)
	Klärwerk Marienfelde, Müllverbrennung, Stadtentwässerung und Stadtreinigung in Berlin (Darlehen)	55 200	40 500	6005.571 (3, 4, 5, 6)
	Summe Q	58 736	41 675	
	Verkehr			
R 1	**Allgemeine Verkehrsmaßnahmen**			
11	**Sicherung des Güterverkehrs mit Berlin**	12 500	11 000	6005.604
19	**Verkehrsrat, Selbstkostenausschuß**			
	Leistungs- und Kostenermittlung sowie verkehrs- und tarifpolitische Untersuchungen	365	251	1202.600 A u. B
	Förderung allgemein wirtschaftlicher Zwecke auf allen Fachgebieten der Verkehrsverwaltung	60	40	1202.600 (aus C, F)
	Summe R 1	12 925	11 291	
R 2	**Straßenwesen**			
22	**Besondere Einrichtungen**			
	Kraftfahrt-Bundesamt	20 908	18 663	1212
	Bundesanstalt für Straßenbau	5 037	2 440	1211, 1210.310 [1900]

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereich	Haushaltsplan 1966 — Reg.-Entw. —	Haushaltsplan 1965	Fundstelle im Haushaltsplan 1966
		— 1 000 DM —		
23	**Bundesautobahnen, Bundesstraßen**			
	Bundesautobahnen			
	Unterhaltung, einfacher Um- und Ausbau der Bundesautobahnen	92 977	90 128	1210.310 (1200—1219)
	Um-, Aus- und Neubau von Bundesautobahnen	1 129 542	1 107 455	1210.310 (1220—1264) (A 1210/310)
	Hochbauten (Autobahnmeistereien, Stützpunkte usw.)	5 222	8 949	1210.310 (1270—1279)
	Grunderwerb, Ersatzraumbeschaffung und Abwicklung	52 585	44 365	1210.310 (1280—1287)
	Bundesstraßen			
	Unterhaltung, einfacher Um- und Ausbau der Bundesstraßen	325 891	504 058	1210.310 (1000—1019)
	Um-, Aus- und Neubau von Bundesstraßen	935 840	819 870	1210.310 (1020—1029, 1060—1069)
	Hochbauten (Straßenmeistereien, Gerätehöfe usw.)	16 600	16 993	1210.310 (1070—1079)
	Ausbau von Ortsdurchfahrten in Gemeinden bis 50 000 Einwohnern	119 137	104 055	1210.310 (1030—1039)
	Grunderwerb und Ersatzraumbeschaffung	67 200	53 000	1210.310 (1080—1089)
	Höhengleiche Bahnübergänge (Beseitigung, Änderung)	48 984	50 110	1210.310 (1040—1049)
	Bau von Umgehungsstraßen	353 409	266 920	1210.310 (1050—1059)
	Kosten durch Aufstufung von Landstraßen I. Ordnung	117 100	110 000	1210.310 (1091)
	Zuschüsse an fremde Baulastträger (Autobahnzubringer, Ortsdurchfahrten, Brücken)	208 000	200 000	1210.310 (1500—1599)
	Kosten für neue Kredite	77 000	34 616	1210.310 (1800—1809)
	Beteiligung an den Kosten für Planung und Bauaufsicht	69 612	57 568	1210.310 (1600—1609)
	Zwischensumme R 23 nach dem Straßenbauplan	3 619 099	3 468 087	
	Unterschiedsbetrag zu den im Haushaltsplan veranschlagten Mitteln	- 250 000*)	- 284 000 *)	1210.310
	Summe R 23	3 369 099	3 184 087	
24/25	**Landstraßen I. und II. Ordnung**		—	
26	**Sonstige Straßen, Brücken**			
	Aufwendungen für Folgemaßnahmen Dritter im Zusammenhang mit dem Bundesfernstraßenbau	4 500	8 500	1210.310 (1910—1919)
	Unterhaltung, Um- und Ausbau der Roßfeldstraße bei Berchtesgaden	200	200	1210.310 (1100—1109)
	Zuschuß zum Straßenbau im Raume Bonn	2 730	3 037	6002.625 b (c)
	Schnellstraßennetz in Berlin (aus Zuschuß zum Aufbauplan)	10 000	10 000	6005.571 b (7)
	Summe R 26	17 430	21 737	
28	**Subventionen**			
	Betriebsbeihilfe für den Werkfernverkehr	800	440	1202/679 b
29	**Einzelne Maßnahmen**			
	Nürburgring GmbH (Zuschuß)	—	86	1202.608
	Internationaler Verband der Straßenkongresse	7	5	1202.675 (5)
	Veröffentlichungen, Beschaffung technischen und wissenschaftlichen Materials auf dem Gebiet des Straßenwesens	500	500	1210.310 (1410)
	Verkehrswirtschaftliche Untersuchungen	5 500	5 500	1210.310 (1700—1709) 1212.303
	Summe R 29	6 007	6 091	
	Summe R 2	3 409 281	3 233 457	

*) Durch Kredite gemäß § 30 des Haushaltsgesetzes finanziert (Kreditaufnahme der Öffa außerhalb des Bundeshaushalts).

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereich	Haushaltsplan 1966 — Reg.-Entw. —	Haushaltsplan 1965	Fundstelle im Haushaltsplan 1966
		— 1 000 DM —		
R 3	**Schienenverkehr**			
37	**Nichtbundeseigene Eisenbahnen**			
	Darlehen nach Maßgabe des Abschn. V des Verkehrsfinanzgesetzes	-	1 000	1202.533
	Beitrag an Eisenbahnen für die Kosten der Unterhaltung höhengleicher Kreuzungen	1 000	750	1210.310 (1920—1929)
	Investitionen der Berliner U-Bahn	65 000	67 000	6005.571 (2)
	Summe R 37	66 000	68 750	
38	**Subventionen**			
	Betriebsbeihilfen für Verkehrsbetriebe zur Verbilligung von Gasöl zum Betrieb schienengebundener Fahrzeuge	78 640	69 000	1202.679 a
39	**Einzelne Maßnahmen**			
	Beitrag an das Zentralamt für den internationalen Eisenbahnverkehr	103	115	1202.675 (3, 4)
	Summe R 3	144 743	137 865	
	Hinweis:			
	Deutsche Bundesbahn (siehe V 11)	(2 551 160)	(1 339 500)	
R 4	**Schiffahrt**			
41	**Wasserstraßenverwaltung**	101 538	86 317	1203.100—299, 850, 960
42	**Besondere Einrichtungen**			
	Bundesanstalt für Gewässerkunde	1 834	1 441	1207
	Schiffsvermessung (Bundesamt für —)	775	695	1208
	Sicherung der Schiffahrtswege (Deutsches Hydrographisches Institut)	14 055	12 220	1209 (o. 310)/1202.675 (10)
	Summe R 42	16 664	14 356	
43	**Wasser- und Schiffbau**			
	Bundesanstalt für Wasserbau	2 480	1 896	1206
44	**Bundeswasserstraßen**			
	Unterhaltung und Betrieb der			
	Binnenwasserstraßen	95 450	83 900	1203.300
	Seewasserstraßen	81 890	76 000	1203.301
	Westberliner Wasserstraßen (Zuschuß an Land Berlin)	1 700	1 700	1203.600
	Eisbrechdienst	350	350	1203.304
	Ersatz schwimmenden Gerätes	2 000	2 750	1203.305
	Betrieb und Unterhaltung der Lotseneinrichtungen	10 000	5 200	1203.306 a
	Saarschiffsschleppdienst	160	150	1203.309
	Beseitigung der Sturmflutschäden vom 16./17. Februar 1962	—	2 521	1203.710
	Baumaßnahmen am Nord-Ostsee-Kanal	—	15 500	1203.711—714
	Wiederaufbau der Anlagen auf Helgoland	500	1 200	1203.724
	Neubau von Leuchttürmen	1 566	3 082	1203.725, 748
	Bau einer Staustufe bei Geesthacht/Elbe	4 900	6 200	1203.733
	Verbesserung des Fahrwassers der Elbe	15 000	17 778	1203.734, 735, 736
	Sonstige Baumaßnahmen	54 554	102 136	1203.719—723, 726—732, 744—746, 750—771, 773—813, 815—819, 821—828, 951—959
	Beschaffung von Fahrzeugen und Gerät	13 219	17 490	1203.851—873
	Räumung der Wasserstraßen	2 800	3 070	1203.311, 963
	Schiffahrtssicherung (Radaranlagen u. ä.)	3 000	2 500	1203.965
	Summe R 44	287 089	341 527	

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereich	Haushaltsplan 1966 — Reg.-Entw. —	Haushaltsplan 1965	Fundstelle im Haushaltsplan 1966
		— 1 000 DM —		
47	**Unternehmen**			
	Mittelweser-AG	6 934	8 000	1203.772
	Rhein-Main-Donau-AG	200	14 400	1203.820, 680 teilweise
	Neckar-AG	7 000	8 000	1203.950
	Internationale Mosel-GmbH.	10 000	9 000	1203.814
	Rhein-Main-Donau-AG. (Erhöhung des Eigenkapitals)	2 600	2 400	1203.891
	Summe R 47	26 734	41 800	
49	**Einzelne Maßnahmen**			
	Kosten für Ausführung des Seeunfall- und Untersuchungsgesetzes	66	61	1202.304
	Seemannskartei, Durchführung der Schiffssicherheitsvorschriften (Beiträge an Berufsgenossenschaften)	2 900	740	1202.305, 606
	Kosten des funkärztlichen Beratungsdienstes für die Seeschiffahrt	12	7	1202.306
	Erprobung technischer Einrichtungen	255	299	1202.600 D
	Zuschuß zu den Kosten eines Versuchs der Stationierung eines Fahrzeuges für den Wetter- und Rettungsdienst in der mittleren Nordsee	44	42	1202.605
	Beiträge an internationale Organisationen	462	462	1202.675 (teilw.)
	Ausbildungsstätten für Nachwuchsschulung, Lehrkurse	27	27	1203.302
	Ersatzleistungen infolge von Schiffsunfällen	100	100	1203.303
	Freie Lotsen (Persönliche Ausgaben)	—	14 400	1203.306 b
	Kosten der Besichtigungen und Beschickung von Ausstellungen	18	18	1203.307
	Erstattung von Befahrungsabgaben an Dritte	150	150	1203.320
	Kosten des Frachtprüfungsausschusses für das Rheinstromgebiet	65	70	1203.321
	Prämienerstattung für Saarschiffahrt an Frankreich	50	50	1203.322
	Abwicklung der Planfeststellungsverfahren für die durchgeführten Ausbauten der Unterweser	100	200	1203.740, 741
	Vermessungsarbeiten, Anfertigung von Bestandszeichnungen, Brückenbüchern und Bauunterlagen	112	130	1203.961, 962
	Summe R 49	4 361	16 756	
	Summe R 4	438 866	502 652	
R 5	**Luftfahrt**			
52	**Besondere Einrichtungen**			
	Flugsicherung (Bundesanstalt für —)	99 221	80 818	1215
	Zulassungs- und Prüfungswesen (Luftfahrtbundesamt)	1 743	1 365	1216
59	**Zuschüsse und Beiträge**			
	Institut du Transport Aérien, Paris (Beitrag)	3	3	1202.675 (13)
	Arbeitsgemeinschaft deutscher Flughäfen (Zuschuß)	32	32	1217.607 a
	Deutscher Aero-Club (Zuschuß)	180	165	1217.618
	Internationale Civil Aviation-Organisation (Beitrag)	1 705	1 185	1217.619 (1)
	Atlantischer Flugsicherungsdienst (Beitrag)	2 455	2 435	1217.619 (2)
	Summe R 59	4 375	3 820	
	Summe R 5	105 339	86 003	

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereich	Haushaltsplan 1966 — Reg.-Entw. —	Haushaltsplan 1965	Fundstelle im Haushaltsplan 1966
		— 1 000 DM —		
R 7	**Reiseverkehr**			
	Förderung des Flugverkehrs nach Berlin	34 500	34 500	6005.602
R 8	**Wetterdienst**			
	Deutscher Wetterdienst	50 938	45 537	1214
	darunter Minderausgaben, erstattet aus dem Verteidigungshaushalt (14 02. 222)	- 1 612	- 1 334	1202.222
	Summe R 8	49 326	44 203	
R 9	**Sonstige Aufgaben**			
	Internationale Verkehrsausstellung 1965 in München	--	300	1202.309
	Arbeitsgemeinschaft Leichtbau der Verkehrsflugzeuge	2	2	1202.676 (13)
	Summe R 9	2	302	
	Summe R	4 204 982	—4 050 273	
	Hinweis:			
	Bundesministerium für Verkehr (siehe A 3)	(31 005)	(24 915)	1201/1202.955
	Bundesministerium für Post- und Fernmeldewesen, Bezüge des Ministers (siehe A 3)	(100)	(88)	1301
S	**Bau- und Wohnungswesen**			
S 1	**Allgemeine Maßnahmen des Bauwesens**			
12	**Versuchsbauten**			
	Förderung der Bauausführung von Versuchs- und Vergleichsbauten; Entwicklung neuer Baustoffe, Baugeräte und Bauarten			
	Darlehen	19 000	17 000	2502.570 a
	Zuschüsse	1 400	1 200	2502.570 b
	Durchführung von Freilandversuchen in Holzkirchen	70	65	2502.604
19	**Einzelne Förderungsmaßnahmen, Zuschüsse und Beiträge**			
	Beiträge an Vereine, Verbände, Ausschüsse u. ä.	8	8	1202.676 (teilw.)
	Förderung der Schinkel-Wettbewerbe	3	3	2402.601
	Entwicklungsarbeiten auf dem Gebiete der Raumordnung	7 350	11 965	2502.571
	Förderung des Wohnungs- und Siedlungswesens im zentralen Aufgabenbereich (Zuschüsse)	260	315	2502.612
	Zuschüsse an das deutsche Volksheimstättenwerk e. V. und den Deutschen Verband für Wohnungswesen, Städtebau- und Raumplanung und die deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung	76	77	2502.614 a u. b
	Durchführung von Studienreisen (Zuschüsse)	8	8	2502.615
	Beiträge an Vereine und internationale Organisationen	6	6	2502.675
	Summe S 19	7 711	12 382	
	Summe S 1	28 181	30 647	

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereich	Haushaltsplan 1966 — Reg.-Entw. —	Haushaltsplan 1965	Fundstelle im Haushaltsplan 1966
		— 1 000 DM —		
S 2	**Bauverwaltung**			
	Bundesbaudirektion	21 232	13 233	2404
	Verwaltungskostenerstattung	48 200	51 690	2403.220
	Summe S 2	69 432	64 923	
S 3	**Vermessung und Landesplanung**	—	—	
S 6	**Wohnungsbau**			
61	**Sozialer Wohnungsbau**			
	Darlehen			
	an die Deutsche Bau- und Bodenbank zur Finanzierung von Familienheimen	6 000	6 000	2502.540
	für den mit öffentlichen Mitteln geförderten sozialen Wohnungsbau	134 943	191 680	2502.580 a, 581 a
	an die Länder zur Finanzierung des Wohnungsbaues zugunsten der Flüchtlinge aus der sowjetischen Zone und Berlin sowie der ihnen gleichgestellten Personen	345 000	280 000	2502.582
	zur sonstigen Förderung von Maßnahmen zugunsten des sozialen Wohnungsbaues	375	55 044	2502.588
	Land Berlin zur Förderung des sozialen Wohnungsbaues	142 000	141 900	6005.571 (1)
	Zuschüsse zur Förderung des sozialen Wohnungsbaues	119 711	52 664	2502.580 b bis 588 b
	Verbilligung der Finanzierung im sozialen Wohnungsbau (Zuschüsse)	1 650	150	2502.603, 616
	Summe S 61	749 679	727 438	
62	**Besondere Maßnahmen auf dem Gebiet des Wohnungsbaues**			
	Darlehen für Familienwohnungen ausländischer Arbeitnehmer	3 000	—	1102.950
	Freimachung von Bundeswohnungen	70	50	2502.315
	Förderung von Instandsetzungsarbeiten an Wohngebäuden			
	Darlehen	28 750	30 500	2502.531
	Zuschüsse	50 834	34 993	2502.609
	Wohnungsbau für Evakuierte (Darlehen)	7 000	—	2502.534
	Wohnungsbau zugunsten der Bewohner von Wohnbaracken und Wohnlagern	—	9 293	2502.536
	Darlehen zur Wohnungsbeschaffung für junge Ehepaare	—	1 800	2502.545
	Darlehen an die Länder zur Förderung des Wohnungsbaues für alte Menschen	14 400	7 500	2502.550
	Zuschüsse zur Förderung des Baues von Familienheimen und Eigentumswohnungen	49 200	50 000	2502.606
	Baulandbeschaffung und -erschließung	9 400	8 900	2502.611
	Prämien nach dem Wohnungsbauprämiengesetz	488 000	353 000	2502.620
	Darlehen zur Schaffung von Wohnraum für Verwaltungsangehörige des Bundes (ausgenommen für die Bundesbahn, Bundespost, die Bundeswehr und Bundeswehrverwaltung)	70 000	90 500	2502.830 a
	Zuschüsse und Beihilfen im Rahmen der Wohnungsfürsorge für Angehörige der Bundesverwaltung	3 340	1 400	2502.830 b
	Bundeseigener Wohnungsbau für Angehörige der Bundesverwaltung	-	—	(2502.830 d)
	Schaffung von Wohnraum für Abgeordnete des Deutschen Bundestages (Darlehen und Zuschüsse)	—	1 720	2502.833
	Schaffung von Wohnraum für Angehörige ausländischer Missionen (Darlehen)	1 000	437	2502.834
	Darlehen zur Wohnungsbeschaffung für nichtdeutsche Flüchtlinge	800	2 300	2602.531
	Darlehen zur Wohnungsbeschaffung für Flüchtlinge aus der SBZ	10 000	4 000	2602.532
	Bergarbeiter-Wohnungsbau im Saarland	12 500	5 000	6002.955 e
	Summe S 62	748 294	601 393	

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereich	Haushaltsplan 1966 — Reg.-Entw. —	Haushaltsplan 1965	Fundstelle im Haushaltsplan 1966
		— 1 000 DM —		
67	**Wohnungswirtschaftliche Unternehmen**			
	Erwerb von Beteiligungen	5 850	4 800	2502.890, 895
	Summe S 6	1 503 823	1 333 631	
	Summe S	1 601 436	1 429 201	
	Hinweis:			
	Unterbringung von Angehörigen der Bundeswehr (siehe C 16)	(454 058)	(485 407)	1412.830/A 1412.830, 831
	Bundesministerium für Wohnungsbau (siehe A 3)	(8 884)	(7 730)	2501
T	**Wiedergutmachung**			
T 1	**Entschädigungsbehörden**			
	Verwaltungsamt für innere Restitutionen	246	210	0810
T 2	**Wiedergutmachungsleistungen**			
21	**Leistungen nach dem BEG**			
	Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung	1 100 000	1 100 000	6004.311
22	**Abkommen mit Israel**			
	Wiedergutmachung an Israel	—	300 000	3209.681
29	**Sonstige Entschädigungsleistungen**			
	Leistungen auf Grund der Rückerstattungsgesetze	350 000	330 000	6004.350
	Entschädigung von ehemaligen Bediensteten jüdischer Gemeinden	19 300	21 500	0615.609
	Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts für Angehörige des öffentlichen Dienstes	3 500	3 500	6004.140
	Summe T 2	1 472 800	1 755 000	
T 9	**Sonstige Maßnahmen**			
	Stiftung »Hilfswerk 20. Juli«	310	280	0602.602
	Betreuung jüdischer Friedhöfe	1 164	776	0602.608
	Summe T	1 474 520	1 756 266	
U	**Besondere Kriegsfolgeaufgaben**			
U 1	**Kriegsfolgeleistungen**			
	Zahlungen an Belgien für Kriegsopferversorgung	—	15 000	1110.950
	Leistungen nach dem Allgemeinen Kriegsfolgengesetz	40 000	34 000	6004.315
	Äußere Restitution	1 500	—	6004.351
	Regelung der Verbindlichkeiten nationalsozialistischer Einrichtungen	400	—	6004.352
	Leistungen nach dem Rechtsträger-Abwicklungsgesetz	300	—	6004.570
	Leistungen auf Grund des Finanz- und Ausgleichsvertrages mit Österreich	47 083	47 083	6004.954
	Leistungen auf Grund der Verträge mit Belgien und den Niederlanden	200	50 000	6004.955, 959
	Summe U 1	89 483	146 083	

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereich	Haushaltsplan 1966 — Reg.-Entw. —	Haushaltsplan 1965	Fundstelle im Haushaltsplan 1966
		— 1 000 DM —		
U 9	**Sonstige Kriegsfolgeaufgaben**			
	Rechtsschutz von Deutschen im Ausland im Zusammenhang mit den Kriegsereignissen	460	490	0502.311
	Kosten der Erhaltung deutscher Kriegsgräber im Ausland	5 660	5 600	0502.630
	Zuschuß für die Dienststelle für die Benachrichtigung der Angehörigen von Gefallenen der ehemaligen Wehrmacht	14 300	13 372	0602.600
	Aufwendungen für Kriegsgräber	11 367	10 767	0615.302
	Umstellung der Reichsmark-Uraltkonten in Berlin	60	60	3209.361
	Beseitigung militärischer Anlagen des Westwalls	2 500	1 000	2403.960
	Zuwendung für die Erfüllung von Suchdienstaufgaben und die dokumentarische Erfassung der Kriegsgefangenen, Heimatvertriebenen u. ä.	6 204	7 195	2602.306, 602
	Vertriebenen-, Flüchtlings- und Kriegsgeschädigtenorganisationen	300	270	2602.600
	Internationaler Suchdienst Arolsen	2 888	2 539	2602.675
	Gesamterhebung zur Klärung des Schicksals der deutschen Bevölkerung in den Vertreibungsgebieten		25	2602.950
	Summe U 9	43 679	41 318	
	Summe U	133 162	187 401	
V	**Wirtschaftsunternehmen**			
V 1	**Verkehrsunternehmen**			
11	**Deutsche Bundesbahn**			
	Beitrag zu den überhöhten Versorgungslasten der Bundesbahn	583 200	526 000	1202.510 a (1)
	Anpassungshilfe an die Deutsche Bundesbahn für die Rationalisierung im Personenzugverkehr	120 000	120 000	1202.510 a (2)
	Darlehen zur Erhaltung der Liquidität	1 296 000	201 300	1202.510 a (3)
	Eisenbahnbrücke und Bahnhof Kehl (Zuschuß)	1 600	—	1202.510 a (4)
	Ausgleich von betriebsfremden Versorgungslasten	416 000	373 200	1202.510 b
	Übernahme des Kapitaldienstes für Anleihen zur Verbesserung der Kapitalstruktur der Bundesbahn	120 000	106 000	1202.510 (c)
	Kostenuntersuchung bei der Bundesbahn	360		1202.610
	Beitrag für die Kosten der Unterhaltung höhengleicher Kreuzungen	14 000	13 000	1210.310 (1920—1929)
	Summe V 11	2 551 160	1 339 500	
12	**Deutsche Bundespost**			
	Zinsendienst für Bundespostanleihe	24 546	9 564	3205.689

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereich	Haushaltsplan 1966 — Reg.-Entw. —	Haushaltsplan 1965	Fundstelle im Haushaltsplan 1966
		— 1 000 DM —		
19	**Sonstige Verkehrsunternehmen**			
	Flughafengesellschaften	16 397	14 710	1217.570, 893
	Deutsche Lufthansa AG	—	45 300	1217.571
	Vorortbahn Wilhelmshaven	390	400	2403.501
	Lübecker Hafengesellschaft	500	500	1202.603
	Summe V 19	17 287	60 910	
	Summe V 1	2 592 993	1 409 974	
V 2	**Gewerbe, Industrie und Handel**			
21	**Banken**			
	Aufstockung des Grundkapitals der Deutschen Landesrentenbank	—	4 000	A 6002.890
22	**Sonstige Unternehmen**			
	Staatswerft Rendsburg-Saatsee	430	390	1204.901
	Bundesdruckerei	900	750	1303.901
	Saarbergwerke AG	18 500	18 500	2402.891
	Salzgitter-AG	30 000	—	2402.892
	Oberbayerische AG für Bergbau	12 000	—	2402.951
	Summe V 22	61 830	19 640	
	Summe V 2	61 830	23 640	
V 3	**Staatsforsten und Domänen**			
31	**Staatsforsten**			
	Forstdienstgebäude	80	—	0804.742 (11)
	Bewirtschaftung von Forsten	13 910	13 120	2403.420, 865
	Seßhaftmachung von Waldarbeitern	90	100	2403.830
32	**Gutsbezirke und Domänen**			
	Gutsbezirk Meppen	222	233	2403.502, 903
	Summe V 3	14 302	13 453	
V 4	**Sonstige Wirtschaftsunternehmen**			
41	**Übrige Unternehmen**			
	Heizwerk Flensburg-Mürwik	—	250	2403.902
	Maschinenzentrale Kiel-Wik	—	60	2403.901
	Helgoland-Aufbau GmbH	—	—	(6002.622)
	Berliner Hafen- und Lagerhausbetriebe	2 000	—	6005.571 (7)
	Summe V 4	2 000	310	
	Summe V	2 671 125	1 447 377	
W	**Allgemeines Finanzwesen**			
W 1	**Steuern, Zölle, Monopole, Finanzzuweisungen**			
11	**Steuern**			
	Grundsteuerbeihilfen für Arbeiterwohnstätten	700	600	2502.600
	Abführung der Ausgleichsabgaben an den LA-Fonds (durchlaufende Mittel)	1 665 000	1 579 000	6004.602

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereich	Haushaltsplan 1966 — Reg.-Entw. —	Haushaltsplan 1965	Fundstelle im Haushaltsplan 1966
		— 1 000 DM —		
12	**Zölle und Monopole**			
	Gewinnanteile der Svenska - Tändsticks - Aktiebolaget, Schweden, aus dem Zündwarenmonopol	2 550	2 500	6002.301
13	**Finanzzuweisungen, Allgemeine —**			
	Zuschuß an den Landeshaushalt Berlin	1 791 748	1 629 400	6005.570 a
	Hinweis:			
	Spezielle Bundeshilfen für Berlin	(418 252)	(393 700)	6005.570 b — d, 571 (J 1, K 4, L 49, Q 1, R 26, R 37, S 61, V 41)
19	**Sonstige Leistungen**			
	Zahlungen nach dem Sparprämiengesetz	550 000	285 000	6004.620
	Erstattung von Zöllen und Steuern auf saarländische Warenvorräte	5	20	6002.600
	Summe W 1	4 010 003	3 496 520	
W 2	**Versorgung**			
21	**Versorgung der Bundesbeamten**	247 470	172 862	3303
22	**Versorgung nach Art. 131 G**			
	Versorgung der verdrängten Angehörigen des öffentlichen Dienstes	1 704 293	1 385 023	3307
	Versorgung der Berufssoldaten der früheren Wehrmacht	844 337	730 290	3308
	Summe W 22	2 548 630	2 115 313	
23	**Sonstige Versorgung**			
	Versorgungsausgaben, die durch das Zweite Überleitungsgesetz vom Bund übernommen worden sind	87 650	79 020	3306
	Versorgungsbezüge für Beamte der Forschungsanstalt für Landwirtschaft	269	211	1025/150
	Summe W 2	2 884 019	2 367 406	
	Hinweis:			
	Versorgung der Soldaten der Bundeswehr (siehe C 17)	(463 244)	(340 087)	3304
W 3	**Schuldendienst**			
31/32	**Verzinsung und Tilgung**			
	Inlandsschulden			
	Verzinsung und Tilgung von Krediten zur Finanzierung von Wasserbauvorhaben	3 000	—	1203.680 teilweise
	Verzinsung der Anleihen des Bundes (einschl. der laufenden jährlichen Tilgung)	1 095 913	1 679 249	3205.680 (ohne 1 teilw.)
	Verzinsung der zur vorübergehenden Verstärkung der Betriebsmittel der Bundeshauptkasse aufgenommenen Mittel	40 000	25 000	3205.681
	Bedienung der verbrieften Reichsschuldentitel	68 000	77 000	3205.683
	Einlösung von Bundesanleihen und Schatzanweisungen	372 050	128 262	3205.687
	Bedienung der Altsparerentschädigung auf die Anleihen und verzinslichen Schatzanweisungen des Deutschen Reiches und des ehemaligen Landes Preußen	16 000	16 400	3205.690
	Verzinsung und Tilgung der Ausgleichsforderungen	414 844	—	3205.682 (680)
	Verzinsung und Tilgung der Schuldbuchforderungen der Sozialversicherung	380 078	—	3205.684 (680)

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereich	Haushaltsplan 1966 — Reg.-Entw. —	Haushaltsplan 1965	Fundstelle im Haushaltsplan 1966
		— 1 000 DM —		
noch: 31/32	Tilgung des Sonderkredits Saarland	80 000	80 000	3205.691
	Erstattung der Aufwendungen für die Ausgleichsforderungen der verlagerten Deutschen Pfandbriefanstalt an die Länder	1 310	1 310	3209.683
	Erstattung der Zinsen und Tilgungsleistungen für Ausgleichsforderungen aus der Umstellung überörtlicher Berliner Uraltguthaben	4 109	4 105	3209.685
	Erstattung der Aufwendungen für den Schuldendienst für die Ausgleichsforderungen, deren Schuldner die Länder sind	135 000	130 000	3209.686
	Zinsen an die Bundesbank im Zusammenhang mit dem Devisenausgleichsabkommen mit Großbritannien	6 000	—	6004.680
	Auslandsschulden			
	Verzinsung der Anleihen des Bundes (einschl. der laufenden jährlichen Tilgung)	151 710	107 285	3205.680 (1 teilweise)
	Tilgung der durch das Londoner Schuldenabkommen und im Zusammenhang damit entstandenen Verbindlichkeiten	19 100	19 044	3205.685
	Zahlungen nach dem Auslandsbonds-Entschädigungsgesetz	25 971	7 627	3205.692
	Leistungen des Bundes nach dem Gesetz zur Ausführung des Abkommens vom 27. Januar 1953 über deutsche Auslandsschulden	—	66	3209.682
	Verzinsung und Tilgung der durch das Abkommen mit der Schweiz vom 26. August 1952 geregelten Verbindlichkeiten (ohne Verbindlichkeiten für Investitionszwecke)	20 680	20 680	3209.680
	Summe W 31/32	2 833 765	2 296 028	
33	**Rückkauf**			
	Rückkauf von Schuldurkunden des Bundes	—	—	**(3207.301)**
	Ankauf von Schuldurkunden des Bundes und vom Bund verbürgter Schuldurkunden	—	—	**(3207.300)**
35	**Kreditbeschaffung**			
	Ausgaben aus Anlaß der Beschaffung von Mitteln im Wege des Kredits	58 805	45 000	3203.301
	Summe W 3	2 892 570	2 341 028	
	Hinweis: Bundesschuldenverwaltung (siehe G 2)	(12 530)	(11 838)	3203 (ohne 301 u. 302)
W 4	**Vermögen**			
41	**Kapitalvermögen**			
	Erhöhung des Kapitalanteils bei der Weltbank	9 200	—	2302.892
	Subskriptionszahlungen an Internationalen Währungsfonds	—	—	(A 6004.894)
42	**Allgemeines Grund- und Sachvermögen**			
	Vermögensabgabe nach dem Gesetz über den Kostenausgleich für das ehemalige Reichsvermögen	5 410	10 000	2403.223
	Unterhaltung der Gebäude des allgemeinen Sachvermögens	37 500	35 500	2403.400
	Kleinere Neu-, Um- und Erweiterungsbauten sowie Erwerb von Haus- und Baugrundstücken des allgemeinen Sachvermögens	5 000	3 800	2403.401

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereich	Haushaltsplan 1966 – Reg.-Entw. –	Haushaltsplan 1965	Fundstelle im Haushaltsplan 1966
		— 1 000 DM —		
noch: 42	Bewirtschaftung von Grundstücken des allgemeinen Sachvermögens	30 500	30 000	2403.402
	Kosten bei der Bergung von Schrott und Altmaterial	350	5	2403.405
	Ausgaben aus Anlaß der Übergabe von Liegenschaften an den Bund	4 000	800	2403.468
	Vermischte Ausgaben für das allgemeine Sachvermögen (ohne Forsten)	300	350	2403.469
	Mietrückzahlungen an die Länder für ehemalige reichseigene Liegenschaften	300	300	2403.470
	Entschädigung oder Darlehen an Gemeinden aus Anlaß der Übernahme der Baulast für ehemalige Privatstraßen des Bundes	1 500	500	2403.601
	Erwerb von Grundstücken für das allgemeine Sachvermögen	5 000	2 000	2403.706
	Vorsorglicher Grunderwerb in Berlin für Zwecke der Bundesregierung	300	400	2403.707
	Bau, Instandsetzung und Umbau von bundeseigenen Gebäuden	14 448	12 338	2403.713—820
	Anliegerbeiträge für bundeseigene Grundstücke	900	600	2403.821
	Erstattung von Investierungen Dritter, Ablösung von Hypotheken	1 800	2 500	2403.951
	Abwicklung von Siedlungsvorhaben	150	100	2403.952
	Um- und Erweiterungsbauten von Dienstgebäuden einschließlich vorsorglicher Grunderwerb	52 000	5 000	6002.700
	Summe W 42	159 458	104 193	
43	**Sondervermögen**	—	—	
	Summe W 4	168 658	104 193	
W 5	**Münzwesen**			
	Prägekosten, Metallbeschaffungskosten, Unterhaltung des Münzumlaufs, Bekämpfung der Falschmünzerei	40 000	30 000	6002.396
W 6	**Allgemeine Rücklagen**			
	Betriebsmittelrücklage	—	—	(6002.520)
W 7	**Nicht aufteilbare Posten**			
71	**Verstärkungsmittel**			
	Verstärkung der Mittel für Personalausgaben des Bundes	—	400 000	6002.199
72	**Globalabstriche**			
	Minderausgabe im Bundeshaushalt	—	– 1 491 649	6002.300
	Summe W 7	—	– 1 091 649	
W 8	**Abwicklung der Vorjahre**			
	Zur Deckung von Fehlbeträgen aus den Vorjahren	231 858	—	6002.999
	Summe W	10 227 108	7 247 498	
	Gesamtausgaben des ordentlichen und außerordentlichen Haushalts	**69 153 767**	**63 948 900**	

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereich	Haushaltsplan 1966 — Reg.-Entw. —	Haushaltsplan 1965	Fundstelle im Haushaltsplan 1966
		— 1 000 DM —		
	Nachrichtlich:			
	Bundesregierung			
	Nachweis der Ausgaben der einzelnen Ministerien (Aufgliederung der Kennziffer A 31)			
	Bundeskanzler und Bundeskanzleramt	7 034	5 906	0401
	Auswärtiges Amt	59 360	46 575	0501.100—299, 711—951
	Bundesministerium des Innern	25 457	19 843	0601.100—299, 850, 880
	Bundesministerium der Justiz	13 050	9 955	0701.100—299, 301, 850, 880, 953
	Bundesministerium der Finanzen	31 711	25 529	0801 (ohne 107)
	Bundesministerium für Wirtschaft	40 365	34 431	0901.100—299, 710 bis 950
	Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	20 646	17 246	1001.100—299, 850
	Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung	19 042	14 657	1101 (ohne 306), 1102.603, 980
	Bundesministerium für Verkehr	31 005	24 960	1201/1202.300, 955
	Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen	100	88	1301
	Bundesministerium der Verteidigung	100 525	76 747	1401 (ohne 107), 1402.219, 223—299 (ohne 231), 399, 604, 675
	Bundesministerium für Gesundheitswesen	8 716	6 668	1501
	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit	8 312	5 369	2301
	Bundesschatzministerium	9 941	7 669	2401
	Bundesministerium für Wohnungsbau, Städtebau und Raumordnung	8 884	7 730	2501
	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte	6 005	5 405	2601, 2602.300
	Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen	8 236	6 483	2701
	Bundesministerium für Angelegenheiten des Bundesrates und der Länder	1 266	922	2801
	Bundesministerium für Familie und Jugend	4 503	3 045	2901, 2902.300, 301
	Bundesministerium für Angelegenheiten des Bundesverteidigungsrates	764	478	3001
	Bundesministerium für wissenschaftliche Forschung	12 184	9 950	3101
	Summe A 31	417 106	329 656	

Anlage 2

Änderungsvorschläge und Bemerkungen des Bundesrates

Stellungnahme der Bundesregierung zu den Änderungsvorschlägen und Bemerkungen des Bundesrates

A. Allgemeine Bemerkungen

Der Bundesrat hat seit Jahren immer wieder Bedenken gegen die in den Erläuterungen zu zahlreichen Titeln des Bundeshaushalts ausgebrachten Dotationsauflagen erhoben. In der Erkenntnis, daß dieses Problem bei den vorstehenden Erörterungen über eine Finanzreform gelöst werden muß, verzichtet der Bundesrat darauf, seine Einwendungen erneut detailliert vorzutragen. Er erwartet aber, daß die Bundesmittel auch dann zur Verfügung gestellt werden, wenn einzelne Länder die Mittel zur Erfüllung der ihnen angesonnenen Mitleistungspflichten weder aus ordentlichen Mitteln aufbringen noch auf dem Kapitalmarkt beschaffen können.

Die Dotationsauflagen sind gegenüber der vom Parlament verabschiedeten Fassung des Haushalts 1965 nicht verschärft. Die Bundesregierung ist der Ansicht, daß die Dotationsauflagen nicht geändert werden sollten, bevor über die Vorschläge der Finanzreform-Kommission mit den Ländern Einvernehmen erzielt ist. Der Empfehlung des Bundesrates wird — soweit erforderlich — bei Bedarf in Einzelfällen entsprochen werden.

B. Entwurf des Haushaltsgesetzes 1966

1. Die in § 1 und § 19 Abs. 2 aufgeführten Beträge sind den Änderungsvorschlägen unter C. (Bemerkungen zu den Einzelplänen) entsprechend zu ändern.

Zu 1.

Die erforderlichen Änderungen müssen dem weiteren Gesetzgebungsverfahren überlassen bleiben.

2. In § 3 Abs. 4 Nr. 1 sind vor dem Wort „unentgeltlich" die Worte „nach Maßgabe von Richtlinien" einzufügen.

   Die Ergänzung entspricht der anläßlich der Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1965 in Aussicht gestellten Regelung.

Zu 2.

Die Bundesregierung hat keine Bedenken, den Anregungen zu folgen. Die Richtlinien sind bereits durch Rundschreiben des Bundesministers der Finanzen vom 7. Januar 1964 — II A/1 — A 0105 — 55/63 — bekanntgegeben worden.

3. Zu § 7 Abs. 4 und § 9 Abs. 6

   Der Bundesrat weist erneut darauf hin, daß er die Beibehaltung der in § 7 Abs. 4 und § 9 Abs. 6 enthaltenen Regelungen als Dauerlösungen aus verfassungsrechtlichen und verfassungspolitischen Gründen für bedenklich hält, da dadurch die Rechte des Bundesrates bei der Gestaltung des Haushalts erheblich eingeschränkt werden. Es sollte deshalb im weiteren Gesetzgebungsverfahren geprüft werden, ob dieses Verfahren nicht zugunsten einer konkreten Haushaltsgestaltung aufzugeben ist.

Zu 3.

An der Regierungsvorlage wird festgehalten.

Die Bundesregierung teilt die verfassungsrechtlichen und verfassungspolitischen Bedenken gegen die genannten Regelungen nicht.

4. In § 8 Abs. 2 ist hinter Satz 1 folgender Satz einzufügen:

   Ausgenommen von der Sperre sind die Mittel für die Spitzenfinanzierung des Baues von Turn-

Zu 4.

An der Regierungsvorlage wird festgehalten.

Die Bestimmung enthält selbst keine Sperre, sondern lediglich eine Ermächtigung zur Sperre von

Stellungnahme des Bundesrates

und Sportstätten (Kapitel 06 02 Titel 973), für Baumaßnahmen für Schulbauten in Grenzgebieten und im Zonenrandgebiet (Kapitel 27 02 Titel 602 a) und für Baumaßnahmen im Rahmen der Förderung des Ausbaues bestehender Hochschulen und sonstiger wissenschaftlicher Einrichtungen (Kapitel 31 02 Titel 600).

Eine Entsperrung der angeführten Baumaßnahmen erscheint von der Sache her geboten.

Stellungnahme der Bundesregierung

Haushaltsansätzen. Über die Frage einer Ausnahme kann erst entschieden werden, wenn eine Sperre verfügt werden sollte.

C. Bemerkungen zu den Einzelplänen

Einzelplan 05 — Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts —

Kap. 05 02 — Allgemeine Bewilligungen —

Tit. 964 — Ausrüstungshilfe —

Der Zusatz über die Unterrichtungspflicht der Bungesregierung vor Eingehen neuer Verpflichtungen ist wie folgt zu fassen:

„Neue Verpflichtungen dürfen nur nach vorheriger Unterrichtung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages und der Ausschüsse für auswärtige Angelegenheiten des Deutschen Bundestages und des Bundesrates eingegangen werden." Der Bundesrat legt Wert darauf, daß sein Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten ebenfalls unterrichtet wird. Auf Artikel 53 Satz 3 des Grundgesetzes wird Bezug genommen."

Die Bundesregierung hat von dem Wunsch des Bundesrates Kenntnis genommen. Sie wird den Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten des Bundesrates im Rahmen ihrer Informationspflicht gemäß Artikel 53 Satz 3 des Grundgesetzes über die Ausrüstungshilfe auf dem laufenden halten. Sie hält es aber aus außenpolitischen Gründen für erforderlich, gegebenenfalls kurzfristige Entscheidungen treffen zu können, ohne die Unterrichtung des Ausschusses abwarten zu müssen. Sie möchte daher an dem Haushaltsvermerk bei Kapitel 05 02 Titel 964 in der Fassung des Regierungsentwurfs festhalten.

Einzelplan 06 — Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern —

Kap. 06 02 — Allgemeine Bewilligungen —

Tit. 660 — Förderung der Kultur, soweit es sich um eine repräsentative Vertretung des Bundes oder um die Wahrung von Belangen gesamtdeutscher oder internationaler Bedeutung handelt —

In den Erläuterungen zu Nummer 5 ist der letzte Satz zu streichen.

Es sollte die Möglichkeit offengehalten werden, auch die Erhaltung anderer nationalwichtiger Baudenkmäler im Bundesgebiet aus diesem Ansatz zu fördern.

An der Regierungsvorlage wird festgehalten.

Die beiden letzten Sätze in der Erläuterung zu Nummer 5 sind 1961 vom Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages eingefügt worden.

Tit. 973 — Für die Spitzenfinanzierung des Baues von Turn- und Sportstätten —

In den Erläuterungen ist ersichtlich zu machen, welche Beträge jeweils im einzelnen veranschlagt werden für

1. Förderung des Breitensports nach dem „Goldenen Plan",
2. Förderung des Sports in Zonenrandgebieten,
3. Förderung des Leistungssports (Olympische Vorbereitung).

An der Regierungsvorlage wird festgehalten.

Stellungnahme des Bundesrates — Stellungnahme der Bundesregierung

Kap. 06 25 — Bundesgrenzschutz —

Tit. 710 — Herrichtung und Ausbau von vorhandenen Anlagen für Zwecke des Bundesgrenzschutzes einschließlich zusätzlichen Grunderwerbs —

Der Ansatz von 23 900 000 DM ist um 10 000 000 DM auf 13 900 000 DM zu kürzen.

Der Ansatz ist im Hinblick auf die Istausgabe 1964 mit 14,2 Mio DM (Soll: 17,5 Mio DM) und 1965 mit 11,4 Mio DM (Soll: 25,8 Mio DM) überhöht. Außerdem rechtfertigt die allgemeine Haushaltslage die zeitliche Streckung der Gesamtmaßnahmen.

An der Regierungsvorlage wird festgehalten.

Die veranschlagten Mittel werden benötigt, um bereits begonnene Baumaßnahmen fortführen und einige dringende Neubaumaßnahmen beginnen zu können.

Kap. 06 36 — Kriegsfolgenhilfe und entsprechende Leistungen, Kriegsopferfürsorge —

Tit. 300 — Kosten der Sozialhilfe (Pauschale) —

Der Ansatz von 131 151 600 DM ist um 25 000 000 DM auf 106 151 600 DM zu kürzen.

Die nach Artikel V § 2 des Zweiten Neuordnungsgesetzes vom 21. Februar 1964 (BGBl. I S. 85) mit Wirkung vom 1. Januar 1964 ab vorzunehmende Kürzung der Pauschale beträgt insgesamt nicht 17,5 Mio DM, sondern 48,5 Mio DM.

Die Bundesregierung erhebt gegen die vorgeschlagene Kürzung des Ansatzes unter der Voraussetzung keine Bedenken, daß bis zur Beratung des Titels im Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages Erklärungen der Länder vorliegen, in denen über die bereits 1965 und im Ansatz 1966 berücksichtigten Kürzungen der Pauschbeträge hinaus die Kürzung von insgesamt mindestens weiteren 25 Mio DM als berechtigt anerkannt wird.

Einzelplan 09 — Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft —

Kap. 09 02 — Allgemeine Bewilligungen —

Der Bundesrat erwartet, daß das gesamte Aufkommen an Heizölsteuer für solche energiepolitischen Maßnahmen verwendet wird, die unmittelbar zur Steigerung der Produktivität im Steinkohlenbergbau und zur Verbesserung der Absatzmöglichkeiten der Kohle dienen und insbesondere auch revierfernen Gebieten zugute kommen.

Nach Artikel 120 GG trägt der Bund die Lasten der Sozialversicherung. Ein Teil des Aufkommens der Heizölsteuer kann daher hierfür nicht verwendet werden. Nach Artikel 4 des Mineralölsteueränderungsgesetzes sind die Einnahmen aus der Heizölsteuer nur für energiepolitische Zwecke zu verwenden.

Nach Artikel 4 des Gesetzes zur Änderung des Mineralölsteuergesetzes dient das Aufkommen aus der Heizölsteuer nach näherer Bestimmung des Bundeshaushaltsplans für Maßnahmen zur Anpassung des Steinkohlenbergbaues an die veränderte Lage am Energiemarkt, insbesondere zur Vermeidung sozialer Härten. Dieser Zweckwidmung trägt der Bundeshaushaltsplan 1966 Rechnung.

Einzelplan 10 — Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten —

Kap. 10 01 — Personalausgaben —

Tit. 103 — Dienstbezüge, Zulagen und Zuwendungen der beamteten Hilfskräfte —

Die Bundesregierung wird gebeten, die deutsche Mitarbeit bei der EWG-Kommission dadurch zu stärken, daß durch die Bereitstellung entsprechender Leerstellen und Bundeshaushaltsmittel im Bundeshaushalt 1967 eine ausreichende Zahl deutscher Beamter der EWG-Kommission zur Dienstleistung zur Verfügung gestellt werden kann.

Die Bundesregierung hat auf Grund der in den jährlichen Haushaltsgesetzen enthaltenen Ermächtigung (zu vgl. § 12 Abs. 1 des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1966) stets die erforderlichen Leerstellen für Beamte des Bundes geschaffen, die unter Wegfall ihrer Bezüge bei der EWG-Kommission verwendet werden sollen. Es wird geprüft, inwieweit es er-

Stellungnahme des Bundesrates	Stellungnahme der Bundesregierung
	forderlich ist, über diese Handhabung hinaus die Mittel bei Titel 103 zu erhöhen, um die deutsche Mitarbeit bei der EWG-Kommission weiter zu stärken.

Kap. 10 02 — Allgemeine Bewilligungen —

Die Leerseite nach S. 27 (neu: S. 28) ist zu lesen wie S. 2 mit folgenden Abänderungen:

a) In der Aufgliederung zu Titel 572 ist der Fußnotenhinweis nach der Zahl 291 500 000,— „2" bei Titel 573 (eine Zeile tiefer) anzubringen.

Zu a)
Wird redaktionell geändert.

b) B. II. ist wie folgt zu fassen:

,Zur Erleichterung der Wirtschaftsführung sind zugelassen:

1. Die Verstärkung der Mittel bei Titel 620, 621 622 und 623 für Investitionsbeihilfen aus Titel 959;
2. die Leistung eines unabweisbaren Mehrbedarfs bei einem Ansatz der „Anpassungshilfe" aus Minderausgaben bei einem anderen Ansatz der „Anpassungshilfe" durch den Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten mit Zustimmung des Bundesministers der Finanzen.'

Um Haushaltsreste bei der Anpassungshilfe zu vermeiden, soll die Deckungsfähigkeit auf alle Titel bei Kapitel 10 02 ausgedehnt werden, die aus der Anpassungshilfe 1966 bedient werden.

Zu b)

Zu 1.
Die Verstärkungsmöglichkeit ist im Regierungsentwurf bereits vorgesehen.

Zu 2.
An der Regierungsvorlage wird festgehalten.

Tit. 572 — Förderung der Flurbereinigung (Grüner Plan 1966) — b) Zuschüsse

Der Ansatz ist um 0,5 Mio DM zu kürzen.

Deckungsvorschlag für Erhöhung des Ansatzes unter Titel 673 e).

Die vorgenommene Kürzung ist vertretbar.

An der Regierungsvorlage wird festgehalten.

Die agrarpolitisch bedeutsame Maßnahme der Förderung der Flurbereinigung läßt eine Kürzung der hierfür vorgesehenen Mittel nicht zu (vgl. zu Titel 673 e).

Tit. 585 — Förderung der Fischerei
a) Darlehen
1. Darlehen für die Kleine Hochsee- und Küstenfischerei (Kutterdarlehensfonds) —

Der Ansatz ist auf 3 000 000 DM zu erhöhen.

Die Anforderungen an den Bundesdarlehensfonds für Neu- und Umbauten in der Kutterfischerei lassen sich nur dann decken, wenn der Titel über die revolvierenden Mittel (eine Mio DM) hinaus auf 3 Mio DM aufgestockt wird (Kreditbedarf für einen Kutterneubau ca. 500 000 DM).

Deckungsvorschlag

Siehe Kap. 10 03 Tit. 620.

An der Regierungsvorlage wird festgehalten.

Der Kutterdarlehensfonds wies am 31. Dezember 1965 einen Bestand von 8 076 000 DM auf; er soll 1966 neben den Rückflüssen von 1 000 000 DM um 716 000 DM aufgestockt werden.

Die angespannte Haushaltslage läßt eine weitere Aufstockung des Kutterdarlehensfonds nicht zu.

Der Deckungsvorschlag ist im übrigen ungeeignet, weil die bei Kap. 10 03 Tit. 620 veranschlagten Mittel für die Vorratshaltung sehr knapp veranschlagt sind.

Stellungnahme des Bundesrates	Stellungnahme der Bundesregierung

Tit. 585 — Förderung der Fischerei
b) Zuschüsse
2. Struktur- und Konsolidierungsbeihilfe für die Seeschiffahrt —

Der Ansatz unter 2. ist auf 12,5 Mio DM zu erhöhen.

Die Gründe, die für die Entschließung des Bundesrates in seiner 286. Sitzung am 16. Juli 1965 zum EWG-Anpassungsgesetz — Drucksache 404/65 (Beschluß) — maßgebend waren, gelten noch heute. Angesichts eines Mindestbedarfs von 12,5 Mio DM für die Struktur- und Konsolidierungsbeihilfen bedarf daher der Ansatz einer Erhöhung.

Deckungsvorschlag

Siehe Kap. 10 03 Tit. 620.

An der Regierungsvorlage wird festgehalten.

Auf die vorstehende Begründung wird Bezug genommen.

Die Bundesregierung wird gebeten,

a) auch für die deutsche Fischwirtschaft Förderungsmaßnahmen der horizontalen und vertikalen Verbundwirtschaft vorzusehen und

b) im Bundeshaushaltsplan 1967 einen neuen Titel 585 b/6 für diese Maßnahmen auszubringen.

Bei der Aufstellung des Bundeshaushaltsplans 1967 wird geprüft werden, ob zusätzliche Bundeshilfen dieser Art vorzusehen sind.

Tit. 603 — Zuschüsse zur Förderung und Verbesserung der Allgemeinbildung, der fachlichen Weiterbildung auf dem Lande, der Wirtschaftsberatung und der beruflichen Weiterbildung der Landjugend —

a) In den Erläuterungen „Zu 2" ist nach dem ersten Absatz folgender Absatz einzufügen:

„Die Mittel können ferner zur Restfinanzierung von Neubauten oder Umbauten von Landwirtschaftsschulen verwendet werden."

Das Um- und Neubauprogramm für Landwirtschaftsschulen ist noch nicht beendet. Die Restfinanzierung können die Länder allein nicht durchführen.

An der Regierungsvorlage wird festgehalten.

b) In den Erläuterungen ist der letzte Absatz zu streichen.

Angesichts der Dringlichkeit der in der Landwirtschaft anstehenden und wachsenden Beratungsaufgaben darf die Kontinuierlichkeit des Beratungswesen nicht gefährdet werden. Solange das Ergebnis der beabsichtigten Finanzreform noch nicht bekannt ist, sollten die bisher gewährten Bundesmittel weiter bereitgestellt werden.

An der Regierungsvorlage wird festgehalten.

Tit. 616 — Zuschüsse zur Erschließung des Emslandes —

Im drittletzten Absatz der Erläuterungen sind die Worte „ohne Nebenarm und" zu streichen.

Die entsprechenden Maßnahmen gehören zur Bereinigung der großwasserwirtschaftlichen Verhältnisse im Niederschlagsgebiet der mittleren und oberen Hase, so daß auf die Einbeziehung auch der Nebenarme dieses Flüßchens nicht verzichtet werden kann.

An der Regierungsvorlage wird festgehalten.

Stellungnahme des Bundesrates

Stellungnahme der Bundesregierung

Tit. 620 — Zuschüsse zur Förderung der Produktivität und des Absatzes landwirtschaftlicher Erzeugnisse (Anpassungshilfe 1966) —

Tit. 621 — Zuschüsse zur Durchführung von Qualitätskontrollen und zur Förderung von Handelsklassen (Anpassungshilfe 1966) —

Tit. 622 — Zuschüsse zur Förderung der horizontalen Verbundwirtschaft (Anpassungshilfe 1966) —

Tit. 623 — Zuschüsse zur Förderung der vertikalen Verbundwirtschaft (Anpassungshilfe 1966) —

In den Erläuterungen ist jeweils der letzte Absatz: „Bei der Gewährung der Bundesmittel kann eine angemessene Selbstbeteiligung der Länder zur Auflage gemacht werden" zu streichen.

Die Maßnahmen werden aus der Anpassungshilfe finanziert, deren Mittel nach § 1 EWG-Anpassungsgesetz vom Bund aufzubringen sind. Eine Länderbeteiligung ist im Anpassungsgesetz nicht vorgesehen.

An der Regierungsvorlage wird festgehalten.

Der Wegfall bisher gewährter Landesmittel in Höhe von ca. 36 Mio DM würde dem Sinn des EWG-Anpassungsgesetzes vom 9. September 1965 zuwiderlaufen, da die Anpassungshilfe nach § 1 a. a. O. „zur beschleunigten Eingliederung der landwirtschaftlichen Betriebe" in den Gemeinsamen Markt dienen soll.

Einer gesetzlichen Regelung der Länderbeteiligung bedarf es im übrigen nicht. Auch bei anderen Selbstbeteiligungen der Länder sind solche Bestimmungen nicht Voraussetzung für entsprechende Erwartungen des Bundes. Es muß vielmehr entscheidend sein, daß nach dem Grundgesetz auch bei der Verbesserung der Marktstruktur in erster Linie die Zuständigkeit der Länder gegeben ist und daß nach § 2 des EWG-Anpassungsgesetzes die Mittel nach § 1 insbesondere in Ergänzung der nach § 5 des Landwirtschaftsgesetzes von der Bundesregierung zu treffenden Maßnahmen u. a. zur Verbesserung der Marktstruktur dienen.

Tit. 673 — Zuschüsse zur Verbilligung von Zinsen für Darlehen zur Förderung vordringlicher agrar- und ernährungswirtschaftlicher Maßnahmen —

a) In Buchstabe a sind die Worte „Der Ansatz darf nicht überschritten werden" zu streichen.

Die Streichung ist erforderlich, weil es sich um rechtliche Verpflichtungen handelt, die vom Bund in jedem Fall erfüllt werden müssen.

Nach Auffassung der Bundesregierung reicht der Ansatz aus.

b) In Buchstabe b ist der Ansatz für 1966 auf 17 Mio DM zu erhöhen. Entsprechend sind die Erläuterungen zu ändern; insbesondere ist der Bewilligungsrahmen zu erhöhen.

Die Zinsverbilligungsaktion muß im Jahre 1966 im bisherigen Umfang fortgesetzt werden. Die Landwirtschaft hat nach wie vor einen großen Investitionsbedarf, den sie auf Grund der Ertragslage in hohem Maße mit Fremdmitteln finanzieren muß.

Deckungsvorschlag

Siehe Tit. 959.

An der Regierungsvorlage wird festgehalten.

Abgesehen von der schwierigen Haushaltslage (der Antrag beinhaltet eine langfristige Belastung des Bundeshaushalts von ca. 210 Mio DM) läßt insbesondere der geschwächte Kapitalmarkt eine Zinsverbilligungsaktion 1966 in dem geforderten Umfang nicht zu.

c) In Buchstabe e ist der Ansatz um 500 000 DM auf 4 487 500 DM zu erhöhen.

An der Regierungsvorlage wird festgehalten.

Die angespannte Haushalts- und Kapitalmarktlage gebietet die Einschränkung der Zinssubventionen.

Stellungnahme des Bundesrates	Stellungnahme der Bundesregierung
Die Zinsverbilligungsaktion für die Fischerei kann nur nachhaltig fortgesetzt werden, wenn der Ansatz die vorgeschlagene Erhöhung erfährt.	
Deckungsvorschlag	
Siehe Tit. 572 b).	
d) Entschließung zu Buchstabe f:	Der Bitte um Prüfung wird entsprochen werden.
„Die Bundesregierung wird gebeten, im Verlauf des weiteren Gesetzgebungsverfahrens zu prüfen, ob die Zinsverbilligung bisher nicht verbilligter langfristiger Verbindlichkeiten landwirtschaftlicher Betriebe über das Rechnungsjahr 1965 hinaus fortgeführt werden kann. Durch die Gewährung von Zinszuschüssen sollten die langfristigen Verbindlichkeiten weiterhin auf einen tragbaren Zinssatz gesenkt werden. In Anbetracht der derzeitigen Ertragslage der deutschen Landwirtschaft und des bestehenden hohen Investitionsbedarfs ist eine Verzinsung der aufgenommenen Kredite mit 3,5 % nicht zumutbar."	

Tit. 959 — Investitionsbeihilfen für landwirtschaftliche Betriebe (Anpassungshilfe 1966) —

Stellungnahme des Bundesrates	Stellungnahme der Bundesregierung
a) Der Ansatz ist um 7 Mio DM auf 126,5 Mio DM zu kürzen.	An der Regierungsvorlage wird festgehalten.
Deckungsvorschlag für Tit. 673 b.	
Die Kürzung ist vertretbar, weil es sich um eine neue Maßnahme handelt, die im Jahre 1966 voraussichtlich erst langsam anlaufen wird.	
b) In den Erläuterungen ist an den ersten Absatz folgender Satz anzufügen:	An der Regierungsvorlage wird festgehalten.
„Aus diesem Titel sind vorweg die Antragsüberhänge aus dem Rechnungsjahr 1965 aus dem Kapitel 10 02 Titel 610, 618 a und b und 630 a abzudecken, ohne daß das Vorliegen eines Betriebsentwicklungsplans oder der Nachweis einer Buchführung zur Voraussetzung bei der Antragstellung gemacht wird."	Im übrigen sollen im Rahmen der zu erlassenden Richtlinien auch Maßnahmen gefördert werden, für die in früheren Jahren Einzelbeihilfen gewährt wurden. Soweit es sich bei solchen Maßnahmen um die Abwicklung von Anträgen aus den Vorjahren oder um die Anschaffung von Kühleinrichtungen in Milcherzeugerbetrieben und Milchsammelstellen handelt, soll auf die Vorlage eines Betriebsentwicklungsplans verzichtet werden.
Die Bedienung der erheblichen Überhänge aus dem Rechnungsjahr 1965 sollte mit Vorrang erfolgen.	
Bei Kapitel 10 02 ist hinter Tit. 961 ein Titel 963 mit der Zweckbestimmung „Erstattung der Lastenausgleichsabgaben an den Lastenausgleichsfonds für bestimmte Niederungsgebiete" mit einem Betrage von 13 453 000 DM einzufügen.	An der Regierungsvorlage wird festgehalten.
Als Deckung wird eine entsprechende Einsparung bei Kapitel 10 02 Titel 959 (Investitionsbeihilfen für landwirtschaftliche Betriebe, Anpassungshilfe 1966) vorgeschlagen. Die Futterbaubetriebe des Küstenraums befinden sich nach wie vor in einer wirtschaftlichen Notlage, die vor allem auf die unbefriedigende, frühere Regelung der Wasserverhält-	

Stellungnahme des Bundesrates | Stellungnahme der Bundesregierung

nisse zurückzuführen ist. Die im Küstenraum durchgeführten und durchzuführenden Maßnahmen sichern den Betrieben nur einen wirtschaftlichen Erfolg, wenn sie in die Lage versetzt werden, die notwendigen Folgemaßnahmen (Aufstockung der Viehbestände, Um- und Ausbau der Wirtschaftsgebäude, Maschineninvestitionen usw.) vorzunehmen. Um die hierfür notwendigen Kapitalmittel aufbringen zu können, ist den Grünlandbetrieben aus Mitteln des Grünen Plans der Lastenausgleich, der infolge einer Überbewertung in diesem Gebiet drückend ist, erstattet worden. Die Fortsetzung dieser Hilfe ist wegen ihrer breiten Wirkung von entscheidender Bedeutung, wenn nicht das ganze Programm gefährdet werden soll.

Das EWG-Anpassungsgesetz vom 9. September 1965 (BGBl. I S. 1201) steht dem Deckungsvorschlag nicht entgegen. Denn § 2 Abs. 1 Satz 2 a. a. O. sieht vor, daß die Anpassungshilfen auch zur Verbesserung der sozialen Lage der in der Landwirtschaft tätigen Menschen und zum Ausgleich unterschiedlicher steuerlicher Belastungen dienen sollen. Die Erstattung der Lastenausgleichsabgaben verbessert mittelbar die Agrar- und Betriebsstruktur i. S. der vorgenannten Bestimmung.

Tit. 965 — Seßhaftmachung von verheirateten Landarbeitern (Anpassungshilfe 1966) —

In Absatz 2 Satz 1 der Erläuterungen ist das Wort „letztmalig" zu streichen.

Die Fortführung der Maßnahmen ist dringend geboten.

Die Bundesregierung erhebt gegen den Vorschlag keine Einwendungen.

Kap. 10 02 — Allgemeine Bewilligungen —

Kap. 10 03 — Marktordnung —

Der Bundesrat begrüßt, daß seiner Stellungnahme vom 5. März 1965 (Drucksache 29/65 — Beschluß — und zu 29/65 — Beschluß —) insoweit Rechnung getragen worden ist, als der Grüne Plan 1966 haushaltsmäßig aufgegliedert in den Haushalt des Einzelplans 10 eingebaut worden ist.

Er erwartet, daß beim Vollzug des Bundeshaushalts 1966

a) die Ausgabenansätze des Einzelplans 10 im Haushaltsjahr 1966 in vollem Umfang für die vorgesehenen Maßnahmen zur Verfügung stehen und nicht globalen Sperrungen oder Kürzungen unterworfen werden;

b) entsprechend der Erklärung des Bundesministers der Finanzen in der 264. Sitzung des Bundesrates am 20. Dezember 1963 keine Ausweitung bzw. Verschärfung von Dotationsauflagen erfolgt und die finanzielle Beteiligung der Länder an den im Einzelplan 10 dafür in Aussicht genommenen Maßnahmen nicht höher angesetzt wird als bisher;

Im Entwurf des Haushaltsgesetzes 1966 sind globale Sperren oder Kürzungen nicht vorgesehen. Die Bundesregierung hat auch nicht die Absicht, bei der Durchführung des Haushalts 1966 Sperren zu verhängen.

Die Ausgabenansätze des Einzelplans 10 können jedoch nicht von vornherein von einer — wider Erwarten — notwendig werdenden Sperre ausgenommen werden.

Eine Ausweitung oder Verschärfung von Dotationsauflagen im Rechnungsjahr 1966 ist nicht beabsichtigt.

Stellungnahme des Bundesrates

c) zur Vermeidung bisher aufgetretener Vollzugsschwierigkeiten die Länder rechtzeitig an der Abfassung der Richtlinienentwürfe beteiligt werden sowie die Richtlinien zur Durchführung der einzelnen Maßnahmen so rechtzeitig erlassen werden, daß diese ohne Verzug begonnen oder fortgeführt werden können.

Stellungnahme der Bundesregierung

Die Bundesregierung wird — wie bisher — im Rahmen des Möglichen verfahren.

Der Bundesrat bittet, im Verlauf des weiteren Gesetzgebungsverfahrens den mehrjährigen kontinuierlichen Fortgang struktureller Förderungsmaßnahmen dadurch sicherzustellen, daß in die Erläuterungen insbesondere zu Kap. 10 02 Tit. 572, 573, 574, 575 und 576 a ein Hinweis über die weitere Fortführung und voraussichtliche finanzielle Leistung des Bundes aufgenommen wird.

Die Anregung wird geprüft werden.

Kap. 10 03 — Marktordnung —

Tit. 620 — Zuschüsse an die Einfuhr- und Vorratsstellen —

Der Ansatz ist um 4 784 000 DM zu kürzen.

Die Kürzung erscheint vertretbar. Sie ist notwendig, um die vorgeschlagenen Ausgabeerhöhungen in Kap. 10 02 Tit. 585 zu decken.

An der Regierungsvorlage wird festgehalten.

Eine Kürzung der bei Kap. 10 03 Tit. 620 veranschlagten Mittel für die Kosten der Vorratshaltung ist nicht vertretbar, weil der Ansatz äußerst knapp bemessen ist. Im übrigen ist der Deckungsvorschlag gegenstandslos, da die vorgeschlagenen Ansatzerhöhungen nicht möglich sind.

Einzelplan 11 — Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung —

Kap. 11 02 — Allgemeine Bewilligungen —

Tit. 570 — Förderung der beruflichen Fortbildung der unselbständigen Mittelschichten —

In Absatz 2 der Erläuterungen ist der auf die Träger der Fortbildungslehrgänge bezügliche Klammerhinweis eingangs durch „z. B." zu ergänzen.

An der Regierungsvorlage wird festgehalten.

Im weiteren Verlauf des Gesetzgebungsverfahrens sollte die Einbeziehung auch kommunaler Träger derartiger Fortbildungslehrgänge in die vorgesehene Förderung geprüft werden.

Bei dem Ansatz handelt es sich um eine Subvention des Bundes ohne gesetzliche Grundlage für grundsätzlich überregionale oder bundeszentrale Institutionen. Freiwillige Subventionen an kommunale Träger für regionale Fortbildungslehrgänge können bei der angespannten Haushaltslage nicht vom Bund gewährt werden.

Tit. 570 — Förderung der beruflichen Fortbildung der unselbständigen Mittelschichten —

Tit. 571 — Förderung der beruflichen Fortbildung der unselbständigen Mittelschichten einschließlich Verwaltungskosten —

Strukturelle Veränderungen der Tätigkeitsbereiche ergeben sich in vielen Wirtschaftszweigen im Zuge einer sich beschleunigenden technischen Entwicklung durch neue Maschinen, neue Werkstoffe oder neue Arbeitsverfahren. Ohne eine Anpassung an die veränderten Leistungsanforderungen müssen

Der Bund gewährt bei den Titeln 570 und 571 freiwillige Leistungen. Diese auszuweiten, verbietet vor allem die schwierige Haushaltslage. Darüber hinaus sind die Mittel ausschließlich zur Förderung des beruflichen Aufstiegs der unselbständigen Mittelschichten bestimmt. Eine Förderung der Umschulung

Stellungnahme des Bundesrates

viele qualifizierte Arbeiter und Angestellte dieser Bereiche eine oft erhebliche Verschlechterung ihres Status hinnehmen. Betroffen werden zunehmend bereits Arbeiter und Angestellte, die gerade das 40. Lebensjahr überschritten haben. Der Bundesrat hält es für erforderlich, daß den in diese Entwicklung gestellten Arbeitnehmern die Möglichkeit eröffnet wird, rechtzeitig — d. h. noch möglichst innerhalb der Zeitspanne, die zwischen drohendem Verlust des Arbeitsplatzes und tatsächlicher Entlassung liegt — durch zusätzliche Ausbildung die Voraussetzungen für weitere qualifizierte Tätigkeit zu erwerben. Es fehlt jedoch vielfach an den erforderlichen Einrichtungen.

Mit den Maßnahmen der o. a. Haushaltstitel wurden bisher mit begrüßenswertem Erfolg junge Arbeitnehmer gefördert, vor allem soweit sie sich auf die Übernahme des elterlichen Betriebes vorbereiten. Der Bundesrat bittet die Bundesregierung, ihm zum Haushaltsjahr 1967 eine zusammenfassende Darstellung aller im Bundeshaushalt dotierten einschlägigen Maßnahmen vorzulegen.

Stellungnahme der Bundesregierung

von Arbeitnehmern wegen struktureller Veränderungen der Tätigkeitsbereiche aus den Titeln 570 und 571 würde mit deren Zweckbestimmung nicht im Einklang stehen. Der Bund hat jedoch durch das Leistungsförderungsgesetz ein Programm geschaffen, das auch die Förderung der Anpassung an die veränderten Leistungsanforderungen zum Ziele hat und Maßnahmen der vorgeschlagenen Art umfaßt. Außerdem wird geprüft, inwieweit auch die Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung die neue Aufgabe übernehmen kann.

Die Bundesregierung wird dem Bundesrat die erbetene Darstellung zu gegebener Zeit vorlegen.

Kap. 11 10 — Kriegsopferversorgung und gleichartige Leistungen —

Bei Heimkehrern, die sich unter extremen Lebensverhältnissen jahrelang in Gefangenschaft oder Internierung (fünf und mehr Jahre) befanden, ist der ursächliche Zusammenhang zwischen vorzeitigem Kräfteverschleiß und jahrelangem Erdulden extremer Lebensverhältnisse nach dem gegenwärtigen Stand der medizinischen Forschung nur in einzelnen Fällen schlüssig nachweisbar. Das besondere Schicksal dieser Männer und Frauen und ihr heutiger Allgemeinzustand lassen jedoch vermuten, daß in diesen Fällen auf Einwirkungen der Gefangenschaft oder Internierung zurückzuführende Spätfolgen bestehen.

Der Bundesrat bittet die Bundesregierung, ihm mitzuteilen, ob sie sich in der Lage sieht, diesen Personenkreis etwa wie in den Fällen des sogenannten Leberspätschadens (vgl. Rundschreiben des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung vom 31. Oktober 1963 — V/6 — 5681.1 — 2818/63 — BVBl. 1963 S. 119 Nr. 55 —) in die Versorgung einzubeziehen oder ihm zumindest eine Versorgung als Kannleistung nach § 1 Abs. 3 Satz 2 BVG (Ungewißheit in der medizinischen Wissenschaft über die Ursache des festgestellten Leidens) zu ermöglichen.

Die Bundesregierung bemüht sich seit längerem um eine Lösung dieses Problems. Die Untersuchungen der Bundesregierung sind noch im Gange. Deren Ergebnis muß abgewartet werden.

Tit. 303 — Kosten der Heil- und Krankenbehandlung sowie der Versehrtenleibesübungen —

Der Bundesrat muß mit Bedauern feststellen, daß die Kosten für die Heil- und Krankenbehandlung in versorgungseigenen Krankenanstalten auch für 1966 nur vorläufig berechnet und mit weit unter den tatsächlichen Aufwendungen liegenden Beträgen ver-

Die Arbeiten zum Erlaß der Erstattungsverordnung sind soweit abgeschlossen, daß die Bundesregierung demnächst dem Bundesrat den Verordnungsentwurf zuleiten kann. Erst diese Verordnung wird die Nachzahlungsverpflichtung des Bundes substantiie-

Stellungnahme des Bundesrates

anschlagt wurden. Der Bundesrat geht von der Erwartung aus, daß die Arbeiten zum Erlaß der Erstattungsverordnung nach § 1 Abs. 1 Nr. 8 des Ersten Überleitungsgesetzes in der Fassung des Vierten Überleitungsgesetzes beschleunigt fortgesetzt und abgeschlossen werden. Die Verkündung der Verordnung sollte nach beinahe 11jähriger Verzögerung zumindest so rechtzeitig erfolgen, daß mit den Nachzahlungen für die Vergangenheit spätestens im Rechnungsjahr 1967 begonnen werden kann.

Daneben ist, vor allem angesichts der durch Arbeitszeitverkürzung und Lohnerhöhung verursachten überdurchschnittlichen Steigerung der Personalkosten, eine fühlbare Erhöhung der Abschlagszahlungen noch für das Rechnungsjahr 1966 unerläßlich.

Stellungnahme der Bundesregierung

ren. Vorher fehlt es nach allgemeinen Haushaltsgrundsätzen an der Etatreife.

Eine Erhöhung der Abschlagszahlungen für das Rechnungsjahr 1966 wird von der Bundesregierung unter Berücksichtigung der in der Entschließung herausgestellten Gesichtspunkte bereits sorgfältig geprüft.

Einzelplan 12 — Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr —

Kap. 12 02 — Allgemeine Bewilligungen —

Tit. 510 — Sondervermögen Deutsche Bundesbahn —

Der Bundesrat empfiehlt, im weiteren Gang des Gesetzgebungsverfahrens zu prüfen, inwieweit eine schnellere Harmonisierung und Normalisierung der Konten der Deutschen Bundesbahn erreicht werden kann.

Die Bundesregierung hat inzwischen ein verkehrspolitisches Programm verabschiedet, in dem eine Prüfung dieser Frage vorgesehen ist.

Kap. 12 03 — Bundeswasser- und Schiffahrtsverwaltung —

Tit. 734 — Verbesserung der Fahrwasserverhältnisse der Außenelbe, 21. Teilbetrag ... —

Tit. 736 — Ausbau des Fahrwassers der Elbe auf 12 m unter mittlerem Niedrigwasser, 3. Teilbetrag —

In der Spalte Zweckbestimmung ist folgender Haushaltsvermerk auszubringen:

„Die Ansätze der Titel 734 und 736 sind gegenseitig deckungsfähig."

Es muß die Möglichkeit eröffnet werden, Mittel aus dem einen Titel dem anderen Titel zuzuführen, um die zeitliche Durchführung der Maßnahmen den gegebenen Erfordernissen anpassen zu können.

Die Bundesregierung hält an der Regierungsvorlage fest.

Die Geldansätze bei beiden Titeln entsprechen dem erwarteten Bauablauf.

Kap. 12 17 — Luftfahrt —

Tit. 58 — Einnahmen anläßlich des Ausscheidens des Bundes aus den Gesellschaftsbeteiligungen an Flughäfen —

In Satz 1 der Erläuterungen sind die Worte „Hannover-Langenhagen" zu streichen.

Die vom Bund eingeleiteten Verhandlungen wegen des Ausscheidens aus der Flughafen-GmbH schweben noch.

An der Regierungsvorlage wird festgehalten.

Um die zwangsläufig begrenzten Mittel des Bundes zu konzentrieren, ist es erforderlich, daß der Bund vom Rechnungsjahr 1966 an nur noch den Ausbau der Verkehrsflughäfen Frankfurt (Main), Wahn und in Berlin fördert. Diese Flughäfen sind für die Luftfahrt von besonderer, herausgehobener Bedeutung. Diese Voraussetzungen liegen beim Flughafen Hannover-Langenhagen nicht vor, zumal der Bund in-

Stellungnahme des Bundesrates | Stellungnahme der Bundesregierung

zwischen dort durch Bereitstellung von erheblichen Sondermitteln ausreichende Einrichtungen zur Sicherung des Berlin-Verkehrs geschaffen hat.

Tit. 570 — Flughafengesellschaften, an denen der Bund beteiligt ist —

Die Erläuterungen sind wie folgt zu fassen:

a) Am Grundkapital bzw. Stammkapital der nachstehenden Flughafengesellschaften sind beteiligt:

1. . . .
2. . . .
3. . . .
4. Flughafen Hannover-Langenhagen GmbH Hannover

Bund	33 1/3 v. H.	1 333 000 DM
Land Niedersachsen	33 1/3 v. H.	1 333 000 DM
Stadt Hannover	33 1/3 v. H.	1 334 000 DM
		4 000 000 DM

An der Regierungsvorlage wird fesgehalten (vgl. auch zu Titel 58).

b) Veranschlagt sind:

1. . . .
2. . . .
3. . . .
4. Flughafen Hannover-Langenhagen GmbH (in den Betragsspalten: —)

c) Nachrichtlich (S. 479)

Für die Flughäfen Nürnberg und Stuttgart sind keine Bundesleistungen mehr vorgesehen, da der Bund aus den Gesellschaftsbeteiligungen an diesen Flughäfen ausscheidet (vgl. Kap. 12 17 Tit. 58 und Tit. 573).

Siehe Begründung für den Änderungsvorschlag zu Kap. 12 17 Tit. 58.

Tit. 573 — Aufwendungen anläßlich des Ausscheidens des Bundes aus den Gesellschaftsbeteiligungen an Flughäfen —

Satz 1 der Erläuterungen ist wie folgt zu fassen:

„Der Bund beabsichtigt, aus den Flughafengesellschaften Nürnberg GmbH und Stuttgart GmbH auszuscheiden."

Siehe Begründung für den Änderungsvorschlag zu Kap. 12 17 Tit. 58.

An der Regierungsvorlage wird fesgehalten (vgl. auch zu Titel 58).

Stellungnahme des Bundesrates | Stellungnahme der Bundesregierung

Einzelplan 14 — Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung —

Kap. 14 12 — Unterbringung —

Tit. 570 — Aufschließungsmaßnahmen und Folgeeinrichtungen besonderen Umfangs bei militärischen Bauvorhaben und Wohnsiedlungen —

In den Erläuterungen zu Satz 3 ist der Punkt durch ein Semikolon zu ersetzen und folgender Halbsatz anzufügen:

„wenn die Aufschließungsmaßnahmen ausschließlich durch Maßnahmen des Bundesministers der Verteidigung veranlaßt werden, trägt dieser die Kosten allein."

Die Ergänzung erscheint sachlich gerechtfertigt.

An der Regierungsvorlage wird festgehalten.

Es ist nicht vertretbar, in den Erläuterungen nur eine der Voraussetzungen zu nennen, die für die Kostenbeteiligung des Bundes an Aufschließungsmaßnahmen und Folgeeinrichtungen gelten. Die Vergabe der Mittel erfolgt nach verteidigungsinternen Richtlinien, die dem vom Bundesrat angesprochenen Grundsatz im wesentlichen Rechnung tragen.

Tit. 830 — Maßnahmen zur Unterbringung von Angehörigen der Bundeswehr —

Der Ansatz ist von 122 058 300 DM um 150 000 000 DM auf 272 058 300 DM zu erhöhen.

Durch den Beschluß des Bundesrates sind die Steuereinnahmen um 150 000 000 DM erhöht worden. In dieser Höhe stehen mehr Deckungsmittel als zum Haushaltsausgleich benötigt zur Verfügung.

Aus konjunkturpolitischen Gründen und mit Rücksicht auf die Situation am Kapitalmarkt soll der Kreditbedarf des Bundes um diesen Betrag gesenkt werden. Das erfordert, daß 150 000 000 DM Ausgaben aus dem außerordentlichen Haushalt in den ordentlichen Haushalt verlagert werden.

Die Umsetzung von Ansätzen des außerordentlichen Haushalts in den ordentlichen Haushalt, die im Zusammenhang mit der empfohlenen Verminderung des außerordentlichen Haushalts steht, muß dem weiteren Gesetzgebungsverfahren überlassen bleiben. Die Bundesregierung hält an ihrer Vorlage fest.

Kap. 14 19 — Flugzeuge, Flugkörper und flugtechnisches Gerät —

Tit. 958 — Beschaffung von Austattungen für Flugplätze sowie Anlagen, Ausrüstungs- und Versorgungseinrichtungen der fliegenden Verbände und Flugzeugführerschulen —

Bei diesem Titel oder an anderer in Frage kommender Stelle sind die Erläuterungen wie folgt zu ergänzen:

„Von dem Ansatz ist ein angemessener Betrag für die Beschaffung von Schallschluckanlagen auf Düsenjägerflugplätzen vorgesehen."

Die Innenminister-Konferenz hat Anfang Oktober 1965 den Bundesminister der Verteidigung gebeten, Schallschluckanlagen auf Düsenjägerflugplätzen zu schaffen. Der Bundesminister der Verteidigung hat mit Schreiben vom 16. November 1965 mitgeteilt, daß im Hinblick auf die nur begrenzte Wirkung der bisher auf Düsenjägerflugplätzen errichteten transportablen Abgasschalldämpfer nunmehr der Bau von Lärmschutzhallen in Angriff genommen worden sei. Durch den Vermerk in den Erläuterungen des hierfür in Frage kommenden Titels soll erneut auf die Dringlichkeit hingewiesen werden, ohne daß dadurch eine Erhöhung des Haushaltsvolumens eintritt.

An der Regierungsvorlage wird festgehalten.

Schallschluckanlagen können, soweit es sich um Ausstattungen für Flugplätze handelt, auch ohne Änderung der Erläuterungen aus diesem Titel beschafft werden.

Infrastrukturmaßnahmen, die der Schalldämmung dienen, sind aus Mitteln des Kap. 14 12 zu finanzieren. Für diese Zwecke sind bereits 30 Mio DM veranschlagt (Lärmschutzhallen). Weitere Mittel können bei Bedarf unter Ausnutzung der gegenseitigen Deckungsfähigkeit bereitgestellt werden. Für eine Ergänzung der Erläuterungen besteht deshalb kein Bedürfnis.

Stellungnahme des Bundesrates / Stellungnahme der Bundesregierung

Kap. A 14 12 — Unterbringung —

Tit. 830 — Maßnahmen zur Unterbringung von Angehörigen der Bundeswehr —

Stellungnahme des Bundesrates:

Der Ansatz ist von 332 000 000 DM um 150 000 000 DM auf 182 000 000 DM zu kürzen.

Siehe Begründung für den Änderungsvorschlag zu Kap. 14 12 Tit. 830.

Stellungnahme der Bundesregierung:

Vgl. Stellungnahme zu Kap. 14 12 Tit. 830.

Einzelplan 15 — Geschäftsbereich des Bundesministers für Gesundheitswesen —

Kap. 15 02 — Allgemeine Bewilligungen —

Tit. 301 — Gesundheitliche Aufklärung der Bevölkerung —

Stellungnahme des Bundesrates:

Der Ansatz von 2 430 000 DM ist um 500 000 DM zu kürzen.

In den Erläuterungen ist der Ansatz für das Preisausschreiben (Gesundheitsquiz in den Schulen) entsprechend herabzusetzen.

Auf Grund der allgemeinen Haushaltslage muß auf eine Erhöhung im Jahre 1966 verzichtet werden.

Stellungnahme der Bundesregierung:

An der Regierungsvorlage wird festgehalten.

Die Öffentlichkeitsarbeit, insbesondere die gesundheitliche Aufklärung der Jugend, ist eine der wichtigsten Aufgaben des Bundesgesundheitsministeriums und muß im vorgesehenen Umfang durchgeführt werden.

Tit. 671 — Förderung des Erfahrungsaustausches, insbesondere über gemeingefährliche und übertragbare Krankheiten, mit internationalen Organisationen und mit Persönlichkeiten des Gesundheitswesens —

Stellungnahme des Bundesrates:

Der Ansatz von 120 000 DM ist um 50 000 DM auf 170 000 DM zu erhöhen.

In den Erläuterungen ist der letzte Absatz wie folgt zu fassen:

„U. a. ist es notwendig, Ärzten und Amtsärzten aus dem Ausland eine Fortbildung in der Bundesrepublik und Ärzten aus der Bundesrepublik eine Fortbildung im Ausland durch Gewährung von Stipendien zu ermöglichen."

Im Rahmen der Bekämpfung der Pocken ist es erforderlich, daß Ärzte aus der Bundesrepublik, die in Ärztekommissionen zur frühzeitigen Erkennung der Pocken eingesetzt sind, das klinische Bild der Pocken in den verschiedenen Stadien sehen und sich über Verhütungs- und Bekämpfungsmaßnahmen in Epidemiengebieten, z. B. Pakistan, Indien, an Ort und Stelle unterrichten können.

Deckungsvorschlag

Einsparung von 50 000 DM bei Kap. 15 02 Tit. 668.

Stellungnahme der Bundesregierung:

An der Regierungsvorlage wird festgehalten.

Der Ansatz wird für ausreichend angesehen.

Stellungnahme des Bundesrates — Stellungnahme der Bundesregierung

Tit. 962 — Förderung der Entwicklung von technischen Hilfen für Kinder mit schweren Mißbildungsformen sowie Zuschüsse zur Förderung der notwendigen Erweiterung bestehender Fachkliniken, insbesondere von freien gemeinnützigen Krankenanstalten und privaten Krankenanstalten, die die Voraussetzungen der Gemeinnützigkeitsverordnung erfüllen (§ 10 Abs. 2 und 3 GemVO), für diese Kinder —

In den Erläuterungen ist der letzte Absatz zu streichen.

Vgl. die Stellungnahme des Bundesrates zum Entwurf des Haushaltsgesetzes 1964 und 1965, Drucksache 55/63 (Beschluß) Abschnitt I Nr. 4 und Drucksache 312/64 (Beschluß) C V Nr. 4.

An der Regierungsvorlage wird festgehalten.

Die Dotationsauflage ist gegenüber der vom Parlament verabschiedeten Fassung des Haushalts 1965 nicht verschärft. Die Bundesregierung ist der Ansicht, daß die Dotationsauflagen nicht geändert werden sollten, bevor nicht die Ergebnisse der Arbeiten der Finanzreformkommission ausgewertet sind.

Einzelplan 24 — Geschäftsbereich des Bundesschatzministers —

Kap. 24 03 — Bundesvermögens- und Bauverwaltung —

Tit. 960 — Beseitigung von militärischen Anlagen des Westwalls und Zahlung von Entschädigungen —

In den Erläuterungen sind die Sätze:

a) „Die voraussichtlichen Gesamtkosten betragen . . . . 29 540 000 DM."

b) „Bleiben . . . . 2 700 000 DM."

c) „Vorbehalten . . . . 1 000 000 DM."

zu streichen.

In den Erläuterungen ist zum Ausdruck gebracht, daß Ende 1967 dieser Titel auslaufen soll. Es trifft nicht zu, daß die Beseitigung der Anlagen des ehemaligen Westwalls sich dem Ende nähert. Vielmehr besteht noch eine erhebliche Anzahl von Bunkern und ähnlichen Anlagen, die im Interesse des Städtebaues, des Straßenbaues und der Landwirtschaft beseitigt werden müssen. Diese Aktion wird noch über das Jahr 1967 hinaus fortgeführt werden müssen.

An der Regierungsvorlage wird festgehalten.

Die Bundesregierung ist der Auffassung, daß die Aktion zur Beseitigung der Westwallanlagen zeitlich und finanziell begrenzt werden kann. Dies entspricht auch dem Standpunkt des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages.

Einzelplan 25 — Geschäftsbereich des Bundesministers für Wohnungswesen und Städtebau —

Kap. 25 02 — Allgemeine Bewilligungen —

Tit. 582 — Förderung des Wohnungsbaues zugunsten von Flüchtlingen aus der sowjetisch besetzten Zone und dem sowjetisch besetzten Sektor Berlins sowie der ihnen gleichgestellten Personen —

1. In der Spalte „Zweckbestimmung" Buchstabe a ist folgender Satz zu streichen:

   „Es wird die Ermächtigung erteilt, mit Zustimmung des Bundesministers der Finanzen Verpflichtungen für künftige Rechnungsjahre für Darlehenszusagen bis zur Höhe von 160 000 000 DM einzugehen.

   Die Fälligkeiten aus dieser Ermächtigung sind auf mindestens 2 Jahre zu verteilen."

An der Regierungsvorlage wird festgehalten.

1.

a) Nach Artikel 106 Abs. 4 Nr. 1 GG tragen der Bund und die Länder gesondert die Ausgaben, die sich aus der Wahrnehmung ihrer Aufgaben ergeben; Artikel 120 Abs. 1 GG bleibt unberührt. Hiernach trägt der Bund die Aufwendungen für die inneren und äußeren Kriegsfolgelasten nach näherer Bestimmung von Bundesgesetzen. Im Rahmen der Kriegsfolgenhilfe hat der Bund nach § 11 Abs. 1 Satz 1 des Ersten Überleitungsgeset-

Stellungnahme des Bundesrates

2. In der Spalte „Zweckbestimmung" unter Buchstabe b sind hinter den Worten „des Rechnungsjahres 1967 anzurechnen." folgende neue Absätze einzufügen:

   „Es wird die Ermächtigung erteilt, mit Zustimmung des Bundesministers der Finanzen Verpflichtungen für künftige Rechnungsjahre einzugehen, und zwar für

   a) Darlehenszusagen (Unterteil a)
   bis zur Höhe von . . . . 300 000 000 DM

   b) Zinszuschußzusagen (Unterteil b)
   bis zur Höhe von . . . . 22 500 000 DM.

   Die Fälligkeiten aus dieser Ermächtigung sind bei Darlehen auf mindestens 2 Jahre und bei Zinszuschüssen auf mindestens 5 Jahre zu verteilen."

3. In den Erläuterungen sind die Absätze Ziffer 1 und 2 zu streichen. An ihre Stelle treten folgende Absätze:

   „1. Der Bund stellt Mittel zur wohnlichen Unterbringung von Flüchtlingen aus den sowjetisch besetzten Gebieten Deutschlands, Aussiedlern und Gleichgestellten, die bis zum 31. Dezember 1965 auf die Länder verteilt worden sind, zur Verfügung. Von außerhalb des Bundesgebiets zurückzuführende Evakuierte werden den zu berücksichtigenden Flüchtlingen gleichgestellt. Bei der Errechnung der Bundesmittel werden nicht berücksichtigt:

   a) die alleinstehenden Personen bis zum vollendeten 24. Lebensjahr,

   b) die Flüchtlinge, die auf Grund des Artikels 11 Abs. 2 des Grundgesetzes aufgenommen wurden, soweit sie nicht wegen ihrer ungesicherten wohnraummäßigen Versorgung ebenfalls auf die Länder verteilt worden sind,

   c) die wieder zurückgewanderten Flüchtlinge.

   2. Der Bundesförderungssatz errechnet sich aus den durchschnittlichen Gesamtkosten einer Wohnung im öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau der einzelnen Länder auf der Grundlage der Bewilligungsstatistik der letzten beiden Vierteljahre, für die beim Statistischen Bundesamt die Ergebnisse 14 Tage vor dem Zeitpunkt vorliegen, in dem die Hauptmasse der Mittel zur Verteilung gelangt.

   3. Für jede berücksichtigungsfähige Person werden gewährt

   a) Bundesdarlehen in Höhe von 10 v. H. der durchschnittlichen Gesamtkosten einer Wohnung,

   b) Zinszuschüsse und Zuschüsse zur Deckung der laufenden Aufwendungen gemäß

Stellungnahme der Bundesregierung

zes nur die Kosten der lagermäßigen Unterbringung der Zugewanderten aus der SBZ bis zur wohnungsmäßigen Unterbringung am Übernahmeort zu tragen. Diese Verpflichtung hat der Bund laufend erfüllt, seit dem 1. April 1955 durch die Zahlung von Pauschbeträgen. Die Länder erhalten diese Leistungen weiterhin, obwohl die Lager inzwischen weitgehend aufgelöst worden sind.

Das Bundesverwaltungsgericht hat in der Begründung zu seinem Urteil vom 21. Februar 1956 — BVerwG I A 38.54 — ausdrücklich festgestellt, „daß keine Verpflichtung des Bundes besteht, Wohnungsbaumittel für den Wohnungsbau für Sowjetzonenflüchtlinge zusätzlich zu den allgemeinen Wohnungsbaumitteln bereitzustellen".

Die Aufwendungen für den Wohnungsbau für Sowjetzonenflüchtlinge und ihnen gleichgestellte Personen gehören nicht zu den anerkannten Kriegsfolgelasten, die unter Artikel 120 GG fallen. Eine rechtliche Verpflichtung zur Tragung dieser Aufwendungen besteht für den Bund insoweit nicht. Das ergibt sich auch aus der Begründung zu dem Beschluß des Bundesverfassungsgerichts zum Gesetz über die Tilgung der Ausgleichsforderungen vom 16. Juni 1959 — 2 BvF 5/65.

Demgegenüber obliegt den Ländern die wohnungsmäßige Unterbringung. Die Ausgaben hierfür haben sie nach Artikel 106 Abs. 4 Nr. 1 GG selbst zu tragen.

Die Änderung der bisherigen Regelung stellt daher — im Gegensatz zu der Auffassung der Länder — keinen Eingriff in die im Grundgesetz festgelegte Lastenverteilung dar.

b) Als um die Jahreswende 1952/53 die Zahl der Flüchtlinge aus der SBZ erheblich anstieg und der Wohnungsbau für diese Personen den Ländern finanzielle Schwierigkeiten bereitete, erklärte sich der Bund ab 1. Februar 1953 bereit, anstelle der von ihm zu tragenden Kosten für den Lageraufenthalt, verringert um die von den Ländern zu tragende Interessenquote, etwa in gleicher Höhe Mittel für den Wohnungsbau für Flüchtlinge bereitzustellen. Damit sollte der Bau weiterer unwirtschaftlicher Lagerbaracken vermieden werden.

   Auf Grund des durch die ständig gestiegene Zahl der Flüchtlinge sowie die gestiegenen Bau-, Grundstücks- und Kapitalkosten ins Stocken geratenen Wohnungsbaues der Länder war 1956/57 eine wohnungspolitisch ernste Lage entstanden, die durch den Anfang 1957 einsetzenden außergewöhnlichen Zustrom von Aussiedlern noch verschärft wurde. Um den Wohnungsbau wieder zu beschleunigen, erklärte sich der Bund im Rahmen einer zunächst auf das Jahr 1957 beschränkten Übergangsregelung freiwillig bereit, den Ländern für 4 Personen 50 v. H. der durchschnittlichen Gesamtherstellungskosten einer Wohnung im sozialen Wohnungsbau der Länder zur Ver-

Stellungnahme des Bundesrates

§ 42 Abs. 6 des Zweiten Wohnungsbaugesetzes in der Fassung vom 24. August 1965 (Bundesgesetzbl. I S. 945) zur Verbilligung von Kapitalmarktmitteln in Höhe von 2,5 v. H. der durchschnittlichen Gesamtkosten einer Wohnung um 6 v. H. auf die Dauer von 5 Jahren.

Die darüber hinaus zur Erzielung tragbarer Mieten und Lasten erforderlichen Mittel tragen die Länder.

4. Die Zahl der bei der Mittelverteilung zu berücksichtigenden Personen des Jahres 1965 wird vorläufig geschätzt auf 48 000 Personen. Der Errechnung der für sie bereitzustellenden Mittel liegt . . . . zugrunde."

Der bisherige Absatz Ziffer 3 wird Ziffer 5.

Die bisherige Regelung („Kanzlerlösung") ging von der zutreffenden Voraussetzung aus, daß der Flüchtlingswohnungsbau als Kriegsfolgelast und entsprechend seinem gesamtdeutschen Charakter in den ausschließlichen Aufgabenbereich des Bundes fällt. Die Länder können hieran allenfalls mit einer Interessenquote beteiligt werden.

Eine Änderung ist im Hinblick auf den Artikel 106 Abs. 4 Nr. 1 in Verbindung mit Artikel 120 des Grundgesetzes verfassungsrechtlich nicht vertretbar.

Eine Änderung verstößt auch gegen die Geschäftsgrundlagen, die dem Kompromiß über die letzte Festsetzung des Bundesanteils an der Einkommen- und Körperschaftsteuer zugrunde liegen. Bund und Länder stimmten seinerzeit darin überein, daß die Festsetzung des Bundesanteils von der derzeit bestehenden letzten Verteilung ausgehen und daß diese letzte Verteilung für die Geltungsdauer des gegenwärtigen Beteiligungsverhältnisses an der Einkommen- und Körperschaftsteuer unangetastet bleiben soll.

Die öffentliche Wohnungsbauförderung wird durch die auf Grund des Artikels 11 des Haushaltssicherungsgesetzes vom 20. Dezember 1965 (BGBl. I S. 2065) ausfallenden 272 Mio DM wesentlich erschwert. Ein Ausgleichen dieses Ausfalles ist den Ländern nicht möglich. Hinzu treten die Schwierigkeiten, die aus der Neuregelung der sogenannten Familienzusatzdarlehen (§ 45 Zweites Wohnungsbaugesetz i. d. F. vom 1. September 1965, BGBl. I S. 1617) und aus der erheblichen Erhöhung des Kapitalzinses erwachsen. Der soziale, öffentlich geförderte Wohnungsbau wird bereits aus diesen Gründen stark rückläufig sein. Das würde noch mehr der Fall sein, wenn die bisherige Interessenquote der Länder auf 50 v. H. gesteigert würde. Außerdem ist zu betonen, daß die Länder schon nach der bisherigen wieder anzustrebenden Lösung neben der Interessenquote ohnehin belastet sind durch

Stellungnahme der Bundesregierung

fügung zu stellen. Diese Regelung galt auch 1958 und 1959. Die für die Jahre 1960 und 1961 modifizierte Regelung wurde noch bis einschließlich 1965 angewendet. Damit hat der Bund erheblich höhere Leistungen erbracht, als er zu erbringen verpflichtet war.

Die anderweitige Auffassung des Bundesrates ist daher unrichtig.

Um die Bundesbeteiligung auf ein angemessenes und der Haushaltslage entsprechendes Maß zurückzuführen, soll — neben der Pauschalierung der Kosten für die lagermäßige Unterbingung — die Leistung des Bundes auf etwa die Hälfte der von der öffentlichen Hand für den Wohnungsbau aufzubringenden Mittel beschränkt werden.

2.

Das Gesetz zur Änderung des Beteiligungsverhältnisses an der Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer vom 11. März 1964 (BGBl. I S. 137) enthält keine Vorschriften, die eine sachlich gebotene Lastenverlagerung zwischen Bund und Ländern für die Dauer der Neufestsetzung des Beteiligungsverhältnisses ausschließt. Im Zusammenhang mit diesem Gesetz ist auch keine entsprechende Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern abgeschlossen worden.

3.

Die Ausgaben für den allgemeinen sozialen Wohnungsbau haben die Länder insoweit selbst zu tragen, als nicht der Bund Mittel auf Grund besonderer Gesetze dafür zur Verfügung stellt.

Bezüglich der Familienzusatzdarlehen ist zu bemerken, daß diese nur zum Bau von Familienheimen oder eigengenutzten Eigentumswohnungen bewilligt werden und daß, da der Anteil dieser Bauten im Rahmen des Flüchtlingswohnungsbaues sehr gering ist, den Ländern dadurch keine nennenswerte finanzielle Belastung entsteht.

4.

Die Beibehaltung der bisherigen Regelung durch die Erhöhung bzw. Neuausbringung der Bindungsermächtigungen würden die Haushalte ab 1967 belasten. Auf Grund der Dynamik der großen Ausgabeblöcke und ohne Berücksichtigung neuer Maßnahmen besteht für den Haushalt 1967 bereits heute eine erhebliche Deckungslücke. Die für die vorgeschlagene Erhöhung der Bundesbeteiligung erforderlichen Deckungsmittel können somit ab 1967 nicht zur Verfügung gestellt werden.

Stellungnahme des Bundesrates | Stellungnahme der Bundesregierung

a) die erhöhten Familienzusatzdarlehen auch für diesen Personenkreis,

b) die Aufwendungen für Erschließungs- und Folgelasten und

c) die wohnliche Unterbringung der nicht anrechnungsfähigen Personen.

Die vorgeschlagene Erhöhung (Unterteil a) bzw. die Neueinbringung (Unterteil b) der Bindungsermächtigungen belastet den Haushalt 1966 nicht.

Tit. 585 — Förderung des Wohnungsbaues nach § 19 a des Zweiten Wohnungsbaugesetzes in den Ländern —

Bei der Bindungsermächtigung

in Buchstabe a ist die Zahl „151 200 000 DM"
durch die Zahl „195 300 000 DM"

und

in Buchstabe b ist die Zahl „58 800 000 DM"
durch die Zahl „14 700 000 DM"

zu ersetzen.

Solange Berechtigte nach § 25 Zweites Wohnungsbaugesetz noch nicht ausreichend mit Wohnungen versorgt werden können und Mittel für Familienzusatzdarlehen wegen der Erhöhung nach dem Wohnungsbauänderungsgesetz in weitem Maße fehlen, muß die Gewährung von Annuitätszuschüssen nach § 88 Zweites Wohnungsbaugesetz möglichst klein gehalten sein. Es muß der Ansatz von 1 %, das sind auf 7 Jahre bezogen 14,7 Mio DM genügen.

Mit einer Herabsetzung der nach § 88 des Zweiten Wohnungsbaugesetzes i. d. F. vom 1. September 1965 einzusetzenden Annuitätszuschüsse auf 1 v. H. der nach § 19 a bereitzustellenden Bundesmittel, d. h. jährlich rd. 2 Mio DM, würde nach Meinung der Bundesregierung der Rahmen der Maßnahme so sehr eingeengt, daß der vom Gesetzgeber gestellte Auftrag nicht mehr als erfüllt angesehen werden könnte. Die Bundesregierung wäre allenfalls bereit, eine Herabsetzung der hierfür zu verwendenden Bundesmittel auf 2 v. H., d. h. jährlich rd. 4 Mio DM, hinzunehmen. Das bedeutet eine Verminderung der hierfür erforderlichen Bindungsermächtigung auf etwa insgesamt 28 Mio DM, während die Bindungsermächtigung für Darlehen entsprechend erhöht werden müßte.

Einzelplan 27 — Geschäftsbereich des Bundesministers für gesamtdeutsche Fragen —

Kap. 27 02 — Allgemeine Bewilligungen —

Tit. 602 — Kulturelle Maßnahmen im Zonenrandgebiet und in Grenzgebieten —

a) Zuschüsse zur Förderung von Schulbauten

In Satz 2 der Erläuterungen zu a) ist das Wort „Schulturnhallen" durch die Worte „weiterführende Schulen" zu ersetzen.

Die vorgeschlagene Fassung der Erläuterungen zeigt den Schwerpunkt des Programms stärker auf.

Die Bundesregierung erhebt keine Einwendungen.

Stellungnahme des Bundesrates — Stellungnahme der Bundesregierung

Einzelplan 29 — Geschäftsbereich des Bundesministers für Familie und Jugend —

Kap. 29 02 — Allgemeine Bewilligungen —

Tit. 571 — Bundesjugendplan —

a) Allgemeiner Bundesjugendplan (ausgenommen Baumaßnahmen)

Die Erläuterungen zu Tit. 571 Buchstabe a unter A. III. sind durch die Einbeziehung von Fahrten an die Demarkationslinie zu ergänzen. Gleichzeitig wird die Bundesregierung gebeten, für die Förderung von Reisen an die Demarkationslinie und von institutionellen Einrichtungen an geeigneter Stelle ein gemeinsames Programm der beteiligten Ressorts nach einheitlichen Grundsätzen vorzusehen.

An der Regierungsvorlage wird festgehalten.

Mit den zuständigen Landesministerien wurde vereinbart, daß die Fahrten von Jugendlichen an die Demarkationslinie von den Ländern gefördert werden.

Im übrigen wird die Bundesregierung die Anregung des Bundesrates auf Vereinheitlichung der Förderungsgrundsätze prüfen.

Tit. 571 — Bundesjugendplan —

c) Baumaßnahmen für Studentenwohnheime —

Absatz 3 der Erläuterungen zu Titel 571 c) ist so zu fassen, daß sie einen verläßlichen Aufschluß über die für den Bau von Studentenwohnheimen verfügbaren Mittel geben.

Es steht noch nicht fest, welche Mittel aus den Einzelplänen 05 und 25 für den Studentenwohnheimbau zur Verfügung gestellt werden können.

Einzelplan 32 — Bundesschuld —

Kap. 32 03 — Bundesschuldenverwaltung in Bad Homburg v. d. H. und Berlin —

Tit. 301 — Ausgaben aus Anlaß der Beschaffung von Mitteln im Wege des Kredits —

Der Ansatz von 58 804 700 DM ist um 6 000 000 DM auf 52 804 700 DM zu kürzen.

Die Einsparung bei Tit. 301 ergibt sich daraus, daß der Anleihebedarf nach den Empfehlungen des Bundesrates um 150 Mio DM vermindert werden kann (Empfehlung zu Kap. A 32 01 Tit. 91).

Die Bundesregierung erhebt keine Einwendungen.

Kap. 32 08 — Inanspruchnahme aus Sicherheitsleistungen und Gewährleistungen —

Tit. 525 — Inanspruchnahme aus Bürgschafts-, Gewähr- oder anderen ähnlichen Zwecken dienenden Verträgen sowie Zahlungen zur Abwendung des Eintritts von Schadensfällen (einschließlich der anfallenden Kosten, insbesondere der Vergütungen an die Mandatare) —

Anstelle des Leertitels ist eine negative Ausgabe von 80 Mio DM zu veranschlagen.

Bei Titel 525 waren in den letzten Jahren jeweils Einnahmen durch Rückflüsse zu verzeichnen. Sie haben im Rechnungsjahr 1965 183 Mio DM betragen. Es besteht kein Zweifel, daß auch im Jahre 1966 Einnahmen bei diesem Titel eintreten werden. Sie werden nach der voraussehbaren Entwicklung auf mindestens 80 Mio DM geschätzt und demgemäß veranschlagt.

An der Regierungsvorlage wird festgehalten.

Stellungnahme des Bundesrates

Kap. A 32 01 — Anleihe —

Tit. 91 — Einnahmen aus Anleihen —

Der Ansatz ist von 1 372 000 000 DM um 150 000 000 DM auf 1 222 000 000 DM zu kürzen.

Die Beschlüsse des Bundesrates führen auf der Einnahmeseite zu Verbesserungen von 150 Mio DM. Aus konjunkturpolitischen Gründen sollte in gleicher Höhe der Anleihebedarf des Bundes gesenkt werden. In dieser Höhe müssen Ausgabeansätze in den ordentlichen Haushalt überführt werden.

Stellungnahme der Bundesregierung

Eine etwaige Verminderung des außerordentlichen Haushalts muß dem weiteren Gesetzgebungsverfahren überlassen bleiben.

Einzelplan 60 — Allgemeine Finanzverwaltung —

Kap. 60 01 — Steuern und Abgaben —

Tit. St 1 — Umsatzsteuer —

Der Ansatz ist von 23 Mrd. DM um 100 Mio DM auf 23,1 Mrd. DM zu erhöhen.

Die Änderung von Steueransätzen sollte der während des weiteren Gesetzgebungsverfahrens in Aussicht genommenen Überprüfung der Steuerschätzung überlassen bleiben.

Tit. St 2 — Umsatzausgleichsteuer —

Der Ansatz ist von 2,55 Mrd. DM um 50 Mio DM auf 2,6 Mrd. DM zu erhöhen.

Den Steuerschätzungen liegt der Erkenntnisstand von Oktober 1965 zugrunde. Das zwischenzeitliche Aufkommen läßt erkennen, daß die Schätzungen mindestens in Höhe der beschlossenen Beträge Reserven enthalten. Der Betrag von 150 Mio DM soll zu einer weiteren Senkung des Anleihebedarfs des Bundes verwendet werden. Sollte sich während der weiteren parlamentarischen Behandlung des Haushaltsentwurfs 1966 herausstellen, daß mit zusätzlichen steuerlichen Mehreinnahmen zu rechnen ist, so bittet der Bundesrat den Bundestag, diese ebenfalls konjunkturgerecht zu verwenden.

Wie zu Tit. St 1.

Kap. 60 02 — Allgemeine Bewilligungen —

Tit. 68 — Aus der Prägung der Bundesmünzen sowie sonstige Einnahmen aus dem Münzwesen —

In der Zweckbestimmung ist nachstehender Vermerk auszubringen:

„Mehreinnahmen dienen bis zu einem Betrag von 10 Mio DM zur Deckung von Mehrausgaben bei Tit. 396."

Siehe Begründung für den Änderungsvorschlag zu Kap. 60 02 Tit. 396.

Die Bundesregierung erhebt keine Einwendungen.

Stellungnahme des Bundesrates

Tit. 199 — Minderausgaben bei Personalansätzen —

Folgende Zweckbestimmung ist neu einzufügen:

‚Minderausgaben wegen Fortfalls der „besonderen Zulage" in den Bundesministerien . . — 7,9 Mio DM.'

In den Kapiteln 01 aller Bundesministerien ist jeweils für die Bediensteten der Ministerien eine „besondere Zulage" vorgesehen. Diese besondere Zulage ist angesichts der in den Rechnungsjahren 1965 bis 1967 durchgeführten und noch geplanten zahlreichen Stellenhebungen und Höherstufungen nicht gerechtfertigt.

Stellungnahme der Bundesregierung

Der Vorschlag wird im weiteren Verlauf des Gesetzgebungsverfahrens geprüft.

Tit. 396 — Prägekosten, Metallbeschaffungskosten und sonstige Kosten für die Unterhaltung des Münzumlaufs sowie Kosten der Bekämpfung der Falschmünzerei —

Der Ansatz von 40 Mio DM ist um 10 Mio DM auf 30 Mio DM herabzusetzen.

Die Zweckbestimmung ist durch den folgenden Vermerk zu ergänzen:

„Der Ansatz darf in Höhe der Mehreinnahmen bei Tit. 68 bis zu einem Betrag von 10 Mio DM überschritten werden."

Die Entwicklung der Ist-Ausgaben bei Tit. 396

— 1962 .... 15,3 Mio DM,
1963 .... 29,3 Mio DM,
1964 .... 39,9 Mio DM und
1965 .... 25,3 Mio DM —

läßt es geboten erscheinen, den Ausgabeansatz auf 30 Mio DM wie im Vorjahr zu beschränken.

Sollten wider Erwarten höhere Ausgaben erforderlich werden, dann stünden dem auch bei Kap. 60 02 Tit. 68 höhere Einnahmen gegenüber. Die vorgeschlagenen Kopplungsvermerke würden es ermöglichen, diese Mehreinnahmen zur Deckung etwaiger Mehrausgaben bei Tit. 396 zu verwenden.

Die Bundesregierung erhebt keine Einwendungen.

Tit. 571 — Regionale Hilfsmaßnahmen zur Steigerung der Wirtschaftskraft —

Der Bundesrat erwartet, daß im Interesse einer reibungslosen Fortführung der aus politischen und regionalwirtschaftlichen Gründen unbedingt erforderlichen Förderung der Zonenrand- und Bundesausbaugebiete beim Vollzug des Haushaltsgesetzes 1966 die hierfür vorgesehenen Mittel in vollem Umfang zur Verfügung stehen und nicht globalen Sperrungen unterworfen werden.

Auf die Stellungnahme zu § 8 Abs. 2 des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1966 wird verwiesen.

Stellungnahme des Bundesrates

Kap. 60 02 — Allgemeine Bewilligungen —

Tit. 603 — Ergänzungszuweisungen nach Artikel 107 Abs. 2 Satz 3 des Grundgesetzes —

ist mit einem Ansatz von 338 Mio DM für 1966 einzufügen.

Nach dem Gesetz vom . . . . ist der Bund verpflichtet, bei Vorliegen der im Gesetz näher bezeichneten Voraussetzungen den Ländern Bayern, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Saarland und Schleswig-Holstein Ergänzungszuweisungen zu gewähren. Der Betrag ist geschätzt.

Stellungnahme der Bundesregierung

Die Aufnahme des neuen Titels 603 ist aus folgenden Gründen abzulehnen:

a) Die Ausbringung eines Betrages für Ergänzungszuweisungen nach Artikel 107 Abs. 2 Satz 3 des Grundgesetzes ist schon formal nicht haushaltsreif, da der Gesetzentwurf über Ergänzungszuweisungen an einzelne Länder, der von den Ländern Schleswig-Holstein und Niedersachsen initiativ eingebracht worden ist, nicht einmal im Bundesrat abschließend behandelt, sondern zunächst dem Finanzausschuß zur Beratung überwiesen worden ist. Die Höhe des vorgeschlagenen Ansatzes entspricht den Wünschen der Länder, die den Entwurf eingebracht haben, ohne daß eine Nachprüfung durch die Bundesregierung hierüber möglich gewesen wäre.

b) Der Gesetzentwurf ist aber auch der Sache nach abzulehnen. Er soll das Länderfinanzausgleichsgesetz 1965 dahin ergänzen, daß die von den finanzstarken Ländern zugunsten der finanzschwachen Länder aufzubringende Finanzmasse für 1966 um 338 Mio DM zu Lasten des Bundes erhöht wird. Das bedeutet im Ergebnis eine Änderung des Ersten Gesetzes zur Änderung des Beteiligungsverhältnisses an der Einkommen- und Körperschaftsteuer vom 4. März 1964, durch das der vertikale Finanzausgleich verbindlich festgelegt ist. Eine Änderung der Verteilung der Einnahmen aus der Einkommen- und Körperschaftsteuer setzt voraus, daß der Tatbestand des Artikels 106 Abs. 4 des Grundgesetzes für eine anderweitige Zuordnung dieser Finanzmasse gegeben ist. Das ist von den antragstellenden Ländern weder dargetan noch ist nachgewiesen, daß die Befriedigung eines noch zu deckenden Bedarfs der 5 genannten finanzschwachen Länder nicht durch Änderung des horizontalen Finanzausgleichs erreicht werden könnte. Ein Anwendungsfall des Artikels 107 Abs. 2 Satz 3 des Grundgesetzes liegt daher nicht vor.

c) Da den vom Bundesrat für die zusätzliche Ausgabe von 338 Mio DM gemachten Deckungsvorschlägen zum größten Teil nicht gefolgt werden kann (vgl. z. B. die Stellungnahme zu Kap. 60 02 Tit. 999), würde die Etatisierung von 338 Mio DM den Ausgaberahmen des Haushaltsplans 1966 erweitern und das Ziel der Bundesregierung durchkreuzen, den Ausgabenzuwachs 1966 gegenüber den Ist-Ausgaben 1965 auf 5 v. H. zu begrenzen und damit einen entscheidenden Beitrag zur Preisstabilität zu leisten.

Für den Vorschlag des Bundesrates wäre überhaupt kein Raum gewesen, wenn nicht die Bundesregierung über die Maßnahmen des Haushaltssicherungsgesetzes hinaus die Ausgabenansätze rücksichtslos gekürzt hätte.

Stellungnahme des Bundesrates | Stellungnahme der Bundesregierung

Der Bund hat damit zur Sicherung des wirtschaftlichen Gleichgewichts auf wichtige Maßnahmen verzichtet. Das darf nicht ausgenutzt werden, um die Ausgaben der Länder als Ganzes zu erhöhen. Dadurch würde eine konjunkturgerechte Haushaltspolitik des Bundes unmöglich gemacht werden.

Tit. 999 — Zur Deckung von kassenmäßigen Mehrausgaben aus Vorjahren —

Der Ansatz ist um 200 Mio DM auf 31 858 200 DM zu kürzen.

Angesichts der Tatsache, daß einzelne Länder nicht in der Lage sind, den bei ihnen im Jahre 1964 entstandenen Fehlbetrag im Jahre 1966 abzudecken und deshalb § 75 RHO außer Kraft setzen müssen, kann dem Bund zugemutet werden, auf eine vorzeitige teilweise Abdeckung des bei ihm im Jahre 1965 entstandenen Fehlbetrags zu verzichten. Dies gilt um so mehr, als der Betrag von 200 Mio DM nur dank der verspäteten Einbringung des Haushaltsentwurfs in diesen eingestellt werden konnte. Hinzu kommt, daß die kassenmäßigen Mehrausgaben des Rechnungsjahres 1965 wesentlich unter jenem Betrag liegen, der im Herbst vergangenen Jahres erwartet wurde.

Der Senkung des Ansatzes „zur Deckung kassenmäßiger Mehrausgaben aus Vorjahren" um 200 Mio DM wird entschieden widersprochen. Dieser Ansatz soll dazu dienen, wenigstens einen Teil des im Rechnungsjahr 1965 entstandenen Fehlbetrages von 726 Mio DM zu decken, um damit im Rahmen des Möglichen der Vorschrift des Artikels 110 Abs. 2 Satz 2 des Grundgesetzes Rechnung zu tragen. Die Ausbringung dieses Ansatzes ist dem Bund nur durch einschneidende Kürzungen bei wichtigen Bundesausgaben, wie z. B. beim Bundesfernstraßenbau sowie der militärischen und zivilen Verteidigung, möglich geworden. Die Bundesregierung hat diese Kürzungen auf sich genommen, um damit einen Beitrag zur Preis- und Währungsstabilität zu leisten. Insoweit wird auf die Bemerkungen zu Kap. 60 02 Tit. 603 Bezug genommen.

Der Bundestag hat im übrigen den Regierungsentwurf des Haushaltssicherungsgesetzes in bezug auf die Hinausschiebung des Inkrafttretens von Versorgungsgesetzen so geändert, daß im Rechnungsjahr 1966 eine um rd. 200 Mio DM höhere Entlastung des Bundeshaushalts eintritt und dafür eine im Regierungsentwurf vorgesehene Entlastung im Rechnungsjahr 1967 wegfällt. Dadurch entsteht im Bundeshaushalt 1967 eine Lücke, für die eine Deckung angesichts der außerordentlich schlechten Haushaltslage 1967 nicht vorhanden ist. Bei der Verabschiedung des Haushaltssicherungsgesetzes hat der Deutsche Bundestag zum Ausdruck gebracht, daß deshalb die eintretende zusätzliche Einsparung in 1966 zur Deckung eines Teils des Kassendefizits aus 1965 verwendet werden soll (BT-Drucksache zu V/84 zu Artikel 11 bis 14).

Es trifft daher nicht zu, daß die Einstellung der 200 Mio DM nur wegen der verspäteten Einbringung des Bundeshaushalts 1965 möglich wurde. Daß ursprünglich ein höherer Fehlbetrag erwartet wurde, ist hierbei unerheblich. Die Begrenzung des Fehlbetrages auf rd. 700 Mio DM konnte nur durch wirksame Bewirtschaftungsmaßnahmen, also durch Verzicht auf Ausnutzung von Ausgabeermächtigungen, erreicht werden.